Nr. 72. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 25. März 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Werbet neue Leser!

Mit dem 1. April beginnt ein neues Quartal des „Vorwärts". Alle Leser, die bisher den „Vorwärts" gehalten haben und sich dessen ungestörten Fortbezug sichern wollen, besonders aber alle, die unser Blatt durch die Post beziehen, fordern wir auf, ohne Verzug ihr

Abonnement zu erneuern.

Doch hoffen wir nicht nur, daß unsere bisherigen Leser uns auch im neuen Quartal treu bleiben, sondern daß sie sich zugleich bemühen, im Kreise ihrer Freunde und Gesinnungsgenossen, in Werkstatt und Fabrik, neue Leser für den

„Vorwärts"

zu werben.

Soll das Blatt der Arbeiterschaft Groß-Berlins die ihm gestellte Aufgabe erfüllen, so muß sein Leserkreis und damit der Einfluß seines Wortes unablässig ausgedehnt werden. Jeder neue Leser, der von unseren bisherigen Abonnenten gewonnen wird, bedeutet eine Vermehrung der sozialistischen Kampfeskreihen, eine Verstärkung der Machtstellung unserer Partei.

Und gar viele der Lässigen und Gleichgültigen gibt es noch in der Arbeiterschaft, die zu gewinnen sind. Noch immer liest ein großer Teil der Berliner Arbeiter sogenannte parteilose Blätter, die fast stets, wenn es gilt, das Interesse der Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmertum und seiner Presse mit Entschiedenheit zu wahren: bei

Lohnkämpfen, Aussperrungen, Streiks,

umschlagen und, um sich die Gunst ihrer wohlhabenden bürgerlichen Leser nicht zu verscherzen, den um eine bessere Lebenshaltung kämpfenden Arbeitern durch falsche Situationsberichte und verlogene Streiknachrichten in den Rücken fallen.

Wohl ist ein Teil dieser sogenannten parteilosen Blätter um einige Pfennige pro Monat billiger als der „Vorwärts"; aber für diese Mehrausgabe von wenigen Pfennigen bietet der „Vorwärts" nicht nur eine weit größere Anzahl von:

politischen, volkswirtschaftlichen, sozialwissenschaftlichen Artikeln,

sondern auch genauere und ausführlichere, vom Standpunkt der Arbeiterinteressen geschriebene Berichte über die internationale

Gewerkschaftsbewegung,
die Sozialgesetzgebung
und die Berliner Kommunalpolitik,

ferner in dem fünfmal wöchentlich erscheinenden „Unterhaltungsblatt", dem täglichen „Kleinen Feuilleton" und der alle Sonntage beiliegenden illustrierten Wochenschrift, die

„Neue Welt"

eine reiche Fülle von Romanen und kleinen Erzählungen, von naturwissenschaftlichen, technischen, historischen, völkerkundlichen, geographischen, kunstgeschichtlichen, literarischen Aufsätzen und Notizen.

Das nächste Quartal steht unter dem Zeichen eines heftigen Wahlkampfes. Der Kampf der vom preußischen Landtage ausgeschlossenen, entrechteten Arbeiterschaft um das

allgemeine, gleiche, direkte und geheime Landtagswahlrecht

tritt in ein neues Stadium. Jetzt beginnt der Kampf um den Eintritt sozialdemokratischer Abgeordneten in das Dreiklassenparlament. Und in diesem Kampfe des Volkes um sein Recht ist, wie erneut die letzte Reichstagswahl erwiesen hat,

die sozialdemokratische Presse

die wuchtigste, schärfste und am nachhaltigsten wirkende Waffe. Deshalb ist es die Pflicht aller, denen das heutige plutokratische Dreiklassenwahlrecht die Vertretung ihrer Interessen im preußischen Abgeordnetenhause versagt, aller, die ächzend und stöhnend im Dienste des Kapitalismus die Verbesserung ihrer Lebenshaltung und die Vernichtung der heutigen preußischen Junkerwirtschaft erstreben, den „Vorwärts" in seinem Kampfe für das

Recht der Arbeit gegen den Kapitalismus

zu unterstützen, für ihn zu werben und zu agitieren. Und zu diesen Entrechteten und Benachteiligten der heutigen Gesellschaftsordnung gehört nicht nur der Arbeiter, der sich an der Maschine oder am Schraubstock in harter Arbeitsfron für die Erhaltung von Weib und Kind plagt, sondern auch der geistige Proletarier, der im Bureau und Kontor sich müht, die Profite anderer zu mehren. Für ihn gilt nicht minder als für den Handarbeiter das Freiligrathsche Wort:

Er auch ist ein Proletar!
Ihm auch heißt es: „Darbe! Sorge!"
Ihm auch bleicht das dunkle Haar,
Ihn auch hetzt ins Grab die Sorge.

Hochverrat.

Es wird uns geschrieben:

Der oberste Gerichtshof des Deutschen Reichs zu Leipzig hat in den letzten Tagen ein Urteil gefällt, das unter anderen Umständen das größte Aufsehen und die tiefste Erbitterung hervorgerufen hätte. Doch scheint dieser Wirkung sein Vorgänger, die Aktion gegen Liebknecht, Abbruch getan zu haben. Das Interesse der deutschen Bierbankpolitiker für den Hochverratsprozeß des Redakteurs Rudolf Oestreich war daher schon wegen der Gleichheit der Materie erlahmt. Zudem handelte es sich diesmal nur um einen Anarchisten, also um eine Richtung, die bei uns bis tief in die Linke hinein für vogelfrei gilt, um den „verbrecherischen Abschaum der Menschheit", vor dem es den Gebildeten von heute ebenso eiskalt schaudert, wie den Aufgeklärten von dazumal vor dem Schinderhannes oder den Räubern im Bakonywalde.

Die Sozialdemokratie hat, theoretisch seit ihrem Bestehen, praktisch seit dem Züricher Kongreß, eine zu prinzipielle Scheidung zwischen sich und dem Anarchismus vollzogen, als daß sie in den Verdacht geraten könne, aus parteipolitischem Interesse den unglücklichen Oestreich in Schutz zu nehmen. Aber das Urteil, das ein Menschenleben wegen eines unbedeutenden Artikels für drei Jahre ins Zuchthaus sperrt, schlägt dem Rechtsgefühl der überwiegenden Mehrheit zu schroff ins Antlitz, als daß es sich rein auf Konto des für den Staat gebotenen Selbstschutzes setzen ließe. Und die juristische Fechterei, die das Verfahren decken sollte, war zu durchsichtig, um nicht die Empörung der gesamten Arbeiterschaft bis zum letzten Christlichsozialen wachzurufen.

Der frühere Former und jetzige Redakteur des „Freien Arbeiters" Rudolf Oestreich hatte sich in einem Artikel „Anarchismus und Militarismus" mit den Beschlüssen des Amsterdamer Anarchistenkongresses befaßt und in der landläufigen Redeweise seiner Richtung eine handvoll revolutionärer Phrasen zusammengebraut: „Damit ist dem Staat das Todesurteil gesprochen. Wir wollen dieses Todesurteil ausführen! Es wird sich darum handeln, daß von den Genossen die Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden. Wir glauben, daß in unseren Reihen Männer sind, die dazu entschlossen sind. . . . Die Morgenröte der Freiheit steht bevor. Ehe man sich denken kann, kann der beste Staat zertrümmert sein." So klangen die gefährlichsten Wendungen, die der Reichsanwalt Nagel zur Begründung seines Antrages auf zwei Jahre Zuchthaus und fünfjährigen Ehrverlust wehklagend zusammentrug. Der Sachverständige, ein Kieler Professor der Staatswissenschaften, hatte ausgeführt, daß der „Freie Arbeiter" nicht auf dem Standpunkte des Terrors und der Propaganda der Tat stehe, sondern die direkte Aktion, das heißt den Generalstreik, vertrete. Trotzdem erging sich das Plaidoyer des Reichsanwalts in den verzweifeltsten Seiltänzerkunststücken, die durch die furchtbare Höhe der Strafe einen Stich ins Grauenhafte erhielten. Zu dem Kalkul: „Wenn jemand den Bestand jeder Rechtsordnung negiert, dann kann er auch nicht Anspruch haben auf den Ehrbegriff dieser Rechtsordnung", gehört jedenfalls mehr Mut als Logik. Aber den hat ein sächsischer Staatsanwalt noch immer aufgebracht, wenn es galt, die Ehre eines Antimilitaristen anzutasten, damit auf dessen Stirn „unter allen Umständen der Stempel einer ehrlosen Gesinnung aufgedrückt" werde.

Die Logik des Reichsanwalts ist ungefähr ebenso geistreich, als wenn ein Vertreter der christlichen Weltanschauung einen Atheisten deshalb als Schelmen an den Galgen bringen wollte, weil er die Grundlagen der christlichen Religion negiere und daher keinen Anspruch auf irgend eine moralische Bewertung erheben könne. Als wenn der Staatsbegriff mit der persönlichen Ehre auch nur das geringste zu tun hätte! Und weiter schien der Staatsanwalt hieraus zu schließen, daß ein solches Subjekt auch nicht nach bürgerlichen Ehrbegriffen abgeurteilt, sondern wie eine wilde Bestie hinter den Eisenstäben des Zuchthauses dingfest gemacht werden müsse. Allerdings einen Präzedenzfall für seinen Antrag zu finden, war keine ganz leichte Sache. Die analoge Prozedur gegen Liebknecht lag nahe, aber sie führt nicht zu dem gewünschten Schlusse. Der Reichsanwalt glaubte weiterschweifen zu müssen. Und so hat ihn denn sein Instinkt auf die Verurteilung Mosts in England zu 15 Jahren Zuchthaus und auf die Ausstoßung Hervés aus der Pariser Advokatenkammer ebenso sicher hingeführt, als es logisch konsequent ist, ein deutsches Urteil durch einen englischen oder französischen Justizmord zu rechtfertigen.

Indessen, es lohnt sich kaum, auf die moralisierenden Ausführungen des Anklägers einzugehen. Was uns hier interessiert, sind nicht die Sophismen eines einzelnen. Wichtiger erscheint der Hinweis darauf, daß ein hoher Gerichtshof sich der ehrabsprechenden Auffassung des Staatsanwalts nicht nur anschloß, sondern sogar das Strafmaß von zwei auf drei Jahre erhöhte. Und weiter die beschämende Tatsache, daß in Deutschland, abermals bis tief in die Linke hinein, sich kaum eine Hand oder eine Feder zugunsten des Verurteilten gerührt hat. Als ob ein literarischer Anarchist nicht auch sozusagen ein Mensch wäre! Wenngleich er heute nur etwa die Rolle des Juden im Mittelalter spielen mag und mit Shylock fragen könnte: „Hat nicht der Jude Hände, Gliedmaßen, Sinne, Leidenschaften wie der Christ? . . . Wenn ihr uns kitzelt, lachen wir nicht, wenn ihr uns schneidet, bluten wir nicht, wenn ihr uns vergiftet, sterben wir nicht."

Das Urteil gegen Oestreich trieft in der Tat von mittelalterlicher Gefühllosigkeit. Die Psychologie derer, die es gesprochen haben, und derer, die darüber ohne Grauen und ohne Protest hinweggegangen sind, läßt sich mit der Anschauungsweise der heutigen Kultur schwer vereinigen. Gewiß, die Kirche und der Despotismus früherer Jahrhunderte dachten ähnlich von ihrer Unverletzlichkeit und haben Verbrechen gegen ihre Majestät mit ähnlichen und noch grausameren Strafen belegt. Noch Silvio Pellico, Schubart und andere verbrachten wegen politischer Tendenzschriften oder Spottgedichte düstere Jahre hinter düsteren Kerkermauern. Aber damals wandte sich den Verurteilten das Mitleid der ganzen gesitteten Welt zu und steinigte jene Richter und Despoten mit der Wucht des allgemeinen Abscheus.

Seither hat sich mit dem Erstarken der Bourgeoisie eine wachsende Umwälzung der Anschauungen über Ehre und Moral in den Köpfen vollzogen. Mit dem ganzen Mut und der elastischen Jugend einer aufstrebenden Klasse warfen sich die bürgerlichen Vorkämpfer auf das Autoritätsproblem, um den ehrwürdigen Popanz bis auf die Knochen zu zerstören. Wie viele geweihten Eichen, wie viele kostbaren Idole sind den Druiden aller Zeiten nicht zertrümmert worden! Die Uebernatürlichkeit der Offenbarung, das geozentrische Weltsystem, die Göttlichkeit Christi, der Wunderglaube, die Echtheit der Evangelien, eine unendliche Kette von Glaubenssätzen, die so fest standen und hoch ragten wie die Pyramiden, sie alle haben der Kritik nicht stand gehalten und sind wie die Sphinx im Flugsand der Zeit verweht.

Auf der anderen Seite hat sich auch das ganze Empfindungsleben, das Gefühl für Recht und Unrecht, für Unterschiede und Zusammenhänge, unendlich verfeinert. Die Psychologie aller normalen und abnormen Phänomene, der Verbrecher- und der Juristenseele, ist ein Gegenstand des Studiums geworden. In ihre verborgensten Falten suchte die Wissenschaft einzudringen, ihre Forschungsmethoden haben sich ebenso sehr wie ihre Sinnesorgane vervollkommnet. Der Wert der Strafe, die Wirkung des Zuchthauses, die Ideologie des Straftigers und die des Lustmörders, unzählige Probleme sind als Probleme erkannt und untersucht worden. Die Bourgeoisie selbst ward dadurch, wenigstens wo es sich um die Theorie handelt, verständnisvoller und empfindlicher.

Ihre Justiz aber hielt nicht gleichen Schritt.

Das Urteil gegen Oestreich, einen harmlosen Theoretiker, einen Mann, der sich durch eigene Kraft vom gewöhnlichen Arbeiter zum Redakteur emporgeschwungen hat, beweist, daß diese ganze Geistesentwickelung an ihr spurlos vorübergegangen ist, wie der Wind der Jahrhunderte an jenen alten Runensteinen, über die einst Menschenblut in Strömen zur Erde rann. Dieses Urteil beleuchtet blitzartig den Abgrund, der sich zwischen dem Rechtsempfinden der breiten Massen und der judizierenden Minorität aufgetan hat. Gewiß wird die klaffende Spalte noch manches harmlose Opfer verschlingen, und mancher edle Römer wird sich im Dienst der proletarischen Sache in die kapitolinische Kluft stürzen. Aber ihre Leiber füllen, wenn auch mit grausamer Gemächlichkeit, doch endlich den Graben.

Haben die Gesetze und ihre Vertreter diese revolutionäre Wandlung der Anschauungen nicht mitgemacht, ist der geschriebene Rechtsbegriff nicht ebenso fundamental umgewälzt worden, wie sein Unterbau: um so schlimmer für ihn! Er schwebt in der Luft, er fällt, und je tiefer, desto gründlicher wird er zerschmettern.

Die „mittlere Steuerlinie" der Agrarier.

Nachdem die Freisinnigen in bezug auf den § 7 des Reichsvereinsgesetz-Entwurfes so mannhaft vor den drohenden Wünschen der Konservativen zurückgewichen sind, leistet sich die agrarische „Deutsche Tageszeitung" das boshafte Vergnügen, vom Freisinn auch in seiner Stellungnahme zur Reichsfinanzreform einen gleichen politischen und logischen Kopfsprung zu verlangen.

Der Widerspruch des Freisinns gegen indirekte Steuern, meint das Bündlerblatt, sei nur ein Ausfluß des freisinnigen „petrefakten Doktrinarismus". Die einfachste parteipolitische Erwägung müßte ihm sagen, daß er mit seiner Auflehnung gegen das schöne System der indirekten Steuern doch nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorge. Wolle der Freisinn wirklich als nationale Partei gewertet werden, dann dürfe er seine Mitarbeit an der Finanzreform nicht versagen. Allerdings könnten die freisinnigen Parteien berechtigterweise verlangen, daß auch die „rechtsstehenden Parteien" in einigen Punkten nachgäben und in der Steuerfrage eine sogenannte „mittlere Linie" gesucht werde. Zu solchem Entgegenkommen aber, erklärt das Hauptblatt des Bundes der Landwirte, wären die Agrarier in ihrer Sorge um das Wohl des Vaterlandes gerne bereit. Und mit der ganzen Bescheidenheit seiner schönen Seele setzt das Blatt dann ausführlich auseinander, was es unter dieser gerühmten „Mittellinie" versteht.

Zunächst, meint höhnisch die „Deutsche Tagesztg.", müsse der Freisinn völlig darauf verzichten, irgend eine direkte Steuer durchzusetzen, zweitens dürfe er nicht in frevelnder Vermessenheit an einen Ausbau der Erbschaftssteuer, besonders nicht an eine Ausdehnung auf Kinder und Ehegatten denken, und drittens müßte, bevor man

daran gehe, den Branntwein höher zu besteuern, die Biersteuer recht kräftig gesteigert werden.

Das sind die drei Grundbedingungen, die zunächst die Freisinnigen zu erfüllen haben; doch damit sind die Wünsche der Agrarier noch nicht beendet. Ihr Begriff der „mittleren Linie" enthält noch einige weitere bescheidene Anforderungen an die freisinnige Wandlungsfähigkeit. Das Bündlerblatt zählt z. B. folgendes Steuerregister auf:

„Man besteuere das Bier, so daß der Alkohol etwa in derselben Höhe zur Steuer herangezogen wird wie beim Trinkbranntwein! Man führe eine gestaffelte Banderolensteuer auf Zigarren ein, die die billigeren Sorten nur wenig, die teueren erheblich belastet! Man entschließe sich endlich, dem volkswirtschaftlich und sozialpolitisch so sympatischen Gedanken einer Stempelsteuer auf Dividenpapiere näherzutreten! Man erwäge die Durchführung einer zweckmäßigen Wehrsteuer, des Petroleummonopols und vielleicht auch eines Zündholzmonopols! Endlich würde die Einführung angemessener Luxussteuern nicht von der Hand zu weisen sein; selbstverständlich müßten diese Steuern so gewählt werden, daß sie das Geschäftsleben nicht schädigten. Als solche Luxussteuern mögen nur andeutungsweise genannt werden: Erhöhung der Schaumweinsteuer und des Schaumweinzolles; Erhöhung des Zolles auf importierte Zigarren, eine Grammophonsteuer usw."

Das bezeichnet die „Deutsche Tagesztg." als die „mittlere Linie", auf der die Freisinnigen zu balanzieren haben, falls sie nicht den Anspruch verlieren wollen, eine sogenannte „nationale" Partei zu sein. Bitterer ist wohl noch nie die freisinnige Charakterfestigkeit verspottet worden, als in diesem Ansinnen. Dennoch scheint es fraglich, ob die Freisinnigen tatsächlich den Spott der agrarischen Zumutung empfinden.

Ihr Machtdünkel beherrscht sie so vollkommen, daß sie längst verlernt haben, die geringschätzige Behandlung, die ihnen die Konservativen angedeihen lassen, als Verletzung zu empfinden. Die Blockpolitik hat nicht nur ihren Intellekt, sondern auch ihr Moralgefühl ruiniert.

Der Reichsverband als Polizeispitzel-Institut.

Die Reichsverbandsstelle in Hannover, die an Scharfmacherei gegen den 18. März das Menschenmöglichste geleistet hat, ist bei dieser Gelegenheit von unseren dortigen Genossen aufs Glatteis geführt und als Polizeispitzelinstitut angenagelt worden. Am Montag vor dem 18. März wurde von einem Genossen auf der Schreibmaschine das folgende Schreiben hergestellt:

Streng vertraulich!

Werter Genosse! Kurz vor Torresschluß wollen wir Sie nochmals daran erinnern, daß die Demonstration am 18. März eine in jeder Beziehung mustergültige sein muß. Sie werden für Ihren Bezirk jedenfalls alle Vorbereitungen getroffen und für genügende Instruktion der Teilnehmer Sorge getragen haben, ganz besonders, was den Hauptdemonstrationsakt betrifft. Es kommt alles auf eiserne Disziplin an. Ueber die Zahl der Feiernden und Demonstranten haben Sie noch an demselben Abend an dem vereinbarten Treffpunkt Auskunft zu geben. Die Transparente beziehen Sie bestimmt von der bereits vor 14 Tagen angegebenen Quelle. Alles muß recht würdig verlaufen. Ungesetzlichkeiten sind zu vermeiden. Im übrigen wissen Sie, welcher Dienst Ihnen und Ihrem Bezirk zugewiesen ist, da an den Vereinbarungen, die vor 14 Tagen aufgestellt sind, nichts geändert worden ist. Im „Volkswille" werden nur die Abendversammlungen inseriert. Lassen Sie sich dadurch nicht irreleiten, denn es bleibt unbedingt bei den getroffenen Abmachungen.

Mit Parteigruß

Das Aktionskomitee.

Ein anderer Genosse ging in das Geschäft des Reichsverbands-Rednerschülers Rischmüller, kaufte einige Postkarten und verlor dabei ganz unauffällig den mit der Adresse: Herrn Krückeberg, 17. Bezirk, 39. Distrikt, versehenen Brief. Der Rednerschüler rannte spornstreichs nach dem Bureau des Reichsverbandes und dort war man ob des wichtigen Fundes außer sich vor Jubel und Freude. Der Polizeikommissar Meyer von der politischen Polizei, der ständiger Gast in dem Bureau des Reichsverbandes ist, wurde schleunigst benachrichtigt. Seine Freude war nicht minder groß. Sofort wurde der Brief vervielfältigt und etwa zwei Stunden nach seiner Anfertigung war er schon in Hunderten von Exemplaren versandt. Die Polizei in allen Großstädten wurde telegraphisch benachrichtigt, das „Original" sandte man sofort als Eilbrief an den Reichsverband in Berlin, nachdem vorher schon durch Telegramm die wichtige Nachricht mitgeteilt worden war.

Anderen Tages schrieben die Blätter des Reichsverbandes, es seien zwar von der Sozialdemokratie offiziell nur Abendversammlungen bekanntgemacht worden, aber man könne doch nicht wissen, was sich ereignen werde. Deshalb ermahnte man das Publikum eingehend und dringlich, den Demonstrationen am Tage ja fernzubleiben. Die Polizei war in fieberhafter Aufregung! Am Dienstagmittag ließ der Reichsverband Flugblätter mit Bülows Demonstrationsrede verbreiten und das Unglück wollte es, daß die Verbreiter von der Polizei festgenommen wurden, wahrscheinlich, weil auf den Flugblättern stand: An die Arbeiterschaft! Am Mittwochmorgen nahm die Polizei etwa 20 sozialdemokratische Flugblattverbreiter, die Handzettel vor den Fabriken verteilten, schon vor 6 Uhr früh fest. Seit 5 Uhr morgens war die gesamte Polizei auf den Beinen und das ganze Ergebnis war diese Heldentat, wozu sie die Gelegenheit an gewöhnlichen Tagen sicher verpaßt hätte, wie bisher stets.

Aber die Blamage des Reichsverbandes zog noch weitere Kreise. Am Montag wurde der Brief gefunden und schon am Dienstag fragte einer der Obermacher des Reichsverbandes, Herr v. Arnim, im Abgeordnetenhause an, was die Regierung gegen die Märzdemonstrationen tun wolle. Darauf sagte der Minister, er habe — Material! erhalten. Sein Material war der Brief! So hat denn der Berliner Reichsverband die Anweisung aus Hannover, den Brief sofort dem Minister zu übergeben, ganz getreulich befolgt.

Schon am Dienstag war die Feststellung, daß der Reichsverband eine Filiale der politischen Polizei ist, dargetan. Ein Heer von Kriminalbeamten belagerte das Lokal von Wiedbrauck, weil der Reichsverband der Polizei mitgeteilt hatte, daß dort eine große Sitzung der Gewerkschaftsführer und der Parteileitung tagen sollte.

Der Reichsverband ein Polizeispitzelinstitut! Das fehlte noch zu seiner Charakterisierung. Die Ordnungsparteien wird das zwar nicht abhalten, seine Hülfe nach wie vor zu benutzen. Ihr Reinlichkeitsbedürfnis ist nicht so ausschweifend, daß es ihnen das verböte.

Das Ende des Pressestreiks.

Herr Gröber hat sich endlich veranlaßt gesehen, eine Erklärung abzugeben, die von den streikenden Journalisten als ausreichende Genugtuung erachtet worden ist. Die Journalisten der Reichstagstribüne haben deshalb beschlossen, ihre Tätigkeit in der nächsten Sitzung wieder aufzunehmen. Die Erklärung Gröbers lautete:

„In der Sitzung des Reichstags vom 19. März hat der Abg. Erzberger in einer Rede über die Kolonialpolitik gesagt: „Der Eingeborene ist auch ein Mensch, ausgestattet mit einer unsterblichen Seele und zu derselben ewigen Bestimmung berufen wie wir." Nach Anhörung dieser Worte, wie ich ausdrücklich hervorheben will, verzeichnet der unkorrigierte amtliche stenographische Bericht: „Unruhe und Zwischenrufe von der Journalistentribüne, lebhafte Entrüstungsrufe aus der Mitte, Glocke des Präsidenten." An den lebhaften Entrüstungsrufen aus der Mitte war auch ich beteiligt. Das Gelächter von der Journalistentribüne war so auffallend, daß ich mit anderen Kollegen den Eindruck gewonnen habe, es handele sich um eine Verhöhnung des Inhalts der Ausführungen des Redners. Ich möchte hinzufügen, daß ich wenige Tage vorher, nämlich in der Abendsitzung vom 15. März durch einen Zuruf von der Journalistentribüne gestört worden bin, einen Zuruf, der dann vom Präsidenten gerügt worden ist. Der stenographische Bericht über die Sitzung vom 19. März bestätigt, daß solche Störungen von der Journalistentribüne auch sonst wiederholt erfolgt sind. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn ich in Erinnerung an diese Vorgänge der letzten Zeit und angesichts des Ernstes der von dem Redner behandelten Frage meiner Entrüstung über das Gelächter einen unparlamentarischen Ausdruck gegeben habe, so bitte ich um Entschuldigung." (Beifall.)

Der nunmehr beendete „Streik" bot in mehr als einer Hinsicht ein höchst merkwürdiges Schauspiel. So war es schon sonderbar, daß es eines viertägigen Streiks bedurfte, um den beleidigenden Abgeordneten zur Zurücknahme seiner Kränkung zu veranlassen. Hätte es denn wirklich keinen kürzeren Weg gegeben, um den Journalisten Genugtuung zu gewähren, auch wenn Herr Gröber nicht zur Zurücknahme zu bewegen war? Der Präsident des Blocks hätte ja bloß eine kräftige Rüge auszusprechen brauchen, und die Würde des Parlaments wäre ebenso gewahrt gewesen, wie die Ehre der Journalisten. Die Blockpresse erhob zwar ein mörderliches Geschrei über den groben Zentrumsschwaben, aber die Parlamentsvertreter der Blockparteien selbst hatten offenbar keinen allzu großen Eifer, den Präsidenten zu einer ebenso einfachen wie raschen Lösung des Konflikts zu veranlassen. Aber selbst wenn Graf Stolberg nicht zu bewegen gewesen wäre, sich, wie er meinte, zu korrigieren, so hätte eine Erklärung der Parteien selbst genügt, um die von Herrn Gröber den Journalisten gegenüber beliebte Beleidigung zu sühnen. Statt dessen ließen die Blockparteien die Dinge ruhig ihren Gang gehen. Der Streik beeinträchtigte ja weder ihre Parteinoch ihre privaten Unternehmerinteressen! Die Herren Zeitungsverleger verdienten im Gegenteil daran! Da konnte man den Journalisten das Recht auf Notwehr durch einen Streik getrost gönnen! Ließ sich doch noch obendrein dieser Streik zu einer journalistischen Sensation aufbauschen und zu einer fröhlichen Hetze gegen das Zentrum fruktifizieren!

Das unsinnigste Geschwätz freilich konnte man in der wildliberalen Annoncen- und Klatschpresse lesen. Da wurde die Zurückweisung einer einfachen Flegelei zu einer Art von Kraftprobe zwischen der idealen Geistesmacht der Presse und dem plumpen, rückständigen Parlamentarismus mit seiner altmodischen Parteieinschachtelung umgedichtet. Wer diese Heldengesänge auf die Presse las, die sich einmütig und standesstolz erhoben habe, um sich — wegen einer Gröberschen Grobheit! — nunmehr den ihr gebührenden Platz an der Sonne zu erobern, der hätte glauben können, daß nicht die kapitalistischen Interessen im allgemeinen und im besonderen die Presse regieren, so daß die bürgerlichen Journalisten die abhängigsten Menschen von der Welt sind, sondern daß sie umgekehrt die öffentliche Meinung und damit die Politik machen! Wenn dies ganze unsäglich törichte Gerede aber etwas bewiesen hat, so das eine, daß manche Journalisten, die über die bornierten parlamentarischen Klopffechter erhaben die Nase rümpfen, in Wirklichkeit noch unendlich viel weniger von den politischen Dingen verstehen, als selbst die minderbegabtesten dieser Parlamentarier!

Aber die unverfrorene Heuchelei der Blockparteien konnte ebensowenig wie die delirante Aufgeblasenheit wildliberaler oder parteiloser Journalisten die Sozialdemokratie abhalten, den schlichten Kern des Konflikts klar herauszuheben und sich mit aller Unzweideutigkeit mit den Streikenden solidarisch zuerklären. Den Journalisten war eine Kränkung zugefügt worden, deren Zurücknahme zu verlangen sie alles Recht, und, nach dem tapsig-provozierenden Vorgehen des Herrn Müller-Meiningen und den einseitigen Drohungen des Präsidenen, auch alle Ursache hatten. Der „Vorwärts" hat also mit aller Entschiedenheit in diesem Sinne die Partei der Journalisten ergriffen. Wenn es aber etliche national- und wildliberale Blätter befremdet, daß der „Vorwärts" in seiner gestrigen Nummer die Zuschrift eines alten Parlamentsjournalisten wiedergab, der die Abgeschmacktheiten der Block- und Klatschpresse gebührend geißelte und einige zeitgemäße Erinnerungen aus der Geschichte der Parlamentsjournalistik auffrischte, so liegt die Ursache dieses Befremdens nur in ihrem eigenen Mangel an Unterscheidungsvermögen. So entschieden wir in dem konkreten Falle die Partei der brüskierten Journalisten ergriffen, so entschieden mußten wir doch jede Verpflichtung ablehnen, deshalb zu jeder politischen Heuchelei und jeder journalistischen Verstiegenheit nachsichtig zu schweigen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. März 1908.

Krähwinkelei.

Das preußische Geldsacksparlament begann am Dienstag die Beratung der Sekundärbahnvorlage. Selbstredend wurde von der finanzpolitisch-wirtschaftlichen Bedeutung der Vorlage nichts oder so gut wie gar nichts, über die Bahnwünsche der unterschiedlichen Wahlkreise dafür um so mehr geredet. Ungefähr drei Dutzend sogenannter „Volksvertreter" legten sich mit all' dem Eifer, zu dem die bevorstehenden Neuwahlen anspornen, für bessere Bahnverbindungen zwischen Xheim und Yhausen, zwischen Dingsda und Schöppenstedt ins Zeug. Daß daneben von konservativer Seite auf Berlin geschimpft wurde, versteht sich am Rande. — Am Donnerstag geht die „Beratung" ihren Schneckengang weiter. —

Listenaufstellung zur Landtagswahl.

Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, daß bei den diesjährigen Landtagswahlen statt des durch § 5 Absatz 2 des Wahlreglements vom 14. März 1903 und 20. Oktober 1906 vorgeschriebenen Musters ein Formular mit einer etwas anderen Kopfinschrift der Listenaufstellung zugrunde zu legen ist. Die Kopfinschrift hat 20 Spalten mit folgendem Inhalt: 1. laufende Nummer; 2. Zuname; 3. Vorname; 4. Stand oder Gewerbe; 5. Wohnort; 6. Lebensalter; 7. bis 10. Jahresbetrag der staatlich veranlagten Grundsteuer, der Gebäudesteuer, der Gewerbesteuer und Betriebssteuer; 11. Jahresbetrag der Summe aus Spalte 7—10; 12. Einkommensteuer (ausschließlich der 3 Mark-Steuer); 13. Ergänzungssteuer; 14. Gewerbesteuer von Gewerbebetrieben im Umherziehen; 15. Kommunalsteuer; 16. Urwähler ist nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagt, daher sind 3 M. einzusetzen; 17. Urwähler ist vom Staat überhaupt zu keiner Steuer veranlagt und gehört deshalb zur dritten Abteilung; 18. Summe der jedem Urwähler anzurechnenden Steuern; 19. Steuerbetrag der Abteilung. 20. Bemerkungen zur Erläuterung der Spalten 15 bis 17.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist darauf zu rechnen, daß spätestens Mitte Mai die Wahlen ausgeschrieben werden. Deshalb: Klar zur Wahlschlacht!

Die Hirsch-Dunckerschen und der Verrat der Freisinnigen beim Reichsvereinsgesetz.

Der „Vorwärts" hat ausführlich über den „fortschrittlichen Arbeitertag" berichtet, der am 23. Februar in Essen stattfand. Es war das eine Veranstaltung Hirsch-Dunckerscher Gewerkvereinler in Rheinland und Westfalen, die der Meinung sind, daß aus den linken Gruppen des Liberalismus doch noch einiges für die Arbeiter zu gewinnen ist, daß, wenn von unten angefeuert wird, die freisinnig-demokratischen Fraktionen sich zu Taten im Sinne politischen und sozialen Fortschrittes aufschwingen. Der „Vorwärts" hat damals das Unternehmen als ein Versuch mit untauglichsten Mitteln am untauglichen Objekt bezeichnet. Die Gewerkvereinler seien an Zahl wie an politischer Energie zu schwach, um auf die Freisinnigen zu wirken, und diese wiederum seien an Willen und Gesinnung zu verrottet, um noch einer gesunden Politik fähig zu sein. Das Verhalten des Freisinns in der Vereinsgesetzfrage hat die Richtigkeit dieser Anschauung bestätigt.

In Essen wurde eine Resolution gefaßt, worin es hieß, daß der Klerikalismus nur dann darauf rechnen könne, die letzten Reste der Arbeiterschaft sich zu erhalten und das verloren gegangene Vertrauen der Arbeiter wieder zu gewinnen, wenn er in Zukunft mehr als bisher den Wünschen der arbeitenden Bevölkerung auf dem Gebiete der Sozialreform Rechnung trage und eine kraftvolle liberal-demokratische Politik treibe. Sodann wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die liberalen Fraktionen zukünftig mit mehr Entschiedenheit die berechtigten Interessen des Volkes vertreten würden.

Unter den Forderungen, die dann im einzelnen an die liberalen Fraktionen gestellt wurden, befand sich auch die **Ablehnung des § 7 des Reichsvereinsgesetzentwurfes.** In dem Hauptreferat des Tages wie in der Diskussion wurde die Bedeutung dieser ausnahmegesetzlichen Bestimmung, namentlich auch für das rheinisch-westfälische Industriegebiet mit seiner starken fremdsprachigen Bevölkerung, darunter allein 200 000 Polen, richtig erkannt und mit aller Schärfe hervorgehoben.

Was werden nun die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler tun, nachdem die linksliberalen Fraktionen, auf die sie ihre Hoffnung setzten, durch ihre Vertreter in der Vereinsgesetzkommission sich zur Begehung einer der freiheitswidrigsten und arbeiterfeindlichsten Maßnahmen, die man sich denken kann, **bereit erklärt haben?** Die Hirsch-Dunckerschen sind ja wohl die „letzten Reste der Arbeiterschaft", die sich der Freisinn erhalten hat. Werden sie weiter im liberalen Lager verharren, nachdem sie erfahren haben, wie die „Staatsmänner" von der freisinnigen Vereinigung, der freisinnigen und der deutschen Volkspartei bewiesen haben, welch eine „kraftvolle, liberal-demokratische Politik" sie zu treiben verstehen?

Werden die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler sich hergeben zu Handlangern von Parteien, die sich von der eigenen Presse sagen lassen müssen, daß sie von der Gnade und dem Gelde der Finanz und der Industrie leben; werden sie als Arbeiter noch auf den Charakter von Leuten bauen, denen Volksrechte für Börsenrechte feil sind?

Offiziöse Streikbrecher.

Trotz des Pressestreiks, der ja auch die Sympathie Bülows besessen haben soll, bringt heute die „Nordd. Allg. Ztg." eine ausführliche Wiedergabe der Reden Bülows und von Schoens.

So verüben die offiziellen Gönner der Presse schnöden Streikbruch!

Nur schade, daß der Streik nunmehr beigelegt ist. Das hätte den Offiziösen passen können, wenn nur die Reden der Regierungsvertreter, nicht aber auch die der Opposition verbreitet worden wären!

Ein Gemaßregelter!

Der Journalistenstreik hat doch ein Opfer gekostet. In dem letzten Communiqué der Journalisten wird gemeldet:

Redakteur Harnisch stellte zu Protokoll fest:

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" sandte ihrem Berliner Vertreter nach dem Eintreffen seines ersten Berichtes über die Sperre ein Telegramm, in dem sie ihn anwies, den Bericht wie gewöhnlich zu übermitteln, was dieser telephonisch unter Hinweis auf die Solidarität der Kollegen ablehnte. Darauf sandte ihm die Zeitung einen Brief, in dem sie ihn erneut anwies, Berichte und Stimmungsbilder wie gewöhnlich zu liefern. Gleichzeitig schrieb sie in ihrer Morgenausgabe vom 23. März, daß sämtliche großen Zeitungen die Zurückweisung der groben Beleidigung der Pressevertreter billigten, erregte dadurch also bei den Lesern den Anschein, daß auch sie das täte. In ihrer Morgenausgabe vom 22. März schrieb sie gegenüber den Solidaritätserklärungen ausländischer Blätter: „Die Herren täten gut, sich aus deutschen Fragen herauszuhalten." Gegen den Inhalt und die Tendenz dieses Satzes legte Herr Harnisch am 23. März in der Journalistenversammlung Protest ein, was ohne sein Wissen und Zutun in dem offiziellen Communiqué mitgeteilt wurde. Am Abend desselben Tages wurde Herr Harnisch telephonisch in brüsker Form entlassen und ihm gleichzeitig verboten, das Bureau überhaupt noch zu betreten. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" hat dauernd die Reichstagsberichte in der Ausführlichkeit, in der sie diese irgend erhalten konnte, gebracht.

Die „genau notierte" unsterbliche Seele.

Herr Erzberger erklärt in der „Germania":

1. Die „geistreiche Bemerkung" meinerseits lautet nach dem amtlichen Stenogramm:

„Es ist total falsch, die Eingeborenen in der kolonialwirtschaftlichen Bilanz lediglich als Zahlen einstellen zu wollen — nicht, daß dies der Herr Staatssekretär getan hat! Der Eingeborene ist vielmehr auch ein Mensch, ausgestattet mit einer unsterblichen Seele und zu derselben ewigen Bestimmung berufen, wie auch wir — — (Heiterkeit, Unruhe und Zurufe von der Journalistentribüne — Lebhafte Entrüstungsrufe aus der Mitte — Glocke des Präsidenten.)"

2. In einigen Zeitungen wird zur Entschuldigung des höhnischen Gelächters angeführt, daß dieses erfolgt sei wegen „des Pathos", mit dem ich diese Sätze vorgetragen habe.

Demgegenüber berufe ich mich auf das Zeugnis der Zuhörer, daß ich diese Bemerkung ganz ernst und ruhig, ohne jedes Pathos, aber sehr bestimmt aussprach, wie es bei solchen Anlässen üblich ist. Ich hatte mir zudem den Wortlaut dieser Bemerkung ganz genau zuvor notiert, weil ich meine „Pappenheimer" kannte.

Herr Erzberger hatte also von vornherein ein Gefühl dafür, daß seine „christlichen" Tiraden Heiterkeit erregen würden. Er notierte sie sich deshalb vorher genau, damit die ganze theologische Salbung der Phrase auch voll zu ihrem Rechte kam!

Herrn Erzbergers „frommes" Pathos erscheint in seiner vorher genau notierten Form nur noch deplacierter! —

Der Koburger Landtag — eine komische Figur.

Interessant ist es jedenfalls, daß diese blamable Zensur dem Elfmännerparlamentle jetzt von einem nationalliberalen Blatte, der „Dorfzeitung", öffentlich erteilt wird. Das kam so. Weil neun der Koburger Landtagsabgeordneten gegen die Aufbesserung der Beamtengehälter gestimmt haben, sind die Beamten mit ihrem Anhang fuchsteufelswild geworden. Nun taugt mit einem Male der ganze Landtag nichts mehr. Die meisten Abgeordneten sind dumm, unfähig usw. Doch lassen wir die bürgerliche Gesellschaft ihren bürgerlichen Landtag selbst beschreiben. Da heißt es

„Das sind Kleinkaufleute, Handwerker, Schultheißen und Bauern, denen jedes politische Verständnis für das eigentliche Wesen des Staates und seiner Beamten abgeht. — —

So schwer ihnen selbst auch die Ausarbeitung einer schriftlichen Erklärung, die Stellung eines formgerechten und sachgemäßen Antrages fällt, — sie müssen sich derartige Schreiben, wie man in Koburg erzählt, meist außer dem Haus von Freunden und Gönnern aufsetzen lassen, — so haben sie doch keine Achtung vor der Tätigkeit der Beamten, auch nicht vor der Arbeit, die sich die Regierung mit den Gesetzentwürfen gemacht hat, die sie ihnen vorlegt. Es fehlt eben das Verständnis, es fehlt die politische Schulung." —

Die bürgerlichen Zeitungsschreiber müssen ja „ihre parlamentarischen Vertreter" kennen.

Was aber die bürgerlichen Skribenten ihresgleichen zutrauen, das beweisen weitere Anzapfungen in dem gleichen Artikel, in denen man diesen Abgeordneten den Vorwurf macht, daß sie absichtlich die Tagungen in die Länge ziehen.

„Denn — so heißt es wörtlich — die Diäten bilden für Leute von der wirtschaftlichen Stellung dieser Abgeordneten doch eine schöne Einnahmequelle, die man sich recht lange offen halten muß".

Zum Schlusse heißt es dann:

„So ist der ganze Koburger Landtag nach und nach eine komische Figur geworden, die fast kein Mensch im Lande mehr recht ernst nimmt."

Unsere Koburger Genossen treten jetzt in den Landtagswahlkampf ein. Die bürgerliche Selbstcharakteristik wird ihnen dabei gute Dienste leisten!

Rekrutendrill!

Vor dem Kriegsgericht in Posen hatte sich der Unteroffizier Schirmer von der 6. Kompagnie des Fußartillerie-Regiments Nr. 5 wegen Mißhandlung Untergebener in 76 Fällen, vorschriftswidriger Behandlung Untergebener, sowie widerrechtlicher Anmaßung der Befehlsbefugnis zu verantworten. Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte der Anklagevertreter aus militärdienstlichen Gründen die Oeffentlichkeit auszuschließen; das Gericht lehnte indessen diesen Antrag ab. In der Verhandlung stellte der Kompagniechef, Hauptmann Mahn, dem Angeklagten ein sehr gutes Zeugnis aus; er habe ihn, da er während seiner zweijährigen Dienstzeit von 1905 bis 1907 ein vorzüglicher Soldat und sehr tüchtiger Geschützführer gewesen sei, nach seiner im Herbst vorigen Jahres erfolgten Entlassung selbst bewogen, wieder bei dem Truppenteil einzutreten und zu kapitulieren. Zum Unteroffizier befördert, sei ihm nach Einziehung der Rekruten eine Abteilung derselben zur Ausbildung übergeben worden. Mit welchem „Eifer" Angeklagter seine Rekruten drillte, bewies die nun folgende Beweisaufnahme. Der Kanonier Gutknecht, ein Fleischer aus Pudewitz wurde, wie er und übereinstimmend mit ihm fünf andere Kameraden bekunden, von Mitte November bis Anfang Februar fast täglich, an einem Tage sogar fünfmal mit Ohrfeigen, Stößen vor die Brust und ins Genick traktiert; in drei Fällen waren die Ohrfeigen solch kräftige, daß ihm die Nase stark blutete, und der Geschlagene vor Schmerzen weinte. In ähnlicher Weise wurden die Kanoniere Ranker 8—10mal, Piassek 1mal, Walter 1mal, Mühsal mindestens 30mal, Scheffler 3mal geschlagen. Das Gericht erkannte nur auf zwei Monate Gefängnis und sah von der Degradation ab. —

Oesterreich-Ungarn.

Die Erdrosselung der Opposition.

Budapest, 24. März. Die Revision der Hausordnung des Reichstages wurde heute nach mehrwöchiger Debatte mit 168 gegen 27 Stimmen in der Generaldebatte angenommen. Der Abstimmung gingen große Lärmszenen voraus, da Präsident Justh das Verlangen der Dissidenten auf namentliche Abstimmung ablehnte, weil von den Unterfertigern des Verlangens einer abwesend war. Die Dissidenten drohten dem Präsidenten mit Fäusten und stellten die technische Obstruktion in der Spezialdebatte in Aussicht. Die kroatischen Abgeordneten enthielten sich auffallenderweise der Abstimmung. —

Frankreich.

Die Reform der Schwurgerichte.

Paris, 22. März. (Eig. Ber.) Der Justizminister hat in der Kammer einen Gesetzentwurf über die Reform der Geschworenengerichte eingebracht, der einen bemerkenswerten Ausbau dieses Instituts darstellt. Bisher waren die Geschworenen nur berufen, über die Schuldfrage zu entscheiden, die Strafbemessung oblag dem Gerichtshof. Das führte begreiflicherweise zu einer Rechtsprechung, die dem Geist der Einrichtung widersprach. In vielen Fällen sprachen die Geschworenen Angeklagte trotz der offenliegenden Schuld frei, nur um sie der befürchteten strengen Strafe zu entziehen. Dies war namentlich bei Affektverbrechen aus der erotischen Sphäre der Fall. Die Vorlage beruft nun die Geschworenen zur Teilnahme an der Beratung des Gerichtshofs. Der Präsident soll zuerst ihre Aeußerung, dann die des Gerichtshofes einholen. Es ist ihm auch untersagt, den Geschworenen Rechtsbelehrungen zu geben, die auf eine Beeinflussung hinauslaufen.

Die Annahme des Entwurfs würde zweifellos eine Verbesserung der Rechtsprechung über gemeine Delikte bewirken und sowohl die bei den Berufsrichtern beliebte geistlose „Strenge", wie die der Rechtsidee widersprechenden Freisprechungen einschränken. Bei politischen Prozessen wird sich wohl kein großer Unterschied vom bisherigen Zustand ergeben, immerhin dürften die Geschworenen doch davor zurückschrecken, Angeklagte wegen eines Preßvergehens gleich auf ein paar Jahre in den Kerker zu schicken, wie es die als Richter auftretenden Regierungsbeamten ohne weiteres tun.

Spanien.

Unruhen in Malaga.

Malaga, 24. März. Gestern nachmittag fanden hier Unruhen statt, bei denen mehrere Zollhäuschen in Brand gesteckt und Steine gegen Schaufenster und Straßenbahnwagen geschleudert wurden. Soweit bekannt, wurde ein Straßenbahn-Fahrgast verletzt. Berittene Gendarmerie schritt verschiedene Male gegen die Tumultuanten ein; abends war die Ruhe wieder hergestellt.

England.

Der Herzog von Devonshire gestorben.

Aus Cannes wird telegraphiert, daß dort der Herzog von Devonshire gestorben ist. Er gehörte als Politiker der konservativen Partei an. Er war wiederholt Minister in verschiedenen konservativen Ministerien. Dem Kabinett Balfour gehörte er als Lord-Präsident des Geheimen Rats an. Als Balfour und Chamberlain zum Schutzzoll übergingen, blieb er dem Freihandelsprinzip treu und galt seither als Führer der freihändlerischen Unionisten. Der Herzog war auch einer der reichsten Grund- und Bergwerksbesitzer des Vereinigten Königreichs. Sein Landeigentum umfaßte 186 000 Acres. —

Rußland.

Die auswärtige Politik.

In der heutigen Dumasitzung kam es zu Angriffen auf die optimistische Auffassung, die der Minister des Auswärtigen, Iswolski, kürzlich in bezug auf die Lage im fernen Osten entwickelt hat. Der Oktobrist Graf Uwarow erklärte, die zwischen Rußland und Japan geschlossenen Verträge böten keine genügende Garantie für die Friedenspolitik im fernen Osten. Nach Ansicht des Redners eröffnen die Verträge für Japan die Möglichkeit friedlicher Eroberung des ganzen Küstenterrains des Stillen Ozeans und des Amurgebiets. Daß die russische Gesandtschaft in Tokio vor dem Kriege gut informiert war, müsse erst durch eine spezielle Veröffentlichung der Regierung nachgewiesen werden. Ebenso verfolge China eine aggressive Politik, besteuere alle in die Nordmandschurei eingeführten Waren und beginne auf dem Sungari Kanonenboote zu bauen. Der Sozialdemokrat Tscheidse sprach im Namen seiner Partei das schärfste Mißtrauen gegen die Regierungspolitik aus, da nach wie vor unverantwortliche Elemente sich in die Regierungsgeschäfte einmischten. Iswolski antwortete in einer inhaltslosen Rede, in der er aufs neue versicherte, daß die Lage im fernen Osten keine Gefahren für Rußland einschließe. —

Ein blutiger Zusammenstoß.

Petersburg, 24. März. Wie aus Jekaterinoslaw gemeldet wird, kam es dort auf einer Hauptstraße zu einem Zusammenstoß zwischen Revolutionären und Polizei. Ein Offizier und mehrere Polizisten, sowie fünf Revolutionäre wurden getötet, mehrere Passanten schwer verletzt.

Türkei.

Türkische Zustände.

Konstantinopel, 24. März. In Adrianopel revoltieren zwei Kavallerieregimenter wegen rückständigen Soldes und Ueberschreitung ihrer Dienstzeit. Ihre Kasernen sind von Infanterie eingeschlossen. Mehrere höhere Offiziere, welche auf die Revoltierenden gütlich einzuwirken versuchten, wurden von letzteren übel zugerichtet.

China.

Gegen die Japaner.

Peking, 24. März. Die schweren Unruhen, welche infolge der Freigabe des japanischen Dampfers „Tatsu Maru" ausgebrochen sind, dauern fort. Eine ungeheure Menschenmenge verlangt die Abberufung des Generalgouverneurs von Kanton. Die japanischen Kaufleute verlassen die Stadt; die Lage ist sehr ernst.

Amerika.

Erfreuliche Symptome.

New York, den 10. März. (Eig. Ber.) Die kürzlichen arbeiterfeindlichen Entscheidungen des Oberbundesgerichts, so insbesondere das Anti-Boykott-Urteil (siehe „Vorwärts" vom Februar) und die Ungültigkeitserklärung des Gesetzes, das die Entlassung von Arbeitern ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft halber verboten hatte, beginnen bereits nach verschiedenen Richtungen ihre Früchte zu zeitigen. Zunächst bei den Kapitalisten, die Morgenluft wittern. Ihre mächtigste Vereinigung, die Manufacturers Association (Fabrikanten-Bund), bläst in einem Geheimzirkular zum Sammeln, um bestehende Arbeiterschutzgesetze zu beseitigen und die Einführung neuer zu verhindern. Und in bezug auf die Antiboykottentscheidung des Oberbundesgerichts enthält das gleiche Zirkular folgenden vielsagenden Passus: „Diese Entscheidung war nur ermöglicht worden durch vereinte organisierte Anstrengung, aber es bedurfte vieljähriger schwerer Arbeit, und einer enormen Summe Geldes, um diese unamerikanische Waffe zu beseitigen."

Wie nicht anders zu erwarten, findet der vom höchsten Gerichtshof der Vereinigten Staaten angeschlagene Ton überall Widerhall. Behörden und Gerichte suchen, wenn möglich, die Washingtoner Richter noch zu übertrumpfen. So wurden in New Orleans (Staat Louisiana) gegen 72 Gewerkschaftsmitglieder Anklagen wegen angeblicher Verschwörung (Verstoß gegen das Shermansche (Anti-Trust-Gesetz) erhoben, in New York wurden drei Mitglieder der Schriftsetzergewerkschaft wegen Streikpostenstehens zu Gefängnis und Geldbuße und zwei weitere zu Geldbuße verurteilt; im Staate New Jersey verbot ein Richter einer Gewerkschaft durch einen Einhaltsbefehl, Streikbrecher durch Versprechungen zum Niederlegen der Arbeit zu bewegen, usw. usw.

Angesichts dieser fortgesetzten Vergewaltigungen beginnen selbst die lammfrommen konservativen Gewerkschaftsführer rebellisch zu werden. So greift Samuel Gompers, der Präsident der American Federation of Labor (Arbeiterbund) in der soeben erschienenen Märznummer des „Federationist", des offiziellen Organs der Federation of Labor, das Oberbundesgericht wegen der Antiboykott-Entscheidung aufs heftigste an. Eine ähnlich scharfe Sprache führte er in der Justizkommission des Repräsentantenhauses, vor der er am 24. Februar erschien, um den von Pearce eingebrachten Gesetzentwurf zur Einschränkung der Einhaltsbefehle gegen Arbeiterorganisationen zu befürworten. Nachdem er den Mitgliedern der Kommission erklärt hatte, daß sich die Gewerkschaften nicht vernichten lassen, was immer auch die Regierung, die Gerichte und die in letzter Zeit zwar erfolgreichen Gegner der Arbeiter im Schilde führen mögen, schloß er seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß die Arbeiterorganisationen schon bei den nächsten Wahlen von sich hören lassen werden. Ob nun die Führer der Federation diese Drohung wahrmachen oder ob der vom New Yorker Gewerkschaftskartell vorgeschlagene Konvent von Gewerkschaftsvertretern zusammentreten und die beabsichtigte Gründung einer „politisch unabhängigen Gewerkschaftsbewegung" zu stande kommen wird, dürfte ziemlich gleichgültig sein. Der Riß zwischen den alten Parteien und den Gewerkschaften besteht, und auf den Leim der Demokraten und Republikaner werden die intelligenten Kreise der amerikanischen Arbeiter kaum mehr kriechen; denn allzusehr haben sich die demokratische und die republikanische Partei diskreditiert. Und da auch der „Volksfreund" Hearst, der Gründer und Aushälter der Unabhängigkeits-Liga, der bisher durch seine Demagogie einen großen Prozentsatz der Arbeiterschaft an sich zu fesseln wußte, den letzten Entscheidungen des Ober-Bundesgerichts seinen Beifall gezollt hat, ist die Grenzlinie zwischen hüben und drüben scharf gezogen. Ein Zurück ist nicht gut möglich. In dieser Beziehung sind die Aufforderungen beachtenswert, welche etliche hundert in hiesigen großen Zeitungen beschäftigte Schriftsetzer (im allgemeinen sehr konservative Leute) an den Präsidenten ihrer Gewerkschaft gerichtet haben. Sie verlangen nämlich von ihm, daß er auf einen Zusammenschluß aller Gewerkschaften mit der sozialistischen Partei hinarbeite. Wenn nun auch die Schriftsetzer und die anderen Gewerkschaftler nicht gleich mit fliegenden Fahnen ins sozialistische Lager überschwenken werden, so darf andererseits die Bedeutung dieser Anzeichen nicht unterschätzt werden. Die nächsten Wahlen werden den Beweis erbringen.

Die Gerichte für das Kapital.

Das Großkapital der Vereinigten Staaten findet an den Gerichtshöfen des Landes eine wertvolle Stütze. Während die Gerichte durch ihre jüngsten Urteile der Koalitionsfreiheit der Arbeiter unerträgliche Einschränkungen gesetzt haben, bewähren sie sich um so mehr als treffliche Stützen der Ausbeutungsfreiheit. Die Staaten Minnesota und Nord-Carolina haben den Eisenbahngesellschaften einen Personentarif von zwei Cents (etwas mehr als acht Pfennig) für die Meile vorgeschrieben. Der Oberste Gerichtshof hat nun, wie aus Washington telegraphiert wird, diesen Tarif für ungesetzlich erklärt und damit die Bevölkerung wieder der Willkür der Eisenbahnmonopolisten ausgeliefert. —

Kanada.

Die Einwanderfrage.

Der Widerstand der kanadischen Bevölkerung gegen die Einwanderung der Japaner und Inder macht der englischen Regierung, seitdem das Selbstgefühl der Asiaten durch die japanischen Siege so stark gewachsen ist, steigende Schwierigkeiten. Japaner sind die Bundesgenossen Englands, Inder seine Untertanen. Gegenüber der feindlichen Haltung der Kolonien rufen sie den Schutz des Mutterlandes an, das aber bei der Autonomie dieser Kolonien ziemlich machtlos ist. In Kanada wurden kürzlich einwandernde Inder, unter denen auch zahlreiche ehemalige Soldaten der britisch-indischen Armee waren, an der Einwanderung verhindert. In Vancouver hielten die Inder deshalb ein Meeting ab und forderten telegraphisch von Morley, dem Staatssekretär von Indien, Schutz gegen die Abschiebung britischer Untertanen aus Kanada und gleiches Recht für alle Angehörigen des Reiches ohne Unterschied der Rasse.

Für die englische Regierung sind solche Vorkommnisse um so unangenehmer, als dadurch die ohnehin erbitterte Stimmung in Indien gegen die englische Herrschaft noch verschärft wird. —

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission. Sitzung vom 24. März. Die Kommission prüfte die durch zwei Proteste angefochtene Wahl des Abg. Löscher (Rp.) im zweiten Wahlkreise des Regierungsbezirkes Potsdam, Ostprignitz. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: v. Dallwitz (k.) 5850, Löscher (Rp.) 4638, Maaß (Soz.) 1527, Holz (Reformer) 1025, Freisinn 609; bei der Stichwahl v. Dallwitz 5207, Löscher 8865. Der erste Protest moniert die Fälschung eines Flugblattes zugunsten der Konservativen, wird jedoch für unbeachtlich von der Kommission erklärt, da amtliche Beeinflussung nicht behauptet ist.

Der zweite, von sozialdemokratischer Seite ausgehende Protest behauptet amtliche Wahlbeeinflussung und beruft sich dafür auf ein dem Protest beigefügtes Wahlflugblatt für v. Dallwitz, unter dem 32 Amtsvorsteher und 19 Gemeindevorsteher unter Beifügung ihres Amtscharakters unterzeichnet sind. Einige weitere Behauptungen des Protestes werden von der Kommission für erheblich erachtet, aber da in all den Fällen bei eventueller Kassation der Wahlakte die Verschiebung des Stimmenverhältnisses kein solches wäre, daß ein anderer Kandidat, als die beiden erstgenannten in Stichwahl gekommen wäre, so beschloß die Kommission, die Wahl des Abgeordneten Löscher für gültig zu erklären.

Stadtverordneten-Versammlung.

13. (außerordentliche) Sitzung vom Dienstag, den 24. März, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Michelet eröffnet die heutige Extrasitzung nach 5½ Uhr.

Gegenstand der Tagesordnung ist lediglich die Fortsetzung eventuell Beendigung der **Beratung des Stadthaushaltsetats** für 1908.

Bei Beginn der Beratung sind nur 25 Mitglieder anwesend.

Ueber die Spezialetats „Gehälter der Magistratsmitglieder", „Personalbesoldung", „Verwaltung der Bureaudienstgebäude", „Geschäftsbedürfnisse und Prozeßkosten", „Pensionen und Unterstützungen" berichtet Stadtv. Lentz (A. L.).

Nach dem Vorschlag des Ausschusses sollen die persönlichen pensionsfähigen Zulagen der Magistratsmitglieder dem Gehalt zugerechnet und somit dieses beim Oberbürgermeister auf 36 000, bei den Stadtkämmerern auf 15 000 M. festgesetzt werden. Für den Stadtschulrat Michaelis wird für seine außerordentliche Tätigkeit als Leiter des Fortbildungsschulwesens eine jährliche Remuneration von 3000 M. ab 1. April 1907 bis zu der Besetzung der neugeschaffenen Stelle eines besonderen Direktors für diesen Verwaltungszweig in Vorschlag gebracht.

Alle diese Etats werden ohne jede Debatte genehmigt.

Stadtv. Barth (A. L.) berichtet über den Etat für die städtischen Gaswerke und die öffentliche Petroleumbeleuchtung. Ein Antrag, bei den Revierarbeitern und den Arbeitern des Röhrensystems und der öffentlichen Beleuchtung die neunstündige Arbeitszeit einzuführen, ist vom Etatsausschusse abgelehnt worden.

Beim Etat der Straßenreinigung und Besprengung wird eine Petition des Ortsvereins städtischer Straßenreinigungsarbeiter um Erhöhung des Zuschusses für ihre Unterstützungskasse gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Mitglieder der sozial-fortschrittlichen Gruppe abgelehnt, nachdem Stadtv. Mentel (A. L.) sich gegen die Petition ausgesprochen hat.

Referent des Etatsausschusses für die Etats der Wasserwerke, Kanalisationswerke und Rieselfelder, Straßenbahnen und Kassenverwaltung der städtischen Werke ist Stadtv. Borgmann (Soz.). Dem landwirtschaftlichen Direktor der Rieselfelder empfiehlt der Ausschuß eine Zulage von 600 M. als Fuhrkostenentschädigung zu gewähren.

Beim Etat der Wasserwerke bringt

Stadtv. Dr. Weyl (Soz.) die Errichtung eines Freibades in unmittelbarer Nähe des Wasserwerkes Friedrichshagen zur Sprache. Redner bemerkt: Wir wissen aus dem Verwaltungsbericht, daß der Ausbau des Seewasserwerkes so weit gefördert ist, daß Ende März aus 330 Brunnen der Stadt Berlin Wasser zugeführt wird und der Seewasserverbrauch vermindert werden konnte. Letzteres ist überhaupt nur ein Notbehelf, bis wir ausreichende Versorgung durch Grundwasser haben. Das jetzige Wasser ist also Mischwasser aus See- und Grundwasser. Der sogenannte Freibäderverein hat nun beabsichtigt, in unmittelbarer Nähe des Wasserwerkes ein Freibad aufzutun, und zwar 1000—2000 Meter unterhalb desselben. Der Magistrat hat bei der vorgesetzten Behörde gegen dieses Bad Einspruch erhoben, weil es das Wasser verunreinige. Wenn wir nur Grundwasser benutzten, könnte uns das Bad gleichgültig sein. Aber so spielen ästhetische und hygienische Rücksichten mit, indem man

mit Recht befürchtet, daß eine Reihe von Krankheitsträgern in das Wasser gelangen könnte. Wenn auch das Bad gerade für die breiteren Schichten der Bevölkerung, die keine Badereise machen können, von größtem gesundheitlichem Vorteil wäre, so weiß ich doch nicht, warum uns ein Freibad gerade auf die Nase gesetzt werden soll. Am Südufer z. B. wäre doch Platz genug dafür. Der Verein hat die Erlaubnis bekommen, das Bad an besagter Stelle zu errichten; außerdem verlautete in der Presse, daß trotz des Protestes des Magistrats das Bad unmittelbar neben dem Forsthaus Müggelsee errichtet werden soll. Bei der fiskalischen Natur unserer Behörden müssen wir das als sehr wohl möglich ansehen. Es wird sich fragen, ob Berlin in der Lage ist, den durch die Anlage entstehenden Schaden auszugleichen. Wir appellieren an die Wasserwerksverwaltung, den Bau des neuen Grundwasserwerkes aufs äußerste zu beschleunigen. Die Wasserwerksverwaltung muß ferner durch besonders peinliche Aufsicht dafür sorgen, daß das Wasser von Krankheitskeimen freigehalten wird. Das Wasser wird gegenwärig alle 14 Tage untersucht; vielleicht wird es später alle Tage untersucht. Dann möchte ich noch darauf hinweisen, daß dem Freibadverein aufgegeben worden ist, Bedürfnisanstalten zu errichten, und daß die Gefahr besteht, daß durch die Produkte des Stoffwechsels das Wasser verdorben wird. Die Wasserwerksverwaltung wird hoffentlich alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, die Bevölkerung zu beruhigen.

Stadtrat **Rast**: Unser Gesundheitsamt hat ein Gutachten erstattet, das geradezu vernichtend ist für den Plan der Anlage eines Freibades bei den Friedrichshagener Wasserwerken. Das Bad wird nicht 4 Kilometer sondern nur 2 Kilometer von unseren Schöpfstellen entfernt sein. Auch der Errichtung des Bades am Südufer des Müggelsees stehen Bedenken aus hygienischen Gründen entgegen. Auf die Entnahme von Wasser aus dem See können wir, vorläufig wenigstens, nicht verzichten, besonders an heißen Sommertagen, wo gerade am meisten gebadet werden wird, werden wir immer täglich 60 000 Kubikmeter aus dem See entnehmen müssen.

Die Etats werden genehmigt.

Beim Etat der Gemeindefriedhöfe bemerkt

Stadtv. **Modler** (A. L.): Im übrigen Deutschen Reiche, selbst in den kleinsten Staaten, ist die **Freiheit der Feuerbestattung** gewährleistet resp. die Bewegung dafür in vollem Fluß; nur Berlin ist hierin vollkommen rückständig. Bereits 1908 ist in dieser Beziehung eine große Anzahl von Berliner Vereinen gemeinsam an den Magistrat herangetreten; es wurde auch geantwortet, daß der Magistrat sich mit der Frage beschäftige. Seitdem sind 4 Jahre vergangen; der Magistrat hat im Landtage nichts versucht. Ich bitte um eine Erklärung darüber.

Oberbürgermeister **Kirschner**: Der Magistrat hat es an Aufmerksamkeit in dieser Sache nicht fehlen lassen, er wäre auch bereit, mit einer Petition an den Landtag heranzutreten, wenn ein Resultat zu erwarten wäre. Es ist bekannt, daß gerade jetzt am allerwenigsten der Zeitpunkt für die Zulassung der Feuerbestattung in Preußen ein günstiger ist. Ich muß Ihnen ehrlich gestehen, von Petitionen, die keinen Erfolg haben, die eine Niederlage bringen, halte ich nichts; Berlin gerade muß mit solchen Petitionen sparsam sein. Wenn ein günstiger Zeitpunkt dafür gekommen sein sollte, werden wir selbstverständlich eine solche Petition einreichen.

Stadtv. **Manasse** (Soz.): Es ist mir eine besondere Freude, daß von kirchlicher Seite hier diese Frage angeschnitten worden ist. Soviel ich weiß, haben drei Minister sich sehr wohlwollend dazu gestellt, aber der vierte Mann zum Skat, gerade der maßgebende, erschien gar nicht zu der Besprechung darüber. In Sachsen denkt man kirchlich genau so wie in Preußen, trotzdem ist dort die Feuerbestattung nicht verboten, ja, es wird nicht unmöglich sein, daß wir eher unsere Leichen per Automobil an die Grenze Mecklenburgs schaffen, um sie dort verbrennen lassen zu können, als daß in Preußen sich ein Wandel vollzieht. Heute können allerdings in Preußen auch schon zwei Kategorien von Einwohnern sich verbrennen lassen: solche, die die Mittel dazu haben, um sich in einem der außerpreußischen Krematorien einäschern zu lassen, und dann jene andere Klasse, die in der Diestelmeyerstraße gleich kubikmeterweise verbrannt wird zur Strafe für ihre Armut. Es hat sich ja auch in Theologenkreisen schon ein Wandel vollzogen, manche Geistlichen sind bereit, den Angehörigen auch bei Einäscherungen Trost zu spenden. Die volkswirtschaftliche Seite der Frage wird ja erst allgemein erwogen werden, wenn eine große Epidemie einmal ausbrechen sollte. Wer Verbrennungen beigewohnt hat, weiß, daß da die Würde und Weihe der Bestattung ebenso gewahrt ist wie bei der Erdbestattung. Bekanntlich ist in Preußen bereits ein Krematorium gebaut, nämlich in Hagen, und man hätte sich dort die Ausgabe von 130 000 M. sehr überlegt, wenn man nicht angenommen hätte, daß die Feuerbestattung bald zugelassen werden würde. Es gibt dort auch einen vernünftigen Regierungspräsidenten, der der Sache sehr sympathisch gegenübersteht und nur eine Strafe von 150 M. für jede Uebertretung des Verbotes verhängen läßt. Ginge die Vernunft nun soweit, nur 3 M. Strafe zu verhängen, so könnte man auch in Preußen billig verbrannt werden. (Heiterkeit und Beifall.)

Stadtv. Dr. **Langerhans** (A. L.) ist mit dem Oberbürgermeister der Meinung, daß der Zeitpunkt für Einbringung einer Petition an den Landtag nicht günstig ist; trotzdem aber sollte man sie einbringen, denn nur durch andauernde Arbeit sei hier etwas zu erreichen.

Stadtv. **Rosenow** (N. L.) ist dafür, unter allen Umständen jetzt die Petition einzureichen.

Stadtv. **Kyllmann** (fr. Fr.) macht darauf aufmerksam, daß bei Leichenbestattungen auf dem Meere die Würde und Feierlichkeit in keiner Weise beeinträchtigt werde.

Stadtv. **Modler** stellt den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit einer Petition an den Landtag heranzutreten, in der die Zulassung der Feuerbestattung für Preußen gefordert wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen und der Etat genehmigt.

Der Etat für den Hochbau passiert ohne Debatte.

Bei den „Verschiedenen Einnahmen und Ausgaben" beantragt

Stadtv. **Dyhrenfurth** (fr. Fr.), daß die dem Berliner Aquarium entzogenen 23 000 M. als Beihülfe wieder ins Ordinarium eingestellt werden und zwar mit der Maßgabe, daß diese Beihülfe postnumerando gezahlt wird, solange das Aquarium seinen Betrieb aufrecht erhält.

Stadtrat **Ramslau** macht darauf aufmerksam, daß diese Bedingung sowieso zu Recht bestände.

Stadtv. **Borgmann** (Soz.): Wir werden dem Antrag zustimmen, denn das Aquarium ist ein wertvolles Bildungsinstitut. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf aufmerksam machen, daß nach meiner Meinung auch die Kinder der Gutsschulen der Berliner Rieselfelder die Vergünstigungen genießen müssen, die den Berliner Volksschulkindern zustehen: freier Besuch des Zoologischen Gartens und des Berliner Aquariums.

Der Antrag Dyhrenfurth wird angenommen.

Im übrigen wird der Etat „Verschiedene Einnahmen und Ausgaben" ohne Debatte verabschiedet.

Ueber die Etats für die Markthallen, den Viehmarkt, den Schlachthof und die Fleischbeschau berichtet Stadtv. Goeroldt (Fr. Fr.).

Zum Etat der **Markthallenverwaltung** bemerkt

Stadtv. **Hintze** (Soz.): Im vorigen Jahre schon hat der Kämmerer die Markthallen ein Schmerzenskind der Verwaltung genannt, und in diesem Jahre meinte er, gingen sie rettungslos ihrem Schicksal entgegen, es blieben nur noch 275 000 M. in dem „Goldtopf" übrig, und im nächsten würden sie eine halbe Million Zuschuß erfordern. Dieses Exempel stimmt nicht, denn von einzelnen Markthallen sind noch Ueberschüsse von insgesamt 470 000 Mark eingestellt. Es muß jetzt geprüft werden, ob man nicht endlich tabula rasa macht mit den Markthallen, die nicht ertragsfähig sind. Dazu gehören die Markthalle in der Mauerstraße mit 60 000, die am Arminiusplatz mit 50 000, die in der Dorotheenstraße mit 51 000 M. Zuschuß u. a. Scheidet man diese aus, so würden die Markthallen im ganzen noch einen Ueberschuß ergeben. Der Ausschuß hat die Petition der Markthallenarbeiter um Lohnerhöhung abgelehnt. Diese Petition vertrat den bescheidenen Wunsch, daß den Arbeitern der Lohn von 4,50 M. nach neunjähriger Tätigkeit endlich gewährt werden möchte. Deputation und Magistrat haben diesen Satz bewilligt, nachdem die Deputation bereits im vorigen Jahre 3,75 M. Mindest- und 4,75 M. Höchstlohn empfohlen hatte. Die Zahlung des Satzes von 4,50 M. hat aber der Magistrat nach dem Etatsentwurf bis 1909 hinausgeschoben. Die Löhne der Heizer in den Markthallen sind seit 15 Jahren nicht um einen Pfennig erhöht worden. Auch hier hatte die Deputation Erhöhung des Höchstgehaltes auf 1800 M. vorgeschlagen, der Magistrat hat diesen Antrag nicht berücksichtigt. Jetzt haben auch die Heizer petitioniert, der Ausschuß hat sich aber ebenfalls ablehnend verhalten. Wir bedauern lebhaft, mit Anträgen heute nicht kommen zu können, und zwar um so mehr, als die Versammlung schon voriges Jahr die Petition der Heizer dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen beschloß; wir bedauern weiter lebhaft, daß der Magistrat jenen so bescheidenen Wünschen nicht entsprochen hat. (Beifall b. d. Soz.)

Der Etat wird hierauf genehmigt, ebenso ohne Debatte der Etat für den Viehmarkt und für den Schlachthof, bei letzterem auch der neue Schlacht- und Schaugebührentarif genehmigt.

Die Petitionen der Berliner Fleischerinnung, des Vereins der Schweine-Engrosschlächtermeister Berlins und des Vereins der Vereinigten Großfleischermeister Berlins um Ablehnung der beabsichtigten Tariferhöhungen werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Ueber die Etats für Straßen- und Brückenbau, Kapital- und Schuldenverwaltung, Gemeindegrundsteuer, Gewerbe- und Warenhaussteuer, Betriebssteuer, Gemeindeeinkommensteuer, Hundesteuer, Braumalzsteuerzuschlag, Wanderlagersteuer, Umsatzsteuer referiert Stadtv. Löser (A. L.).

Beim **Etat der Gemeindeeinkommensteuer** führt

Stadtv. **Leid** (Soz.) aus: Die Zustände in der Steuerverwaltung bedürfen dringend der Abhülfe. Das städtische Einwohner-Meldebureau soll die Verpflichtung haben, die Konfession der Steuerpflichtigen den kirchlichen Behörden mitzuteilen. Ein gesetzlicher Grund für diese Bestimmung ist mir nicht bekannt. Gleichviel aber, wenn auch diese Verpflichtung begründet sein sollte, so müßten doch die Auskünfte auf Grund der Listen nicht so unvollständig sein, daß man einfach darüber den Kopf schütteln muß. Zahlreiche Bürger werden zur Kirchensteuer veranlagt, die der betreffenden Kirchengemeinschaft gar nicht angehörten oder schon seit vielen Jahren ausgetreten sind. In kurzer Zeit sind mir 70 Fälle bekannt geworden, wo Mitglieder, die aus Kirchengemeinden rechtlich ausgeschieden beziehungsweise der veranlagenden Kirchengemeinde gar nicht angehören, trotzdem zur Kirchensteuer veranlagt worden sind. Obwohl ich selbst z. B. seit 14 Jahren aus der evangelischen Landeskirche ausgeschieden bin, ist mir das widerfahren. In der katholischen Sebastiansgemeinde sind so zahlreich derartige Fälle vorgekommen, daß man geradezu von einer Belästigung sprechen muß. Es herrscht hier offenbar eine **unglaubliche Schlamperei**. Die Sadtgemeinde vollzieht sogar Pfändungen für die auf diese Weise festgesetzte Kirchensteuer und kann natürlich für den entstehenden Schaden verantwortlich gemacht werden. Wir müssen verlangen, daß diese Listen wenigstens korrekt sind. Ich würde kein Wort darüber verlieren, wenn nur vereinzelte Klagen vorlagen; in einer großen Verwaltung können Fehler vorkommen, aber jetzt herrscht ein Mißstand, der einmal öffentlich gerügt werden muß. In der Einziehung unserer Steuern herrschen ebenfalls Mißstände. Die **Steuerannahmestellen sind zu Zeiten so überfüllt**, daß das Publikum oft lange warten muß. Es kommt hinzu, daß die Beamten in den Bureaus in einer Weise mit dem Publikum umgehen, die nicht gerade höflich genannt werden kann. Es mag sein, daß es für einen Beamten unangenehm ist, wenn er in seiner rechnerischen Arbeit gestört wird, aber er darf doch seinen Unmut nicht an dem Publikum auslassen, denn die **Beamten sind für das Publikum da** und nicht umgekehrt. Ueber den Ton unserer Beamten haben wir ja schon einmal in bezug auf die Standesämter Klage führen müssen. In der Steuerannahmestelle Treskowstraße ließ man eine Frau von 12 bis 2 Uhr warten, ohne daß sie abgefertigt wurde; in dieser Zeit soll die Steuerstelle sehr überfüllt gewesen, aber trotzdem in der Zeit von 12 bis ¾1 Uhr nicht eine Person abgefertigt worden sein. Auf Beschwerde wurde einfach geantwortet: „Wir haben ja auch warten müssen, bis Sie gekommen sind." (Heiterkeit.) Das ist nicht die Art, das Publikum zu behandeln; es hat ein Recht, prompt abgefertigt zu werden.

Beanstandet werden muß auch das **heutige Mahnverfahren**, welches ein offenes ist und die Steuererheber zu der Praxis veranlaßt hat, in Fällen, wo der Pflichtige nicht angetroffen wird, die **Mahnzettel an die Wohnungstür zu heften**. Das steht der Stadt Berlin recht schlecht an; ein Privatmann wird sich das entschieden verbitten und unter Umständen eine Beleidigung darin erblicken. Was sich für den Privatmann nicht schickt, schickt sich auch nicht für die Stadt Berlin. Selbst das Gericht benutzt den geschlossenen Brief, sobald es sich um Aufforderung zur Zahlung von Gerichtskosten handelt. Dieser alte Zopf sollte endlich abgeschnitten werden. (Beifall.)

Stadtrat **Tourbié**: Den letzteren Zopf abzuschneiden ist sehr schwer, denn das Anheften ist gesetzlich vorgeschrieben; es ist sogar einmal vorgekommen, daß jemand verlangte, der Zettel solle nicht in den Briefkasten gelegt, sondern angeklebt werden. (Heiterkeit.) Eine erhebliche Vermehrung der Lokalitäten würde neben der Vermehrung der Beamten zur Erleichterung der Steuerzahlung gehören, namentlich wenn man sie bringen lassen wollte. Die Sache mit den Kirchensteuern ist sehr mißlich. Wir sind gesetzlich gezwungen, diejenigen Steuern einzuziehen, die nicht direkt an die Kirchengemeinde gezahlt werden. Wir üben dabei eine sehr milde Praxis. Daß bei der Veranlagung Fehler vorkommen können, ist selbstverständlich. Die Listen beruhen zunächst auf den Hauslisten, und viele Leute geben da ihre Religion erst gar nicht an.

Stadtv. **Borgmann** (Soz.): Ob wir die Steuer holen oder bringen lassen, darauf kommt es gar nicht an; in beiden Fällen wird es säumige Zahler geben, die gemahnt werden müssen. Der offene Mahnzettel soll nicht an die Tür geklebt werden, das wünscht Kollege Leid. Das müßte auch sehr leicht durchzuführen sein. Daß die Einziehung der Kirchensteuer durch die Stadt überhaupt ein Uebel ist, stimmt schon, sofort werden wir es indessen nicht beseitigen können. Abhülfe muß aber gegen diese zahllosen Irrtümer und Behelligungen in irgendeiner Weise geschaffen werden.

Der Etat wird genehmigt, desgl. die Etats für die Hundesteuer, Braumalzsteuerzuschlag, Wanderlagersteuer, Umsatzsteuer.

Darauf wird der Stadthaushaltsetat für 1908 in Einnahme und Ausgabe festgesetzt auf 159 089 112 M.

Die Tagesordnung ist damit erledigt und die Sitzung schließt um ¾8 Uhr.

Aus der Partei.

Jahresbericht der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands für 1907.

Der vom Parteisekretär J. G. van Kuykhof publizierte Jahresbericht ergibt eine Mitgliederzahl von 8423 gegen 7471 im Jahre 1906, die in 176 Abteilungen, gegen 167, organisiert waren; eine Zunahme von 952 Mitgliedern und 9 Abteilungen. Der Parteisekretär weist darauf hin, daß eine große Anzahl der Abteilungen sich auf dem Lande befindet und deshalb auch nur wenige Mitglieder zählt; 96 Abteilungen, d. h. 54 Proz. haben weniger als 25 Mitglieder. Unter den großen Städten zeigt Amsterdam einen Mitgliederzuwachs von nur 3 Proz., Utrecht von 8,37 Proz., Haag von 12,96 Proz., Rotterdam von 22,6 Proz., während die Zunahme für die ganze Partei 12,8 Proz. beträgt, gegen 9,78 Proz. im Vorjahre. — Die Einnahmen der Partei betrugen 13 744,84½ Gulden, worunter: 4338,63 Gulden von Mitgliederbeiträgen, gegen 3838,87½ Gulden im Vorjahre, und 4637,72½ Gulden Beiträge für den Parteifonds und andere freiwillige Beiträge. Die Ausgaben betrugen 13 436,64½ Gulden, der Kassenbestand 308,20 Gulden. — Die im Berichtsjahre vollzogenen Wahlen zu den Provinzialstaaten erhöhten die sozialdemokratischen Sitze von 6 auf 21; die Gemeinderatswahlen ergaben als Resultat, daß Ende 1907 in 53 Gemeinden 99 Sozialdemokraten in Gemeinderäten saßen. Beide Wahlen, sagt der Bericht, übten auf den allgemeinen Stand der Partei günstigen Einfluß aus. — Diskussionen über die Parteitaktik seien auf Beschluß in den Abteilungen, bis auf einzelne, unterblieben. Die Gruppen hätten sich, kräftiger als früher, auf die innere Organisation verlegt und schenkten besonders den Tagesfragen ihre Aufmerksamkeit. Im ganzen sprächen die Abteilungsberichte nicht von Mutlosigkeit; in organisatorischer und finanzieller Hinsicht sei der Stand der Partei ein guter. — Die Tätigkeit des Parteivorstandes, der Parteibuchhandlung und der vier von der Partei ganz oder teilweise honorierten Propagandisten wird eingehend behandelt. Die Parteipresse besteht außer dem täglich erscheinenden Zentralorgan „Het Volk" noch aus 15 Wochenblättern, der wissenschaftlichen Monatsschrift „De Nieuwe Tijd", der alle 14 Tage erscheinenden „Proletarischen Frau", dem Monatsblatt der Jugendorganisationen „De Zaaier" und der „Gemeente", Organ des Vereins sozialdemokratischer Gemeinderatsmitglieder.

Gemeindewahlerfolge.

In Hessen-Nassau wurde zu Naurad mit 45 von 46 abgegebenen Stimmen in der dritten Klasse ein Sozialdemokrat gewählt. In Flörsheim siegte zum erstenmal einer unserer Genossen, und in Rüdingen drangen bei der Gemeindevertreterwahl zwei Genossen durch.

In Grüben bei Striegau in Schlesien wurde ein Genosse mit 65 von 70 abgegebenen Stimmen gewählt.

Aus den Organisationen.

Die Parteiorganisation des Wahlkreises Mainz-Oppenheim hielt am Sonntag eine Konferenz in Mainz ab. Nach dem Jahresbericht des Kreisvorstandes ist der Mitgliederstand in 16 Ortsvereinen, berechnet nach dem Markenumsatz von 1392 auf 1699 gestiegen; die gegenwärtige Mitgliederzahl beträgt 2339, ihr stehen 13 027 sozialdemokratische Reichstagswahlstimmen und ca. 9000 freie Gewerkschaftsmitglieder gegenüber. Bei den Gemeinderatswahlen wurden fünf neue Mandate erobert, eins ging verloren. In acht Gemeinden sind jetzt 32 Vertreter unserer Partei tätig. Die Parteipresse erlitt durch Abtrennung des Darmstädter Kreises, in welchem eine eigene Parteizeitung gegründet wurde, einen empfindlichen Verlust an Abonnenten, der noch nicht wieder ausgeglichen werden konnte. Die Einnahmen und Ausgaben der Kreiskasse balanzieren mit 3304,15 M. bei einem Kassenbestand von 701,62 M. — Beschlossen wurde die Anstellung eines Parteisekretärs, der bereits am 1. Juli seine Tätigkeit aufnehmen soll. Zur Bestreitung der Kosten wurde der Einheitsbeitrag von 25 auf 30 Pf. pro Monat erhöht. — Zur im Herbst stattfindenden Landtagswahl erstattete Genosse Dr. David ein Referat, in welchem er empfiehlt, die Wahlrechtsreform in den Vordergrund des Wahlkampfes zu stellen. Direktiven wird eine außerordentliche Konferenz erst noch beschließen. — Die Konferenz war von 13 Orten mit 65 Delegierten beschickt.

Zum Parteitag in Nürnberg 1908 beabsichtigt die örtliche Parteileitung, eine offizielle Parteitagskarte (Ansichtskarte) herstellen zu lassen, auf der neben dem Parteitage selbst auch des im Jahre 1868 zu Nürnberg stattgefundenen 5. Vereinstages der deutschen Arbeitervereine gedacht werden soll. Zur Erlangung von Entwürfen erläßt der Sozialdemokratische Verein ein Preisausschreiben für die Arbeiter der in Frage kommenden Berufe Nürnbergs. Vorgesehen sind drei Preise von 50, 30 und 20 M. Das Preisgericht wird aus je einem Vertreter der Organisationen der Bildhauer, Maler und Lithographen, drei vom Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins zu bestimmenden Genossen und einem Vorstandsmitgliede selbst gebildet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein hartnäckiger Staatsanwalt.

Von der Anklage der Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen war der Genosse Quessel vom Landgericht Stettin freigesprochen worden. Er hatte in der Landarbeiterzeitung „Der Pommer" eine Novelle aus dem Leben der Landarbeiter veröffentlicht und sollte dadurch zur Verachtung der Justiz aufgereizt haben. Der Staatsanwalt konnte es zur Eröffnung des Hauptverfahrens erst durch eine Beschwerde bringen. Als dann Quessel doch freigesprochen wurde, legte der Staatsanwalt Revision ein, die aber auch verworfen wurde, weil nach dem Inhalt der Novelle nicht angenommen werden konnte, daß auf einen einzelnen Fall hingewiesen werden sollte, von dem der Leser annehmen konnte, daß er sich tatsächlich ereignet habe. Das sei aber Bedingung für den Dolus der Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

50 Proz. Betriebseinschränkung!

Essen-Ruhr, 24. März. (W. T. B.) Das Siegerländer Roheisensyndikat hat, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" meldet, beschlossen, vom 1. April ab eine Betriebseinschränkung von 50 Proz. eintreten zu lassen. Es wurde erklärt, daß infolge des Festhaltens des Kohlensyndikats an den hohen Kokspreisen Aufträge an gemischte Werke und an das Ausland gingen. Die Siegerländer Hütten werden Koksabschlüsse nur für drei Monate tätigen.

Die Werftherren.

Hamburg, 24. März. (W. T. B.) Die Gruppe Deutsche Seeschiffswerften des Verbandes deutscher Eisenindustrieller hatte die Ausständigen der Howaldtswerke aufgefordert, die Arbeit bis zum 21. d. M. wieder aufzunehmen. Da die Ausständigen dieser Aufforderung nicht nachgekommen sind, wird die Gruppe den Betrieb in den deutschen Seeschiffswerften vom 28. d. M. ab bis auf weiteres einschränken.

Bergmannslos.

Salzburg, 24. März. (B. H.) Im Braunkohlenbergwerk Hering bei Kufstein wurden vier Bergarbeiter durch giftige Gase getötet, ein fünfter ringt mit dem Tode.

Es bleibt beim Justizverbrechen gegen die „Wyborger"!

Petersburg, 24. März. (W. T. B.) Der Senat lehnte die Kassationsklage der wegen Unterzeichnung des Wyborger Aufrufes angeklagten ehemaligen Abgeordneten der ersten Reichsduma ab.

Exdeputierter Nasi.

Rom, 24. März. (W. T. B.) Die Deputiertenkammer hat den Vorschlag der Kommission, das Mandat Nasis infolge seiner Verurteilung durch den Senat für verfallen zu erklären, genehmigt.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung vom Dienstag, den 24. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben, Breitenbach.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Sekundärbahnvorlage.

Minister **Breitenbach** weist darauf hin, daß die Vorlage zum Ausbau des Staatsbahnnetzes und zur Beschaffung von Betriebsmitteln im ganzen 502 850 000 M. fordere und damit die umfangreichste Vorlage sei, die in dieser Richtung von der Staatseisenbahnverwaltung bisher vorgelegt wurde. Zum Bau von neuen Bahnen und von Betriebsmitteln für diese werden 132½ Millionen Mark gefordert, zur Anlage zweiter, dritter und vierter Gleise 62 717 000 M., zur Beschaffung von Betriebsmitteln für die bestehenden Staatsbahnen 220 Millionen Mark, zur weiteren Förderung des Baues von Kleinbahnen 5 Millionen Mark. Für den Verkehr von Berlin hofft Redner im nächsten Jahre Mittel bereitstellen zu können. Wenn zurzeit auch die wirtschaftliche Entwickelung eine Abschwächung erfahren habe, so müßte die Eisenbahnverwaltung doch bemüht sein, ihre Leistungsfähigkeit aufrecht zu erhalten, denn es werde sich doch bald wieder eine aufsteigende wirtschaftliche Entwickelung geltend machen.

Abg. **v. Quast** (k.) geht auf Einzelheiten der Vorlage ein und bemerkt dabei, daß es sich bei den für Fertigstellung von zweiten und dritten Gleisen auf den Strecken von Berlin nach Bernau und nach Grünau, sowie von Schönholz bis Hermsdorf geforderten Mitteln um Fortführung der schon früher begonnenen Arbeiten handle, daß aber in Zukunft für solche Strecken, von denen in der Hauptsache Berlin Vorteile habe, auch die Stadt herangezogen werden müßte. Im Lande werde es nicht verstanden, wenn zugunsten von Groß-Berlin die Provinzen herangezogen werden. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. **Macco** (nl.) erklärt, daß seine Freunde alle Mittel bewilligen würden, die notwendig seien, um den Eisenbahnbetrieb leistungsfähig zu erhalten und rentabel zu machen. Der Frage der Vermehrung der Betriebsmittel müsse die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Abg. **Neumann-Grohenborau** (k.) wünscht die Fortführung der geforderten Kleinbahn Wolzig—Glogau bis in den Grünberger Kreis.

Abg. **v. Schubert** (natl.) begrüßt die Aufnahme der Kleinbahn Heimbach—Baumholder in die Vorlage.

Abg. **Rosenow** (frs. Vp.) wendet sich gegen die Forderung des Abg. v. Quast, Groß-Berlin zu den Kosten nicht rentierender Vorortbahnen heranzuziehen. Dasselbe müßte man dann von allen Gemeinden, die an nicht rentierenden Bahnen liegen, verlangen. (Sehr wahr! links.)

Abg. Dr. **Hauptmann** (Z.) stellt fest, daß für das Rheinland von der Vorlage nur gut rentierende Linien gefordert würden.

Abg. **v. Quast** (k.) bemerkt, daß die Stadt Berlin zu den Kosten der Stadtbahn nicht beitrage.

Abg. **Rosenow** (frs. Vp.) erwidert, daß Berlin große Summen für den Ausbau seiner Verkehrsmittel ausgibt, und jetzt z. B. die Absicht habe, das Untergrundbahnnetz mit großen Mitteln auszubauen.

Damit schließt die allgemeine Besprechung.

Abg. **Hackenberg** (natl.) bittet um Verbesserung der Verkehrswege auf dem Hunsrück.

Abg. **Student** (fk.) bittet um Herstellung einer direkten Verbindung zwischen Schwiebus und Züllichau.

Abg. **Witzmann** (natl.) befürwortet die Schaffung einer schnelleren Verbindung zwischen Liegnitz und Hirschberg, die nur durch den Ausbau der Nebenbahn Liegnitz—Goldberg—Hermsdorf zur Hauptbahn erreicht werden könne.

Abg. **Heckenroth** (k.) tritt für eine weitere Erschließung des Westerwaldes durch Bahnbauten ein.

Abg. **Hammer** (k.) empfiehlt den Bau einer direkten Bahnverbindung zwischen Fürstenwalde und Beeskow zur Erschließung des Scharmützelsees. Durch eine Weiterführung dieser Bahn nach Wriezen würden Pommern und der Oderbruch eine bessere Verbindung mit Sachsen erhalten. Die Erschließung des Scharmützelsees würde im Interesse der Berliner liegen, die vorgeschlagene Bahn würde sich auch durchaus rentieren.

Abg. Graf **Strachwitz-Bertelsdorf** (Z.) verlangt die Leitung des Durchgangsverkehrs auf der Strecke Berlin—Oderberg über Groß-Strehlitz und eine bessere Zugverbindung zwischen Schlesien und Rußland.

Abg. **Hirt** (k.) bittet um eine bessere Verbindung zwischen Schweidnitz und Breslau.

Abg. Dr. **Iderhoff** (fk.) wünscht eine günstigere Verbindung zwischen Aurich und Emden.

Abg. **Holtz** (fk.) spricht den Wunsch aus, der Stadt Schwetz bessere Bahnverbindung zu geben.

Abg. **Malkewitz** (k.) regt den Bau einer Bahnlinie Schwedt—Vierraden—Garz—Stettin an.

Abg. **Meyer** (Diepholz, natl.) wünscht eine Bahnlinie Lemförde-Rahden.

Abg. **Engelsmann** (natl.) bedauert, daß immer noch nicht die Bahnlinie Simmern—Gmünden in der Vorlage enthalten ist.

Abg. **Laute** (Z.) tritt für Bahnbauten in seinem Wahlkreise Hünfeld—Gersfeld ein.

Abg. **Kesternich** (Z.) bittet um weiteren Ausbau der Eisenbahnen im Eifelgebiet.

Abg. **Faltin** (Z.) bittet um Beschleunigung der Ausführung der bereits bewilligten Bahn von Groß-Strehlitz nach Ossowska.

Abg. **Eberhard** (k.) dankt dem Minister für den Besuch in seinem Wahlkreise und hofft, daß die Wünsche der Interessenten dort nach neuen Bahnbauten bald erfüllt werden.

Abg. Graf **Praschma** (Z.) wünscht eine Bahn von Deutsch-Rasselwitz über Lambsdorf nach Grottkau.

Abg. **Ernst** (frs. Vg.) empfiehlt die Weiterführung der Linie Schneidemühl—Czarnikau bis Benschen.

Abg. Dr. **Dittrich** (Z.) tritt für eine Fortführung der Linie Bartenstein—Heilsberg nach Guttstadt ein.

Abg. **Marx** (Z.) bittet um den zweigleisigen Ausbau der Strecke Köln—Grevenbroich—Gladbach.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag, 11 Uhr. (Dritte Beratung des Hebammengesetzes. Antrag Iderhoff, betreffend obligatorischen Besuch der ländlichen Fortbildungsschulen in der Provinz Hannover und Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 4½ Uhr.

Breslauer Polizeitaten vor einem schwäbischen Gericht.

Stuttgart, 23. März.

Der „Wahre Jakob“ soll die Breslauer Polizei beleidigt haben. Heute vormittag begann die erneute Verhandlung gegen den Redakteur des „Wahren Jakob“, Genosse Heymann, vor der Strafkammer II des Suttgarter Landgerichts. Den Vorsitz führte der Landgerichtsdirektor Kohlhund, die Anklage vertritt der Oberstaatsanwalt Faber, als Verteidiger fungieren Rechtsanwalt Dr. Lutz und Rechtsanwalt Konrad Haußmann. Wie bereits kurz berichtet, fühlt sich die Breslauer Polizei beleidigt durch ein satirisches Bild im „Wahren Jakob“, das die Heldentaten der Polizei im April 1906 gegen die ausgesperrten Metallarbeiter und die unbewaffnete Volksmenge „glorifiziert“. Oben auf dem Bilde sind die Konturen des bekannten Bildes des polnischen Malers Kesack wiedergegeben, wie „Väterchens“ Kosaken das Volk zur Räson bringen. Unten sieht man die Breslauer Polizei in ähnlicher Beschäftigung begriffen, doch ist die blutige Tragik, die im Bilde des polnischen Malers liegt, ins Preußisch-Alberne übertragen. Wenn man die Helden der Breslauer Polizei gegen das Volk ansprengen sieht, kommt einem unwillkürlich das Lachen an. Betitelt ist das Bild: „Das Pfingstwunder von Breslau.“

Am 4. November 1907 wurde die Angelegenheit zum ersten Male vor der Stuttgarter Strafkammer verhandelt. Auf Antrag der Verteidigung wurde die Verhandlung vertagt, um etwa vierzig Zeugen in Breslau zu vernehmen. Der Angeklagte, Genosse Heymann, wohnte der Vernehmung dieser Zeugen bei. Leider ist entgegen dem Willen der Verteidigung die Vernehmung nicht durch einen württembergischen Richter erfolgt. Wie der preußische Jurist seine Aufgabe durchgeführt hat, davon gab Genosse Heymann etliche hübsche Pröbchen zum besten. Er erklärte, daß seine Notizen häufig ein ganz anderes Bild von den Aussagen der Zeugen geben, als die schriftliche Protokollierung durch den Richter. Als er (Heymann) gelegentlich auf diesen Unterschied aufmerksam gemacht habe, habe der vernehmende Richter, Gerichtsassessor Bielschewsky, ihm zunächst verboten, Notizen zu machen. Dieses Verbot habe er dann wieder zurückgezogen und sich in einigen Fällen auch zu einer anderen Abfassung des Protokolls bequemt. Schließlich habe der Breslauer Richter ihm auch verboten, selbst Fragen an die Zeugen zu stellen und verlangt, daß die Fragen ihm, dem Richter, zunächst vorgelegt würden. Dann wolle er, der Richter nämlich, selbst die Fragen an die Zeugen richten. Wenn der Angeklagte selber frage, so werde er von den Zeugen nicht mehr als Angeklagter betrachtet. Der Verteidiger kennzeichnete diese Praxis des Breslauer Richters als durchaus ungehörig.

Die Verlesung der Zeugenaussagen nahm fast den ganzen Vormitag in Anspruch. Dabei ergab sich, daß ein als Zeuge vernommener Schutzmann im Biewald-Prozeß so ziemlich das Gegenteil von dem ausgesagt hat, was in diesem Prozeß zur Verlesung gelangte. Der Verteidiger machte auf diesen klaffenden Widerspruch aufmerksam und stellte schließlich den Anrag, den Zeugen nach Stutigart zu laden, um ihm vor der Strafkammer hier Gelegenheit zu geben, seine Aussagen in Einklang miteinander zu bringen. Das Gericht behielt sich die Beschlußfassung über den Antrag vor.

Von Interesse war ferner das Gutachten des Direktors der königlichen Gemäldegallerie Stuttgarts, Prof. Dr. Dietz, über das verbrecherische Bild des „Wahren Jakob“. Er erklärte, es handele sich um eine wirklich künstlerische Satire, um eine künstlerische Leistung. Die politische Satire könne niemals der karikierenden Uebertreibung und Verzerrung entbehren. „Der Verfasser hat da das komisch-humoristisch Widerspruchsvolle kennzeichnen wollen, das darin liegt, daß diese Vertreter der Ordnung in dieser unordentlichen Weise auf brutalste vorgegangen seien. Er hat in der Form dargestellt, daß ein wilder Kosakengeist über sie gekommen sei. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, es sei in dieser Art etwa über die Grenze der erlaubten Satire hinausgegangen worden.“ — Auf eine Frage des Angeklagten führte Prof. Dietz weiter aus: „Ich bin der Ansicht, daß die Absicht einer persönlichen Beleidigung bis zu einem gewissen Grade auf dem ganzen Gebiete der künstlerischen, humoristischen Polemik nicht gegeben ist. Es wird nur auf tatsächliche menschliche Unvollkommenheiten hingewiesen. Wie ich die politische Satire kenne, so müßte man drei Viertel aller politischen Satire streichen, wenn man solche Dinge für unerlaubt halten wollte.“

Erwähnt zu werden verdient auch noch ein Ausspruch des Breslauer vernehmenden Richters, den Genosse Heymann zur Kennzeichnung der Auffassung jenes Mannes von den Pflichten und Aufgaben der Polizei zum besten gab. Danach hat der vernehmende Richter seiner Auffassung über jene Vorgänge dahin Ausdruck gegeben, daß die Polizei gegen das Publikum noch viel zu milde vorgegangen sei. Es wäre wünschenswert gewesen, daß die in Breslau garnisonierenden Regimenter alarmiert, der Striegauer Platz umstellt und alles, was sich darauf befand, verhaftet und in die Kasernen gebracht worden wäre.

In der Abendsitzung nahm zunächst Oberstaatsanwalt Faber das Wort. Man merkte seinen Ausführungen an, daß ihm die Vertretung der Anklage nichts weniger als Freude bereitete. Nachdem er sich etwa 10 Minuten lang abgemüht hatte, die Breslauer Polizeipraxis zu rechtfertigen, so gut oder schlecht es gehen wollte, kam er zu dem Schluß, der Angeklagte müsse mit einer Geldstrafe in Höhe von 500 Mark! belegt werden. Die Verteidiger gingen mit der Breslauer Polizei scharf ins Gericht. Und auch der Gerichtsassessor, der die Vernehmung der Zeugen vorgenommen, wurde nicht vergessen. Rechsanwalt Konrad Haußmann warf schließlich die Frage auf, was dem Angeklagten wohl passiert wäre, wenn er dem Bilde, das die Taten der Breslauer Polizei kritisiert, die Unterschrift gegeben hätte: „Diese Saubengels!“ Stürmische Heiterkeit am Richtertisch und im Publikum. Der Antrag der Verteidigung, den einen Breslauer Polizisten nach Stuttgart kommen zu lassen, damit er den grellen Widerspruch in seinen Aussagen im Biewald-Prozeß und in dieser Klagesache aufklärte, wurde zurückgezogen. Der Angeklagte, Genosse Heymann, kennzeichnete in seinem Schlußwort nochmals das Vorgehen der Breslauer Polizei in aller Schärfe. Er erwähnte den Fall Biewald; den schwerverletzten Mann habe er persönlich kennen gelernt. Er mache den Eindruck eines harmlosen, durchaus friedfertig gesinnten Menschen. Daß dieser Mann von der Polizei zum Krüppel geschlagen worden sei, lasse erkennen, mit welcher Wut die Polizisten gegen das Publikum vorgegangen seien. Ein Polizist habe in seinem sinnlosen Zorn einen Briefkasten mit dem Säbel derart bearbeitet, daß die Beulen, die der unschuldige Kasten davongetragen, noch lange Zeit nachher sichtbar gewesen seien.

Das Gericht setzte die Urteilsverkündigung auf Montag, den 30. März, abends ½7 Uhr, fest.

Kleines Feuilleton.

Mehrlingsgeburten und Mehrlingskinder. Auch die scheinbar so zufällige und willkürliche Erscheinung, daß von einer Mutter mehrere Kinder auf einmal zur Welt gebracht werden, unterliegt, wenn wir größere Zeiträume und Gebiete ins Auge fassen, dem berühmten „Gesetz von der großen Zahl“. So kommt es, daß in Deutschland und auch in seinen einzelnen Teilen Jahr für Jahr etwa der gleiche Prozentsatz aller Geburten Zwillings- oder Drillingsgeburten sind. Im Jahre 1906 waren von 2 084 739 Geburten 26 802 Mehrlingsgeburten, und zwar waren darunter 26 535 Zwillings-, 266 Drillings- und 1 Vierlingsgeburt. Auf 1000 Geburtsfälle kamen also im Jahre 1906: 13,0 (1905: 12,9) Mehrlingsgeburten, wovon 12,9 (12,8) Zwillingsgeburten und 0,1 (0,1) Drillingsgeburten waren. Die Zwillingsgeburten waren fast 100mal, die Drillingsgeburten 10 000mal so selten wie die Einlingsgeburten.

Von diesen Mehrlingskindern wurden 95,1 Proz. lebend oder 4,9 Proz. totgeboren; aus naheliegenden Gründen ist hier der Prozentsatz der Totgeborenen etwas größer als in der allgemeinen Geburtenzahl (3,0 Proz.). Unehelich waren von den Mehrlingskindern 6,2 Proz., also weniger als bei den Geborenen überhaupt (8,5 Proz.). — Bei den Zwillingsgeburten sind in der Mehrzahl der Fälle (61,6 Proz.) beide Kinder eines Geschlechts; bei 31,8 Proz. der Geburten waren beide Kinder Knaben, bei 29,8 Proz. Mädchen. Bei den Drillingsgeburten wurden in 62 Fällen 3 Knaben, in 58 Fällen 3 Mädchen, in 77: 2 Knaben und 1 Mädchen, und in 69: 1 Knabe und 2 Mädchen geboren. Bei der einzigen im Jahre 1906 (in Posen) vorgekommenen Vierlingsgeburt wurden 4 Mädchen zur Welt gebracht.

Musik.

Es war Feststimmung, was am Montagabend in der „Neuen Welt“ die Musiker und die Hörer zusammenhielt. Der „Berliner Volkschor“ gab einen Richard-Wagner-Abend. Es war dies keines der gewöhnlichen Wagnerkonzerte, sondern der bestmögliche Versuch, für den Mangel wirklicher Aufführungen einen Ersatz zu bieten. Und Eifer und Erfolg waren groß genug, um all die Schwierigkeiten ertragen zu lassen, die angefangen von dem Orchester bis hinab zu bedauerlichen Unvollkommenheiten des Saales den Abend stören konnten.

Wir haben schon öfter unseren Protest gegen das Hineinzerren dramatischer Werke und gar erst einzelner Bruchstücke aus ihnen in den Konzertsaal ausgesprochen. Indessen gibt es Fälle, in denen man doch durch ein kleineres Uebel dem größeren zuvorkommen muß. Die musikalischen Dramen Richard Wagners sind bis zum Jahre 1913 noch tantiemepflichtig. Das würde lange nicht das Schlimmste oder Schlimmes überhaupt sein. Ziemlich allgemein wird ja sogar eine Verlängerung dieser Schutzfrist für den „Parsifal“ verlangt; ein Verlangen, das uns als Ausnahmegesetz nicht sympathisch sein kann, aber doch Gründe für sich hat. Schlimm aber wird jene Tantiemepflichtigkeit durch einen nicht in ihr liegenden, jedoch mit ihr leicht verbundenen Uebelstand. Für Berlin hat sich nämlich das Königliche Opernhaus, trotz seiner anfänglichen Zurückhaltung gegen Wagner, doch das Aufführungsmonopol gesichert, so daß kein anderes Theater hier die Werke des Meisters spielen darf. Und selbst dies würde zur Not immer noch einigermaßen zu ertragen sein. Nur müßte die Königliche Oper diese Werke auch in zahlreichen billigen Darstellungen für weitere Kreise aufführen. An Raum dafür fehlt es ja keineswegs, da neben dem eigentlichen Opernhause noch der „Kroll“ vorhanden ist und schließlich sogar ein anderes Theatergebäude gemietet werden könnte. Gleiches darf man schließlich für manche ältere Opern verlangen, wie z. B. für die von Gluck, deren Vorführung von einer Privatbühne nicht leicht riskiert wird. Doch all diesen Gedanken gegenüber bleibt die auch sonst drückende Trägheit jener Opernleitung starr. Tausende von Musikfreunden und zumal Musikstudierenden müssen auf den lebendigen Klang solcher Meisterwerke verzichten und sich durch das Lesen der Partitur, schlimmstenfalls des Klavierauszuges, ein Bild von der Sache machen. Dazu sind nur Wenige, auf Grund fachmäßiger Schulung, imstande. Also was tun? Es bleibt eben nur der Konzertsaal übrig.

Hier taucht die Schwierigkeit auf, daß die Sänger möglichst an die dramatische Wirklichkeit des Theaters erinnern sollen, aber doch wieder nicht das Konzertpodium zum Theaterpodium machen dürfen. Dazwischen eine richtige Mitte zu finden, gelang diesmal namentlich der (aus Breslau gekommenen) Sängerin Martha Schauer-Bergmann. Sie sang aus den Partien der Elsa, der Elisabeth und der Venus die entsprechenden Teile mit soviel dramatischer Betonung und Wärme, wie es eben noch möglich war. Neben ihr erfreute Rudolf Jäger (aus Dresden) ganz besonders durch seine sehr vollendete Stimmbildung. Welche Leistungen in der Arbeit des Orchesters und des Chores liegen, erkennt wohl nur der Erfahrene; und es ist schon viel, wenn da großenteils mehr, als die Hauptumrisse, dargeboten wird. Insbesondere konnte man sich an der deutlichen Aussprache des Chores erfreuen.

Mit Interesse wohnten wir auch dem wenige Tage vorher veranstalteten Einführungsabende bei. Professor Sternfeld gab Erläuterungen der diesmal in Stücken vorgeführten Opern Tannhäuser und Lohengrin, mit Beispielen am Klavier, in einer gut eindringlichen Weise; mehrere Sänger und Sängerinnen trugen noch weitere Stüde aus diesen Opern vor, so daß die Hörer beider Abende in ihren neuen Kenntnissen bereits ziemlich weit kommen konnten. Die großen Verdienste, welche sich Dr. Zander samt seinen ersichtlich lebhaft interessierten Hülfskräften erwirbt, würden wohl noch besser zur Geltung kommen, wenn die Abende früher beginnen und mit einem kürzeren als einem etwa dreistündigen Programme durchgeführt werden könnten. sz.

Humor und Satire.

Einige neugierige Fragen an den Teufel.

Der kathol. Professor F. A. Göpfert in Würzburg schreibt in seiner „Moraltheologie“: Es wäre eine schwere Sünde, sich mit dem Satan im Falle der Besessenheit in ein langes Gespräch einzulassen; dagegen ist es wahrscheinlich nur eine läßliche Sünde, ihm nur die eine oder andere neugierige Frage vorzulegen. Wir erlauben uns also nur folgende neugierige Fragen:

1. Wie geht es Ihrer verehrten Frau Großmutter?
2. Tragen Sie den Schwanz jetzt auch im Jugendstil?
3. Haben Sie heuer im Karneval gute Geschäfte gemacht?
4. Was denken Sie sich, wenn der Kapuziner zu exorzieren anfängt?
5. Holen Sie zuweilen auch Geistliche?
6. Ist in diesem Falle für konfessionell getrennte Kessel gesorgt?
7. Was halten Sie von Herrn Professor Franz Adam Göpfert?
8. Wovon wollen Sie leben, wenn die Dummheit hier oben ausstirbt?

(„Jugend.“)

Notizen.

— Den Bankrott der Wissenschaft, d. h. seiner privaten Wissenschaft, suchte Herr Reinke, der neueste Schutzengel und Retter der gesellschaftsfähigen orthodoxen Klüngel, auch in seinem zweiten Vortrage nach Kräften zu beweisen. Am Montag sprach er vor honetten Damen und von ihren Direktoren aufgebotenen Gymnasiasten über „die Stellung des Menschen in der Natur“ und verlor sich dabei völlig in privat-theologische Spekulationen. Diese antimonistischen Modepredigten über Dinge, von denen Reinke — nach der Definition seines Kollegen Stumpf — als solcher, d. h. als Botaniker nichts zu verstehen braucht, irgendwie ernst zu nehmen, hieße ihnen unverdiente Ehre antun.

— Die Malibran. Am 24. März waren 100 Jahre vergangen, daß Maria Felicitas Malibran, eine der bedeutendsten dramatischen Sängerinnen des 19. Jahrhunderts, in Paris geboren wurde. Sie stammte aus der spanischen Familie der Garcias, die viele hervorragend musikalisch begabte Mitglieder zählte. Ihr Vater, Manuel Garcia, war eine tüchtiger Tenorist, ihre Schwester Pauline Viardot-Garcia, eine weltbekannte Künstlerin, die noch in Paris lebt, und ihr Bruder Manuel Garcia, der Erfinder des Kehlkopfspiegels und ein einst sehr geschätzter Gesangslehrer. Die Malibran — so hieß sie nach ihrem erstem Manne, von dem sie sich wieder scheiden ließ — begann ihre glänzende Laufbahn schon mit jungen Jahren. Ihr hinreißendes Temperament und ihre kraftvolle, höchst umfassende, wohlgeschulte Stimme (sie sang Alt- und hohe Sopranpartien) machten sie bald zur gefeiertsten Sängerin in Europa. An den Folgen eines Sturzes starb sie bereits 1836 in Manchester.

— Vorträge. Der Deutsche Monistenbund veranstaltet einen volkstümlichen Vortragszyklus „Vom Urtier zum Menschen“, der in den Sophiensälen, Sophienstraße 18, je abends 8¼ Uhr am Mittwoch, den 25. März, am Montag, den 30. März, am Freitag, den 3. April, stattfindet. Jeder Vortrag ist für sich abgeschlossen. Karten im Vorverkauf a 25 Pf. in der Geschäftsstelle Kurfürstenstraße 167 und auf den Bureaus der meisten Gewerkschaften usw. Die Vorträge werden durch Lichtbilder erläutert; Vortragender ist Herr M. H. Baege.

Soziales.

Prämien für Nichtanbringung von Schutzvorrichtungen.

In der Färberei und Appreturanstalt von F. Gebauer in Charlottenburg ereignete sich am 12. Oktober v. J. ein entsetzlicher Betriebsunfall. Der Arbeiter Jung war mit der Reinigung einer im Gange befindlichen Maschine beschäftigt. Dabei geriet sein rechter Arm zwischen zwei Zahnräder. Der Arm wurde völlig zermalmt und ist im Krankenhause abgenommen worden. Jung läuft nunmehr als einarmiger Krüppel herum. — Sonst waren die gefahrdrohenden Zahnräder durch eine Schutzvorrichtung verdeckt. Diese Schutzvorrichtung lag jedoch so dicht an den Rädern, daß ein aus einem Rade ausgebrochener Zahn nicht herausfallen konnte, sondern in das Getriebe geriet und dadurch die Ursache zur Beschädigung der Maschine wurde. Auf Veranlassung des Betriebsingenieurs Stahr und im Einverständnis mit dem Direktor Feiz und dem Chef Gebauer wurde die Schutzvorrichtung entfernt. Es sollte statt ihrer eine andere angefertigt werden, dergestalt, daß eine Beschädigung der Maschine durch einen etwa abbrechenden Zahn ausgeschlossen wäre. Also zum Schutz der Maschine vor Beschädigungen war die Schutzvorrichtung entfernt worden. Leben und Gesundheit der Arbeiter blieben ungeschützt, solange sich die Schutzvorrichtung in der Reparaturwerkstatt befand und auf die Aenderung wartete, die zum Schutz der Maschine an ihr vorgenommen werden sollte. Länger als drei Wochen liefen die fraglichen Zahnräder schon ohne jede Schutzvorrichtung. Da ereignete sich der entsetzliche Unfall.

Für das Fehlen der Schutzvorrichtung und die dadurch entstandenen fürchterlichen Folgen wird der Betriebsingenieur Stahr verantwortlich gemacht. Er stand deswegen am Dienstag vor dem Schöffengericht Charlottenburg, angeklagt wegen fahrlässiger Körperverletzung. Daß die Reparatur der abgenommenen Schutzvorrichtung so lange auf sich warten ließ, dies erklärte der Angeklagte aus der Ueberhäufung der Reparaturwerkstatt mit anderen Arbeiten. Es seien zu jener Zeit neue Maschinen aufgestellt worden und für diese mußten zunächst Schutzvorrichtungen angefertigt werden. — Ein als Zeuge vernommener Meister der Reparaturwerkstatt gab noch einen anderen Grund für das lange Fehlen der Schutzvorrichtung an. Er sagte: Wir wollten erst ein neues Zahnrad an der Maschine anbringen und deshalb ließen wir die Schutzvorrichtung so lange liegen. — Der Angeklagte suchte sich auch durch die Behauptung zu decken, die betreffenden Zahnräder lägen so, daß sie nach den geltenden Unfallverhütungsvorschriften gar keiner Schutzvorrichtung bedürften. Der Arbeiter Jung sei auch nur durch „eigene Unachtsamkeit" verunglückt. —

Der verletzte Arbeiter Jung bekundete, daß im Gebauerschen Betriebe alle Maschinen geputzt werden, während sie sich im Gange befinden. Nur die Maschine, an der er verunglückte — eine Mangel, — sei zum Putzen sonst angehalten worden, aber an dem Unglückstage ging auch diese Maschine noch, als der Arbeiter mit dem Putzen begann. — Der Führer dieser Maschine, Arbeiter Schmidt, stellte den Hergang bei dem Unfalle so dar: Von ¾5 bis 5 Uhr hat er, der Maschinenführer, an der im Gange befindlichen Maschine gewisse Teile zu reinigen. Um 5 Uhr hält er die Maschine an und dann wird die übrige Reinigung von anderen Arbeitern ausgeführt. Am Unglückstage kam Jung, der sonst nicht an dieser Maschine arbeitet, schon einige Minuten vor 5 Uhr und begann mit der Reinigung. Als der Maschinenführer eben im Begriff war, die Maschine anzuhalten, erschallte ein markerschütternder Schrei. Der Arm des Arbeiters Jung war bereits durch die Zahnräder erfaßt und zermalmt.

Der als Sachverständiger vernommene Gewerbeinspektor v. Gieczicki erklärte, eine Schutzvorrichtung an den Zahnrädern sei nach Lage derselben unbedingt notwendig gewesen. Das habe ja auch die Fabrikleitung dadurch anerkannt, daß vor dem Unfalle eine Schutzvorrichtung da war. Daß die Werkstatt mit anderen Arbeiten überhäuft war und deshalb die Reparatur der fraglichen Schutzvorrichtung zurückgestellt wurde, sei keine ausreichende Entschuldigung. Wenn diese Arbeit in der eigenen Werkstatt nicht sogleich ausgeführt werden konnte, dann hätte sie von irgend einem Schlosser angefertigt werden können. Mindestens hätte aber, so lange die Schutzvorrichtung fehlte, ein Stück Blech vor die Zahnräder gehängt werden sollen. Keinesfalls dürfe eine Maschine gereinigt werden, während sie sich im Gange befindet.

Rechtsanwalt Theodor Liebknecht, der den als Nebenkläger zugelassenen verletzten Arbeiter Jung vertrat, kennzeichnete es als einen unerhörten Leichtsinn, daß eine so gefährliche Stelle wochenlang ungeschützt blieb, weil die Reparaturwerkstatt andere Arbeiten zu machen hatte, also weil das Geldinteresse der Firma dem Wohle der Arbeiter voranging. Ebenso sei es ein unerhörter Leichtsinn, daß der Maschinenführer Schmidt 7—8 Jahre lang Reinigungsarbeiten an der im Gange befindlichen Maschine vornehmen konnte, ohne daß ihm dies von der Betriebsleitung untersagt wurde. Der Anwalt beantragte, dem Verletzten eine Buße von 500 M. zuzusprechen.

Der Verteidiger des Angeklagten bemühte sich, denselben als schuldlos hinzustellen und einen Antrag auf Freisprechung zu begründen.

Das Gericht erkannte, dem Antrage des Amtsanwalts gemäß, auf eine Geldstrafe von 100 Mark wegen fahrlässiger Körperverletzung und lehnte den Antrag, dem Verletzten eine Buße zuzusprechen, ab.

Also mit einer Strafe von 100 M. glaubt die Justiz in der bürgerlichen Gesellschaft ein frevelhaft leichtsinniges Spiel mit dem Leben und der Gesundheit von Arbeitern hinreichend gesühnt. Die unbeabsichtigte, oft nur künstlich konstruierte Verletzung der Ehre irgend eines untergeordneten Staatsbeamten wird meistens viel schwerer bestraft als wie hier die leichtsinnige im Interesse des Unternehmerprofits verschuldete schwere Körperverletzung bestraft worden ist.

Ist je ein Arbeiter und ist je ein unterer Eisenbahnbeamter so milde beurteilt worden, durch dessen Fahrlässigkeit ein Unternehmer oder ein Rentier zum Krüppel wurde? Die Fabrik hätte nach dem alten Haftpflichtgesetz für den vollen Schaden des Arbeiters zivilrechtlich aufkommen müssen, also etwa 12—1500 M. jährlich zahlen müssen. Jetzt infolge des § 135 des Unfallversicherungsgesetzes hat der Unternehmer, abgesehen von der Umlage an die Berufsgenossenschaft, nichts zu zahlen. Der Arbeiter erhält vom Unternehmer keinen Pfennig und von der Berufsgenossenschaft höchstens kaum 800 M. Dafür ist aber die Strafe für den Leichtsinn des Unternehmers eine so mäßige, daß man sie als Prämie für Leichtsinn gegenüber Leben und Gesundheit der Arbeiter ansprechen kann. Und doch nennt man das „wohlwollende soziale Fürsorge", für die die Unternehmer „große Lasten" tragen.

Aus Industrie und Handel.

Zementdividenden.

Die Zementwerke haben im letzten Jahre im allgemeinen gut abgeschnitten. Die Zementindustrie gehört zu den wenigen Gewerben, die ihren Geldgebern für 1907 eine noch über das Ergebnis des Vorjahres hinausgehende Dividende gebracht haben. Dabei steht die absolute Rentabilität der Zementwerke, nach dem Durchschnitt berechnet, an zweiter Stelle, sie rangiert hinter der der chemischen Industrie. Und die jetzt noch herauskommenden Geschäftsberichte verschönern das Bild noch. So haben die Portland-Zementwerke Heidelberg und Mannheim für 1907 einen Reingewinn von 3 032 909 M. aufgebracht gegen nur 2 466 887 M. im Vorjahre. Die Steigerung beträgt rund 23 Proz. Interessant ist die Gewinnverteilung: 1 800 000 M. gleich 12 Proz. Dividende bekommen die Aktionäre, 300 000 Mark werden zu außerordentlichen Abschreibungen verwendet, dem Vorstand fließen 344 347 M. Gewinnanteile zu, und der Aufsichtsrat streicht 266 614 M. Tantiemen ein, als Belohnung an Beamte kommen 35 000 M. zur Verteilung und 704 725 M. werden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Belohnung für die Beamten steht gegenüber den Anteilen und den Tantiemen des Aufsichtsrats wie ein hingeworfenes Almosen aus. Aber das ist doch wenigstens was. Daß etwa auch die Arbeiter an dem Segen teilnehmen, davon weiß der Bericht nichts zu vermelden. Da man sonst sehr redselig ist, wenn den Arbeitern mal eine Wohlfahrt erwiesen ist, darf man wohl annehmen, daß die Arbeiter in diesem Falle wirklich ganz leer ausgegangen sind. Vielleicht sind sie nur vergessen worden. Der Schaden läßt sich noch reparieren, indem der Vortrag zu nachträglichen Lohnaufbesserungen verwendet würde. Die Bonifikationen usw. machen annähernd 4½ Proz. des Aktienkapitals aus. Soviel könnte man doch auch für die Arbeiter opfern.

Rückgang der Wagenstellungen. Der Schrei nach Wagenmaterial ist verstummt, die Zechen können nun nicht mehr über Wagenmangel klagen. Die Zahl der beladenen Wagen ist im Ruhrrevier im Februar dieses Jahres auf 23 976 gegen 21 692 im Februar 1907 gestiegen. Der März zeigt aber ein anderes Bild. In der Zeit vom 8. bis 15. März wurden arbeitstäglich nur 21 690 Wagen beladen zurückgeführt. Also 2 Wagen weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Berliner Holz-Comptoir. Im Jahre 1907 betrug der Bruttogewinn 851 288 M. (i. V. 933 567 M.). Aus dem Reingewinn von 386 046 M. (481 320 M.) gelangen 5 Proz. Dividende (i. V. 6 Proz.) zur Verteilung und 44 496 M. (58 701 M.) zum Vortrag auf neue Rechnung. Die Aussichten im Export und ausländischen Geschäft werden als günstige angesehen. Für den Berliner Markt glaubt man im laufenden Jahre auf eine Hebung nicht rechnen zu können.

„Nur" 45 Millionen Mark. Zwischen der Aktiengesellschaft „Bismarckhütte" und der Fürstlich Donnersmarckschen Verwaltung schweben Verhandlungen wegen des Verkaufs des Steinkohlenbergwerks „Deutschland" in Schwientochlowitz. Als Kaufsumme waren ursprünglich 60 Millionen Mark genannt worden. Wie aber jetzt die „Schles. Ztg." erfährt, werden „nur" noch 45 Millionen Mark gefordert.

Ein Millionenschwindel.

In Paris wurde der Direktor des Credit Minier, Rochette, verhaftet. Es handelt sich dabei um eine Finanzkatastrophe größten Stils, der unzählige kleine Sparer zum Opfer fallen, während die besser informierten Großkapitalisten mit dem Schwindler schon lange keine Geschäfte mehr machten.

Rochette ist kaum 30 Jahre alt. Er war zuerst Kellner, kam dann nach Paris, lernte Buchhaltung und trat dann beim Finanzschwindler Berger ein, bei dem er das Nötige lernte. Nach dem Bankrott Bergers übernahm der gelehrige Schüler dessen Geschäfte mit 5000 Frank, der Mitgift einer Maschinenschreiberin, die er heiratete. Hierauf begann er zu gründen und gründete in kaum vier Jahren dreizehn Aktiengesellschaften. Im ganzen gab er rund 60 Millionen Anteilscheine aus, die er zuletzt auf etwa 200 Millionen Kurswert trieb und die jetzt etwa 20 Millionen wert sein mögen. Er suchte sich des „Petit Journal" zu bemächtigen, um mit seiner Hülfe das Pariser Omnibusmonopol zu erlangen. Er hatte 57 Zweiganstalten in der französischen Provinz.

Die Verluste, die der Schwindler verursacht hat, übersteigen die schlimmsten Befürchtungen. An den verschiedenen Banken und Gründungen Rochettes sind nicht weniger als 40 000 Personen beteiligt und fast ebenso groß ist denn auch die Zahl der Opfer, deren Verluste insgesamt wahrscheinlich 150 Millionen übersteigen. Daß Rochette so lange und so intensiv sein unehrliches Handwerk treiben konnte, wird auf seine Geschicklichkeit zurückgeführt, sich mit respektablen Persönlichkeiten zu umgeben. So hatte er ehedem den jetzigen Handelsminister Cruppi als Anwalt gewonnen. Dieser legte die Vertretung nieder, sobald er die Wahrnehmung machte, daß Rochette sich in seinen Prospekten seines Namens als Aushängeschild bediente. Cruppi verbot ihm das und verzichtete auf alle weiteren Verbindungen mit ihm. Der Vizepräsident der Kammer, Rabier, der ein ganzes Jahr Rechtsbeistand Rochettes war, sandte diesem schon vor 14 Tagen alle ihm anvertrauten Akten zurück. Die Liste der Verwaltungsräte verschiedener Gründungen Rochettes weist Namen von bestem Klang auf, besonders Namen spanischer Politiker und Finanziers. Justizminister Briand erklärte auf private Anfrage des Abgeordneten Lagasse, der wiederholt gegen Rochette aufgetreten war, daß kein Parlamentarier irgend einen Versuch unternommen habe, den Gang der Justiz aufzuhalten.

* * *

Paris, 24. März. (B. H.) Der Millionenkrach Rochette nimmt immer größere Dimensionen an. Mehrere bedeutende Finanzinstitute befinden sich infolge der Schwindeleien in einer höchst prekären Lage. Besonders in San Sebastian und Umgegend, wo die Banque franco-espagnole einen umfangreichen Kundenkreis hatte, hat die Meldung geradezu niederschmetternd gewirkt.

Gewerkschaftliches.

Der Breslauer Magistrat im Kampfe gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Einen neuen Aufsehen erregenden Ukas gegen das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter hat der Breslauer Magistrat erlassen, der unter der Leitung des freisinnigen Oberbürgermeisters steht und dem der freisinnige Reichstagsabgeordnete Pfündtner und andere unentwegte Freisinnsgrößen in seiner Majorität angehören. Wie Ende Dezember 1906 schon einmal, so hat es der Breslauer Magistrat auch jetzt wieder für gut befunden, einige Mitglieder des Gemeindearbeiter-Verbandes wegen ihrer Verbandstätigkeit zu maßregeln, und zwar charakteristischerweise Leute, die in ihrer Organisation eine führende Stellung einnehmen, zugleich aber in ihrer Arbeitsleistung so einwandsfrei dastanden, daß sie zum Teil bereits auf eine zehnjährige Dienstzeit zurücksehen konnten und gehobene Posten bekleideten.

Nach dem alten Rezept „Haltet den Dieb" sucht nun der Magistrat diesen Akt eines unerhörten Terrorismus durch einen Erlaß zu rechtfertigen, der an Feindseligkeit gegen die Arbeiterorganisationen wohl den Gipfel dessen darstellt, was in dieser Beziehung von Freisinnigen bisher geleistet worden ist.

Es heißt darin:

„Wir haben leider einige Arbeiter . . . entlassen müssen, weil sie sich vom sogenannten Gemeindearbeiter-Verbande zu einem ordnungswidrigen und unbeleidigenden Vorgehen hatten verführen lassen. . . .

Dies veranlaßt uns, unsere Arbeiter vor den Gefahren zu warnen, denen sie sich durch das Zusammengehen mit den Führern des Gemeindearbeiter-Verbandes aussetzen.

Der Gemeindearbeiter-Verband sucht Einfluß auf die städtischen Arbeiter zu gewinnen, indem er dreist verkündet, daß alle Verbesserungen . . . dem Verbande zu danken wären. . . . Und bei den . . . Verbesserungen, die bei uns . . . allmählich getroffen wurden, hat das gehässige Treiben des Verbandes oft nur dazu gedient, die Sache uns zu erschweren, allen Beteiligten die Freude an der Verbesserung zu verekeln und unseren guten Willen bei unseren Arbeitern grundlos zu verdächtigen.

Der Gemeindearbeiter-Verband liebt es, seine Behauptungen in prahlerischen Versammlungsbeschlüssen auszusprechen . . .

Wir halten es schon für unanständig und eines ehrlichen Arbeiters unwürdig, wenn unser guter Wille von städtischen Arbeitern so öffentlich bestritten wird. . . .

Mit Leuten, die sich solche verleumderischen Behauptungen aneignen und sie weiter verbreiten, können wir nicht zusammen arbeiten. Das muß auch jeder ehrenhafte Arbeiter einsehen. . . .

Wer . . . sich von den berufsmäßigen Führern des Gemeindearbeiter-Verbandes zu Verstößen gegen die Wahrheit und gute Ordnung verführen läßt, hat für seine Entlassung nicht uns verantwortlich zu machen, sondern jene Verführer. . . .

Man würde über den hochfahrenden Schulmeisterton dieser „Warnung" herzlich lachen können, wenn die Sache nicht ihre ernste Seite hätte. Denn so sehr auch der Breslauer Magistrat wie bisher immer in dem Erlaß ebenfalls wieder behauptet, daß er das Recht der Arbeiter, sich zu versammeln und ihre Forderungen und Wünsche geltend zu machen, hochachte, in seiner Wirkung bezweckt der Erlaß, der in den einzelnen Betrieben an die Arbeiter als Flugblatt verteilt wird, einen vernichtenden Schlag gegen die Organisation. Daß der Ukas, der so pathetisch über die Verleumdungen und Gehässigkeiten der Verbandsleiter sich entrüstet, selbst mit der Wahrheit nicht auf bestem Fuße steht, soll uns dabei am wenigstens irritieren, daß es aber freisinnige Männer waren, die diesen von Arbeiterfeindlichkeit strotzenden Anschlag gegen das Koalitionsrecht mit allen Allüren des schlimmsten Scharfmachertums führten, das mußte vor aller Oeffentlichkeit festgestellt werden.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Die Kollegen von der Firma Flohr (Abt. Reinhardt) sind ausgesperrt, wie in Nr. 70 des „Vorwärts" berichtet wurde. Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Firma Flohr für Schleifer, Schmiede, Schlosser, Werkzeugmacher und Werkzeugdreher gesperrt ist.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Schuhmacher! Der Schuhmachermeister Aug. Backhaus, Luisenstr. 4, ist wohl der einzigste Schuhmachermeister, welcher seine Gehülfen wegen der Feier des 18. März bis zum nächsten Montag aussperrte. Die Gehülfen glaubten, da sie nun draußen waren, sei die beste Gelegenheit, der bis dahin willkürlichen Lohnzahlung ein Ende zu machen. Bei der Arbeitsaufnahme am Montagmorgen legten sie deshalb ihrem Arbeitgeber einen neuen Lohntarif vor. Es hatte zunächst den Anschein, als ob sich Herr Backhaus eines Besseren besinnen wolle, und den Lohntarif akzeptieren werde. Besonders war dieses anzunehmen, weil der Tarif nur unwesentliche Aufbesserungen enthielt, und die Lohnsätze einzelnen Arbeitern je nach Laune gezahlt wurden. Aber schließlich scheiterte die Einigung an dem hartnäckigen Widerstande des Unternehmers, der erklärte, daß er lieber seine Arbeiter nochmals aussperren werde. Darauf legten die Gehülfen die Arbeit nieder. Wir ersuchen, den Zuzug fernzuhalten.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Der Bäcker- und Konditoren-Verband verlegt sein Bureau mit dem heutigen Tage nach dem neuen Anbau des Gewerkschaftshauses, Engeufer 14, 3. Etage, Zimmer 65, Fernsprecher Amt IV, 2396. Ebenfalls wird auch der Arbeitsnachweis der Konditoren dorthin verlegt.

Die bisherigen Bureauräume des Bäcker- und Konditoren-Verbandes, die bisher sich Augustistr. 36 befanden, haben sich schon bei dem Bäckerstreik als viel zu klein erwiesen. Nach der Verschmelzung beider Verbände wurde dies zu einer Kalamität, der nun durch die Verlegung in den Neubau des Gewerkschaftshauses abgeholfen ist.

Die Ortsverwaltung hat Vorsorge getroffen, daß die Arbeitsvermittelung sowohl für Bäcker als auch Konditoren prompt und zu jeder Zeit erledigt werden kann. Ganz besonders aber ist dafür gesorgt, daß Bäcker auch während der Nacht vermittelt werden können. Auf den Anruf: Amt IV 2396 wird sich Tag und Nacht der Verband der Bäcker und Konditoren melden und jeden Auftrag sofort erledigen. (Siehe auch das Inserat in heutiger Nummer.)

Die Bezirksleitung Berlin
des Deutschen Bäcker- und Konditorenverbandes.

Von der Firma Kurtze u. Hering erhalten wir eine Berichtigung, in der es heißt:

„Im Hauptblatt Ihrer Nr. 71 vom 24. März 1908 ist unter „Gewerkschaftliches" eine Bekanntmachung des Verbandes der Zigarrensortierer und Kistenkleber Deutschlands, Zahlstelle Berlin, veröffentlicht, in welcher behauptet ist, daß wir Angehörige dieses Verbandes sofort entlassen haben, weil sie am 18. März nachmittags die Arbeit ruhen ließen. Diese Behauptung ist unwahr. Die betreffenden Arbeiter, ein Sortierer und zwei Kistenkleber, haben vielmehr ihrerseits am Morgen des 18. März die Arbeit ohne Einhaltung der Kündigungsfrist niedergelegt.

Hochachtungsvoll
Kurtze u. Hering, Berlin O. 27, Magazinstr. 14."

Die Differenz besteht also darin, daß die Arbeiter nicht am Mittag, sondern schon am Morgen die Arbeit ruhen ließen. Daß der Firma bekannt war, warum, bestreitet sie nicht. Es bleibt also bestehen, daß die Leute wegen Betätigung ihrer politischen Ueberzeugung gemaßregelt sind. Einen Schaden hat die Firma sicher durch die Arbeitsruhe nicht gehabt. Sie will nur mit Leuten nichts zu tun haben, die zu den Geschäftsinhabern in einem gewissen politischen Gegensatz stehen. Sie wird deswegen auch auf die Kundschaft solcher Leute kaum Wert legen. Vielleicht teilen die Herren Kurtze und Hering dies auch der Firma Richter u. Franke mit, für die sie liefern, damit ihre Fabrikate nicht in die Hände von März-Demonstranten kommen!

Deutsches Reich.

Die Bewegung im deutschen Baugewerbe.

Friedens-Aussichten?

Ein Berliner Korrespondenzbureau berichtet:

Um den drohenden Riesenkampf im deutschen Baugewerbe noch abzuwenden, soll in Berlin noch im Laufe dieser Woche eine Konferenz zwischen den beiderseitigen Hauptvorständen stattfinden. Die Zusammenkunft ist von einer nicht interessierten Persönlichkeit angeregt worden, um auf diesem Verhandlungswege die beteiligten Parteien einander näher zu bringen. Der Vorstand des Arbeitgeberbundes hat seine Bereitwilligkeit erklärt, mit den Hauptvorständen der drei Zentralverbände der Maurer, Zimmerer und Bauhülfsarbeiter in Verhandlungen einzutreten und diese davon benachrichtigt. Die oben erwähnte Persönlichkeit soll den Vorsitz hierbei führen, falls die Arbeitnehmer zu den Verhandlungen ihre Zustimmung geben. Der Bundesvorstand hat zu diesem Zwecke eine neungliedrige Kommission ernannt. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen dürfte der Mustertarif des Arbeitgeberbundes bieten.

*

Die Unterhandlungen der Lohnkommission im Maurer- und Zimmergewerbe zu Posen sind um keinen Schritt vorwärts gediehen. Die Arbeiter verharren nach wie vor bei der strikten Ablehnung des von dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe vorgelegten, zur Einführung für ganz Deutschland bestimmten „Muster-

tarifs". Diese Stellungnahme entspricht einem gemeinsamen Entschlusse der Zentralleitungen der Arbeiterverbände, von denen in letzter Zeit die christlichen Verbände zu einem Nachgeben bereit waren, indessen davon wieder Abstand nahmen. Trotz der in Szene gesetzten Einigungsverhandlungen, deren Ergebnisse für ganz Deutschland bindende sein sollen, glaubt man in den Kreisen der Arbeiter nicht an einen Frieden, da die gegenseitigen Forderungen eine zu große Differenz aufweisen, die so leicht nicht ausgeglichen werden kann, bezw. es hierzu an dem guten Willen der Arbeitgeber mangeln soll. Da bis zum 1. April, an welchem Tage die bestehenden Tarifverträge ihr Ende erreichen, nur eine einwöchentliche Frist liegt, so hält man die angekündigte allgemeine Aussperrung für unvermeidlich. In Betracht kommen fast sämtliche Städte der Provinz Posen mit Ausnahme von Filehne, Lissa, Schönlanke und Schneidemühl.

Verhandlungen in der deutschen Holzindustrie.

Der letzte Friedensversuch zur Beilegung der Differenzen in der deutschen Holzindustrie wird heute (Mittwoch) in Leipzig unternommen werden. Das zu diesem Zweck einberufene Schiedsgericht, welches seine Sitzungen im Festsaal des Zentraltheaters abhält, soll endgültig über die strittigen Fragen entscheiden. Es setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus den Städten Dresden, Görlitz, Leipzig, Kiel und Mainz. Den Vorsitz führt der frühere Handelsminister v. Berlepsch. Die Städte, die in Betracht kommen und wo die Tarife gekündigt worden sind, sind Elberfeld, Magdeburg, Wiesbaden, Potsdam, Hamburg, Kassel, Neumünster, Erfurt, Straßburg, Liegnitz, München, Stralsund, Jena, Forst, Chemnitz, Breslau, Posen, Zoppot, Starnberg, Luckenwalde, Darmstadt, Frankfurt a. M., Metz, Eisenach, Detmold und Osnabrück.

In zahlreichen Städten, z. B. in Magdeburg, Hamburg, Wiesbaden usw. rechnet man bereits mit Aussperrungen am 1. April.

Ausland.

Der Kampf im Pariser Baugewerbe.

In Paris bereitet sich — wie schon telegraphisch gemeldet — ein Kampf vor, der viel Aehnlichkeit auch mit dem im Baugewerbe Deutschlands zu erwartenden hat. Die Organisationen der Bauarbeiter haben sich namentlich im letzten Jahre recht kräftig entwickelt. Im April 1907 schlossen sich 8 kleine Nationalfederationen, die zusammen kaum 9000 Mitglieder zählten, zu einem Verband zusammen. Seitdem ist die Entwicklung rasch vorwärts gegangen. Am Ende letzten Jahres zählte dieser Verband bereits 25 000 Mitglieder, heute ist er auf zirka 40 000 gestiegen und täglich strömen ihm neue Massen zu. Seit zwei Jahren haben nun die Bauarbeiter in Paris bei ihren Lohnbewegungen eine Taktik innegehalten, die ihnen recht gute Erfolge gebracht hat. Sie führten, ähnlich wie das auf einer früheren Entwickelungsstufe auch in Deutschland vielfach zur Anwendung gekommen ist, eine Art Guerillakrieg von Bau zu Bau. Gingen die für den einzelnen Bau errungenen Vorteile wieder verloren, so begann der Einzelkampf von neuem.

Durch diese Methode des unaufhörlichen Kleinkrieges haben die Arbeiter ihre eigenen Kameraden geschult und die Organisation gestärkt; sie haben auf der anderen Seite aber auch die Unternehmer in deren Organisationen hineingetrieben. Auch diese sind jetzt ziemlich erstarkt, die Zahl der Unternehmersyndikate im Baugewerbe, die sich alle mit denen des Maurerhandwerks solidarisch erklärt haben, beträgt jetzt 32 mit 4000 Unternehmern, die insgesamt zirka 200 000 Arbeiter beschäftigen. Die Unternehmer fürchten das weitere Wachstum der Arbeiterorganisation, die sich, wie kürzlich der Präsident des Unternehmerverbandes Herr Soulé sich ausdrückte, zu einem „Staate im Staate" auszuwachsen drohe. Die Unternehmer haben sich auf diesen Kampf schon lange vorbereitet. Im September hatten sie ihren Kongreß in Bordeaux, wo sie schon die vorbereitenden Beschlüsse faßten. Aber vor allem haben sie sich durch ihre deutschen Kollegen erleuchten lassen. Jules Huret, derselbe Schriftsteller, der bekanntlich auch in Norderney beim Fürsten Bülow so ausgezeichnet gespeist hatte, hat seine Anwesenheit in Deutschland auch dazu benutzt, von den Scharfmachern im Baugewerbe sich in deren Aussperrungstaktik unterrichten zu lassen. So sind die deutschen Scharfmacher die Lehrmeister ihrer französischen Kollegen geworden.

Das hauptsächlichste Kampfobjekt bildet der neunstündige Arbeitstag, den die Arbeiter neben einer Lohnerhöhung und der vollständigen Sonntagsruhe fordern. Die Unternehmer wollen für acht Monate im Jahre nur die zehnstündige Arbeitszeit zubilligen, im November und Februar soll sie 9, im Dezember und Januar 8 Stunden betragen. An Ruhetagen wollen sie 52 im Jahre bewilligen. (Damit ihnen die Möglichkeit bleibt, während der Bausaison die Sonntage teilweise mit zur Arbeit zu benutzen.) Eine Einigung über die strittigen Punkte ist schon deswegen ganz ausgeschlossen, weil die Unternehmer den Kampf wollen, um die Organisation der Arbeiter zu vernichten oder doch möglichst zu schwächen, und so wird in der ersten Aprilwoche der Kampf beginnen.

Die Bewegung im Brüsseler Baugewerbe, die vorige Woche mit einer Massendemonstration der Maurer eingesetzt hat, setzte sich am Sonntag in einem imposanten Umzug der Anstreicher fort, an dem Tausende dieser Berufsgruppe teilnahmen. Auch ihr Zug, der die Hauptstraßen des Stadtzentrums passierte, erweckte mit seinen Banderolen, auf denen die Forderungen zu lesen waren, mit den Fahnen und der Musikbegleitung allenthalben Aufmerksamkeit und sympathische Zustimmung. — Nach dem Umzug vereinigte die Demonstranten ein Massenmeeting im großen Saal des „Maison du Peuple", an dem 2000 Angehörige der Anstreicherbranche teilnahmen. Die Forderungen der Anstreicher, die der Referent, Genosse Volkaert, besprach, bewegen sich in den bescheidenen Grenzen der Maurer: 10stündige Arbeitszeit und 50 Centimes Entlohnung für die Stunde. (Die jetzige Arbeitszeit beträgt oft 12 Stunden.) In der von der Versammlung angenommenen Resolution wird die Vorlegung der Forderungen an die Unternehmerorganisation ausgesprochen und die Bildung von Delegationen in den Werkstätten vorgeschlagen, die mit den Einzelunternehmern in Unterhandlungen zu treten haben.

Die Hirsch-Dunckerschen und ihre Auslandsverbindung.

Zu dem Plan einer nichtsozialistischen und christlichen Internationale, mit dem sich im Juli zu Zürich ein internationaler Kongreß der Gewerkschaften dieser Richtungen befassen soll, schreibt „Göteborgs Handelstidening", daß für Schweden die Einladung zur Beschickung des Kongresses an den „Schwedischen Arbeiterverband" — „Svenska Arbetareförbundet" — ergangen sei, daß dieser Verband schon im voraus in lebhafter Verbindung mit den Hirsch-Dunckerschen Fachorganisationen Deutschlands gestanden, und beschlossen habe, zwei Vertreter zu senden: den Sekretär Josef Nilsson und das frühere Vorstandsmitglied H. Sjödin, das seit einiger Zeit in Berlin weile.

Jener Nilsson wird in Schweden der „gelbe Josef" genannt, und sein Verband gilt als die ärgste Streikbrecherorganisation, die glücklicherweise bei der Schwäche ihrer Mitgliederzahl viel Unheil nicht anrichten kann. Die Hirsch-Dunckerschen haben da einen netten Bundesbruder erwischt.

Gerichts-Zeitung.

Eine seltsame Anklage.

Die Aktiengesellschaft H. F. Eckert zu Lichtenberg hat gegen den noch heute bei ihr beschäftigten Arbeiter Kaatz eine Strafanzeige wegen Betruges auf Grund folgenden Sachverhalts erstattet: Bei der Gesellschaft hat sich ein gelber Verband gebildet, der von der Firma dadurch unterstützt wird, daß diese den Mitgliedern des gelben Verbandes 40 Pf. vom Lohn pro Woche abzieht, die sie am Jahresschlusse nebst 6 Proz. Zinsen zurückzahlt. Außerdem zahlt die Firma den Gelben bei einer Arbeitszeit von länger als einem Jahre steigende Jahresprämien und hat sich verpflichtet, sie bei einer Aussperrung nicht auszusperren. Die organisierten Arbeiter sind natürlich von dieser „Unterstützung" ausgeschlossen. Kaatz war zunächst Mitglied des gelben Verbandes. Anfang Dezember 1907 trat er dem Metallarbeiterverbande bei. Nachdem dies bekannt geworden war, erstattete die Firma Eckert höchstpersönlich gegen den noch heute bei ihr in Arbeit stehenden Kaatz Strafanzeige wegen Betruges mit der Behauptung, Kaatz habe verschwiegen, daß er Mitglied des Metallarbeiterverbandes geworden sei! Durch die Unterdrückung dieser Tatsache habe er veranlaßt, daß ihm die „hohen" Zinsen von der Firma für seine „Spareinlage" gezahlt wurden. Auf diese „hohen" Zinsen aber habe er als Mitglied des Metallarbeiterverbandes keinen Anspruch gehabt. Auf Grund dieser Denunziation wurde gegen Kaatz das Hauptverfahren wegen Betruges eröffnet. Termin stand am Montag vor dem Schöffengericht Lichtenberg an. Der durch den Rechtsanwalt Dr. Heinemann vertretene Angeklagte machte zu seiner Verteidigung geltend, daß er die Statuten des gelben Verbandes, die ihm in seinen Schrank gelegt wurden, niemals gelesen habe. Außerdem aber habe er sich ausdrücklich die 6 Proz. Zinsen von seinem zurückbehaltenen Lohn nur für die Zeit zahlen lassen, in der er noch nicht Mitglied des Metallarbeiterverbandes war, also nur für die Zeit, in der er einen Rechtsanspruch auf die 6 Proz. Zinsen nach den Statuten der Firma und des gelben Verbandes hatte. Als er Mitglied des Metallarbeiterverbandes geworden war, habe er den Schreiber hierauf aufmerksam gemacht und lediglich seinen zurückgehaltenen Lohn ohne Zinsen verlangt. Der Schreiber habe darauf erwidert: „Das ist ganz gleich" und ihm die paar Pfennige Zinsen doch ausgezahlt. Uebrigens habe es dieses Hinweises gar nicht bedurft, da man in der Firma sofort von seinem Uebertritt zum Metallarbeiterverband erfahren habe, worauf er auch sofort aus dem gelben Verband ausgeschlossen wurde. Die Beweisaufnahme bestätigte die Darstellung des Angeklagten, daß er lediglich für diejenige Zeit die 6 Proz. Zinsen gefordert und erhalten hatte, in der er noch nicht Mitglied des Metallarbeiterverbandes war. In Uebereinstimmung mit den Darlegungen des Verteidigers sprach das Gericht den Kaatz frei. Es fehle, so führte der Vorsitzende aus, nicht nur bei Kaatz an dem rechtswidrigen Bewußtsein, es liege auch der objektive Tatbestand des Betruges nicht vor. Denn Kaatz habe ausschließlich das gefordert und erhalten, worauf er einen unbestreitbaren Rechtsanspruch hatte.

Die Anklage erscheint uns als eine Ungeheuerlichkeit. Selbst für den Fall, daß Kaatz seine Gewerkschaftsmitgliedschaft verschwiegen und auch für eine über seine „gelbe" Zeit hinausliegende Zeit Zinsen erhalten hätte, hätte keinerlei Betrug vorgelegen. Denn der Passus der „Gelben", daß man aus der — vom Privatauffichtsamt genehmigten — sogenannten Unterstützungskasse ausscheide, sobald man Mitglied einer Gewerkschaft werde, die auch andere Arbeiter umfaßt, als die der Fabrik angehörigen, ist eine ungültige, gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und gegen die guten Sitten verstoßende Vereinbarung. Hoffentlich legt Kaatz trotz seiner Freisprechung, mit dem Antrage, auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen, Berufung ein.

Schuldig?

Besondere Schwierigkeiten ergaben sich bei einer Verhandlung vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I, vor welcher sich der Hauptmann a. D. **v Bröcker** wegen Beleidigung des Gerichtsvollziehers **Hintze** zu verantworten hatte. Herr v. Bröcker hat bekanntlich schon wiederholt heftige Konflikte mit Gerichtspersonen, Irrenärzten und Staatsanwälten gehabt, er ist deshalb wiederholt unter Anklage gestellt gewesen und weiß seine Sache vor Gericht immer mit Geschick und Ausdauer zu führen. Er verteidigt sein Recht, wenn er es für verletzt hält, mit ganz besonderer Schärfe. Dies war auch in dem gestrigen Falle in die Erscheinung getreten. Der Angeklagte war mit dem Gerichtsvollzieher Hintze in Konflikt geraten, weil er der Ansicht ist, daß dieser zu seinen Ungunsten, einer Zwangsvollstreckung weitere Folge zu geben unterlassen habe. Er machte seinem Mißfallen darüber in mehreren Schreiben an den Gerichtsvollzieher und in Beschwerdeschriften an den Amtsgerichtspräsidenten Luft. Diese Schriftstücke sollen beleidigende Redewendungen gegen den Gerichtsvollzieher enthalten. Dessen Vorgesetzter stellte den Strafantrag. Das Schöffengericht erkannte auf Freispruch, indem es dem Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zubilligte. Auf die hiergegen eingelegte Berufung hob die Strafkammer das erste Urteil auf und verurteilte den Angeklagten zu 50 M. Geldstrafe. Das Kammergericht hob das Urteil der Strafkammer auf, weil in demselben nicht festgestellt war, durch welche Ausdrücke die Schutzgrenzen des § 193 überschritten worden sein sollen. In der gestrigen Verhandlung war Gerichtsvollzieher Hintze als Nebenkläger zugelassen. Er bestritt den Vorwurf der Pflichtvernachlässigung, der ihm vom Angeklagten in längeren Ausführungen gemacht wurde. Der Angeklagte stellte eine lange Kette von Beweisanträgen. Unter anderem beantragte er, daß der Reichskanzler Fürst v. Bülow darüber vernommen werde, daß er einmal in öffentlicher Sitzung einen Gegner als „Halunken" bezeichnet habe. Er wünschte ferner Beweiserhebung darüber, daß der Abgeordnete Gröber unbeanstandet die Mitglieder der Journalistentribüne des Reichstages „Saubengels" tituliert habe. Durch Vernehmung von Rechtsanwälten wünschte er sodann festzustellen, daß ungeheuer häufig vom Richtertische aus gegenüber Angeklagten, mitunter auch gegen Zeugen, Ausdrücke wie „Frechheit", „Unverschämtheit" und dergleichen gebraucht würden. Der Angeklagte war der Meinung, daß, wenn solche Herren solche Worte ungestraft anwenden dürfen, doch auch ihm gestattet sein müsse, einem Gerichtsvollzieher gegenüber, der ihn schwer geschädigt habe, einige heftige Worte zu gebrauchen. Zu einem heftigen Zusammenstoß mit dem Vertreter des Nebenklägers kam es, als dieser ausführte, daß die Stellung dieser Anträge und deren Begründung doch die Vermutung rechtfertige, daß der Angeklagte nicht ganz normal sei. Als der Anwalt des Nebenklägers, Bahn, anregte, ob dem Angeklagten nicht der § 51 des Strafgesetzbuchs zur Seite stehe, rief ihm der Angeklagte mit Emphase zu: „Wenn Sie mich für verrückt halten, sind Sie selbst erst recht verrückt!" Das Gericht sah von der Verhängung einer Ordnungsstrafe ab, beschloß aber, die Sache zu vertagen und die Medizinalräte Dr. Hoffmann und Dr. Leppmann zu beauftragen, den Angeklagten auf seinen Gesundheitszustand zu untersuchen.

Eine sofortige Freisprechung des Angeklagten aus den vom Schöffengericht für richtig erachteten Gründen hätte dem Rechtsempfinden mehr entsprochen.

Aus der Frauenbewegung.

Im Kampf gegen die Breslauer Dienstmädchen, deren Organisation sie eifrigst verfolgt, hat sich die dortige Polizei eine neue Schlappe geholt. Ohne jeden Grund verbot sie jüngst den Dienstmädchen ein Tanzkränzchen! Jedenfalls nur, um die Dienstmädchen aus dem sozialdemokratischen Gewerkschaftshause fernzuhalten. Natürlich waren die Dienstmädchen geschult genug, das Ungesetzliche dieses Verbotes zu erkennen. Sie kehrten sich einfach nicht daran, sondern tanzten lustig darauf los. Die Folge war der übliche Strafbefehl, den aber soeben das Schöffengericht aufgehoben hat.

Als Kurosum verdient aus der Verhandlung folgende Schutzmannsaussage registriert zu werden: Gefragt, weshalb er nichts Genaues aussagen könne, antwortete er: Die Leute im Gewerkschaftshause seien der Polizei nicht wohlgesinnt. Hätte er sie gefragt, ob sie als Gäste dagewesen wären, so hätte man ihm jedenfalls die Unwahrheit gesagt. Die Polizei könne nur dann etwas herausbekommen, wenn mal dort eine Rauferei oder Schlägerei stattfände und einige sich beschweren würden darüber. — Da also derartiges im Gewerkschaftshause nicht vorkommt, bekommt die arme Polizei „nichts heraus".

Versammlungen — Veranstaltungen.

Schöneberg. Montag, 30. März, im „Klubhaus", Hauptstr. 5/6: Wanderversammlung. Vortrag der Frau Pluum aus Essen; „Der Kampf um die Frauenrechte."

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

P. K. 12. 1. Ja. 2. Zusatzmarken gibt es nicht mehr, Selbstversicherer oder Weiterversicherer können eine Marke kleben, welche Sie wollen. 3. Nein, der Versicherte behält die Karte. — **F. 99.** Sie müßten sich behufs Beschaffung der Karte an die Polizei wenden. — **Rathenower Straße 24.** Wenn Sie einen Vertrag mit einer solchen Bestimmung unterschrieben haben, so ist das sehr bedauerlich. Die Bestimmung ist gültig. — **K. B.** Der Anspruch wäre zunächst beim Bezirkskommando anzumelden. Die Entscheidung über den Anspruch hängt leider wesentlich von dem Gutachten des Militärarztes ab. — **K. D. 20.** Leider gibt es dagegen kein Mittel als friedliche Vereinbarung mit dem Nachbar. — — **R. F. in R. S.** 1. Die Berechnungsweise entspricht leider dem Gesetz. 2. Bestimmte Prozentsätze gibt es nicht. 3. Das ist möglich. — **W. W. 17.** Ja. — **A. 100.** Das Steuerjahr ist das Jahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1907. — **A. W.** Ja, Sie müssen sich an einen dortigen Anwalt wenden. — **Mühle.** Ohne Ansicht und Untersuchung der betr. Stücke ist ein Rat unmöglich. Am zweckmäßigsten ist es, die Sachen einer chemischen Waschanstalt zu übergeben. — **A. Wis.** Die Anmeldung bei der Polizei und die Einhaltung der polizeilichen Vorschriften ist erforderlich.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Witterungsübersicht vom 24. März 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	771	O	2	wolkenl.	0	Haparanda	775	ONO	2	bedeckt	—
Hamburg	769	O	5	wolkig	1	Petersburg	775	Still		wolkenl.	—1
Berlin	769	OSO	3	bedeckt	1	Scilly	761	SSW	5	Nebel	[illegible]
Frankf. a. M.	766	NO	1	halb bd.	2	Nordeney	762	S	3	wolkig	[illegible]
München	765	O	4	heiter	1	Paris	767	NNO	1	Nebel	[illegible]
Wien	765	N	3	wolkig	0						

Wetterprognose für Mittwoch, den 25. März 1908.

Kühl und vorherrschend wolkig, aber trocken bei frischen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Sunlicht Seife

bleibt stets auf derselben Höhe hervorragender Qualität durch immer gleichbleibendes Fabrikationsverfahren! Diese wichtige Tatsache ist jeder Hausfrau eine Garantie. Darum achte man genau auf die Originalpackung und hüte sich vor Nachahmungen, welche wertlos sind!

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Mittwoch, den 25. März d. J., abends 8½ Uhr, bei Freyer, Koppenstraße 29:

General-Versammlung

aller zum Zweigverein gehörigen Zahlstellen und Bezirke.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1907. 2. Das Anerbieten der Unternehmer. 3. Resultat der Wahl des Zweigvereinsvorstandes. 4. Gewerkschaftliches.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

Der Zweigvereinsvorstand.

Zugleich ersuchen wir die Kollegen, alle aus der Bibliothek des Zweigvereins entliehenen Bücher zurückzugeben, da infolge des Umbaues der Bureauräume die Ausgabe von Büchern unterbrochen werden muß und gleichzeitig eine Inventur vorgenommen werden soll.

D. O.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 25. März 1908, abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlung

von

Steglitz, Groß-Lichterfelde, Friedenau, Schmargendorf, Lankwitz, Südende, Zehlendorf und Grunewald

im Lokal von Schellhaase, Steglitz, Ahornstraße.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen A. Buschick: Der 18. März, die Metallindustriellen und das Landtagswahlrecht für Preußen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Bezirksangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Bibliothek bei Räther, Marksteinstr. 1, ist Dienstags und Freitags abends von 8–9 Uhr geöffnet.

Donnerstag, den 26. März 1908, abends 8½ Uhr:

Branchenversammlung

der

Elektromonteure und Helfer Berlins

und Umgegend

in Meiers Festsälen, Sebastianstraße 39.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Branchenleiters und Neuwahl desselben.
2. Bericht des Agitationskomitees und Neuwahl desselben.
3. Verschiedenes.

114/5

Kollegen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes organisierten Kollegen zu erscheinen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Stadt Schöneberg.

Am Freitag, den 3. April 1908, abends 8 Uhr, findet im **Lindenpark**, hier, Hauptstr. 13, eine **ordentliche Generalversammlung** mit folgender Tagesordnung statt:

1. Referat über Einführung der freien Arztwahl.
2. Wahl eines Arbeitgebers in den Vorstand.
3. Bericht der Prüfungskommission und Erteilung der Entlastung.
4. Erstattung des Jahresberichts 1907.
5. Beschlußfassung über Beitragserhöhungen und sonstige Statutenänderungen.
6. Anstellung von Beamten.
7. Beschlußfassung über Beschickung des in Berlin stattfindenden allgemeinen Krankenkassenkongresses.
8. Verschiedenes.

Schöneberg, den 20. März 1908.

Der Vorstand. 271/11

Flamme, Vorsitzender. Geist, Schriftführer.

Den werten Genossen, Gewerkschaften und Vereinen zur gefälligen Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage ein **neues Lokal** mit Vereinszimmer, zirka 100 Personen fassend, eröffne. Mit genossenschaftl. Gruß

Adolf Abendroth,

9565 **Berlin N. 65, Gottsched-Straße No. 33,** Ecke der Martin-Opitz-Straße, früher: Badstr. 42/43.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon **Anzug od. Paletot** nach **Maß**, schick, dauerh. Zutaten, von **20 Mark** an. **Moritz Laband,** Neue Promenade 1, II. (Städt. Börse).

Einsegnungs-Anzüge.

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Meltons, Tuchen usw.

33.— 30.— 27.— 24.— 22.— 20.— 18.— 16.— 14.— **12 M.**

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

Wäsche, Hüte, Handschuhe usw. **zur Einsegnung** zu sehr niedrigen Preisen.

Prüfungs-Anzüge

moderne, gemusterte Webarten in Cheviots, Buckskins, Kammgarnen usw. allerneuester Geschmacksrichtungen, 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.- **10 M.**

Baer Sohn

Chausseestraße 29-30 ◦ 11 Brückenstraße 11

Gr. Frankfurter Str. 20.

Die Kataloge No. 33 (Livreen), No. 34 (Neueste Moden 1908) kostenlos und portofrei.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 25. März, abends 8½ Uhr, im großen Saale des „Englischen Garten", Alexanderstr. 27c:

Oeffentl. Versammlung

aller in der **Kartonbranche** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

1. **Die Entwickelung der Kartonnagenbranche von ihren Anfängen bis zur Gegenwart.** Ref.: Gauleiter Kollege **Emil Pfütze, Dresden**
2. Diskussion.

23/9

Kollegen und Kolleginnen! Angesichts der überaus wichtigen Tagesordnung sowie der Organisationsbestrebungen der Prinzipale erwarten wir, daß in dieser Versammlung keiner fehlt.

Mit kollegialem Gruß

Die Agitationskommission. Die Tarifkommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bautischler.

Mittwoch, den 25. März, abends 8½ Uhr, bei Walter, Adalbertstraße 62:

Sitzung

der gesamten Kommission und Tarifberatungs-Kommission.

Die Vertreter der Vororte werden ersucht, sich pünktlich einzufinden.

82/1 **Die Branchenkommission.**

Bodenleger.

Mittwoch, den 25. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission und Wahl des Obmanns und zweier Kommissionsmitglieder sowie Beitragssammler. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. — **Mitgliedsbuch legitimiert.**

Die Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Schöneberg.

Donnerstag, den 26. März, abends 8½ Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

in Obst's Festsälen, Meininger Straße 8.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur Einführung von Extrabeiträgen.

82/3 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 26. März, abends 8½ Uhr, im Volkshause, Rosinenstraße 3:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. **Bericht von den Tarifverhandlungen.**
2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

82/2 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverein der Bildhauer.

Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 26. März, abends 8½ Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

in A. Boekers Festsälen, Weberstr. 17.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. **Beschluß über einen Extrabeitrag zugunsten der Arbeitslosen** laut Antrag der am 11. März stattgefundenen Arbeitslosen-Versammlung. 3. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit des 2. Punktes ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

20/6 **Der Vorstand.**

Verband der Bäcker, Konditoren

sowie aller in

Kakes-, Schokoladen-, Pfefferkuchen- u. Zuckerwaren-Fabriken

beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Bezirksleitung Berlin.

Allen unseren Kollegen und Kolleginnen, den Parteigenossen, die sich für unsere Bewegung interessieren, sowie aber auch allen Herren Bäckermeistern, mit welchen wir im Tarifverhältnis stehen, machen wir die Mitteilung, 40/8

daß das Bureau des Deutschen Bäcker- und Konditor-Verbandes sich von heute ab

Engelufer 14, III, Zimmer 65

Fernsprecher Amt IV, 2396

befindet.

Daselbst befindet sich auch der

Arbeitsnachweis der Konditoren,

geöffnet von morgens 8 bis abends 8 Uhr.

In diesem neuen Bureau werden Arbeitskräfte sowohl für Bäckereien, als auch Konditoreien und Arbeiter und Arbeiterinnen für Kakes-, Pfefferkuchen- und Zuckerwaren-Fabriken vermittelt.

Die Verwaltung hat Vorsorge getroffen, daß die Herren Bäckermeister zu jeder Zeit, auch in den späten Abend- und Nachtstunden mit passenden Arbeitskräften zu tarifmäßigen Löhnen sofort versehen werden können.

Man rufe nur Amt IV, 2396 an.

Indem wir allen Interessenten diese Mitteilung machen, bitten wir zugleich, dieselbe genau zu beachten, um unliebsame Verwechselungen zu vermeiden.

Die Bezirksleitung.

Friseurgehülfen!

Donnerstag, den 26. März, abends 9½ Uhr:

Oeffentliche Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: **Die Friseurgehülfen und die soziale Gesetzgebung.** Ref.: Reichstagsabgeordneter **A. Brey.** 2. Diskussion.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

285/6 **Der Agitationsausschuß: Paul Liere.**

Achtung! **Achtung!**

(Großer Saal) **„Neue Welt"** (Großer Saal)

Sonnabend, den 28. März 1908

Gemeinsames Stiftungs-Fest

der Zahlstelle Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes

und des

Buchbinder-Männerchors,

Berlin (M. d. A.-S.-B.). Dirigent: Herr R. Stitz.

Künstler-Konzert. Männerchöre.

Mitwirkende:

Frau **Marg. Brieger-Palm,** Konzertsängerin, Herr **Eugen Brieger,** Konzertsänger, Fräulein **Miß Anni Luxenburg,** Violinvirtuosin. [23/8*

Nach dem Konzert: **GROSSER BALL.**

(Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.)

Anfang des Konzerts 8½ Uhr. Eintrittskarten: 40 Pfg.

Die Saaltüren bleiben während der Vorträge geschlossen! — Rauchen erst nach dem Konzert gestattet! — Kinder unter sechs Jahren haben keinen Zutritt!

Programm mit Liedertexten am Saaleingang gratis.

Eintrittskarten sind zu haben: Bureau, Engel-Ufer 15, II, Zimmer 21, in allen Zahlstellen, bei den Vertrauensleuten und Mitgliedern des Buchbinder-Männerchors.

Soeben erschienen:

Der Klassenkampf des Proletariats

von **Parvus.**

Heft 2:

Die kapitalistische Produktion und das Proletariat. Preis 30 Pf.

Das 1. Heft betitelt sich:

Der gewerkschaftliche Kampf. Preis 15 Pf.

Expedition des „Vorwärts", Berlin SW. 68, Laden. — Lindenstr. 69. — Laden.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Achtung, Groß-Berlin.

Morgen, Donnerstag, abends 7 Uhr

Flugblattverbreitung

von den bekannten Stellen aus.

Genossen! Alle Mann am Platz!

Der Aktionsausschuß.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 28. d. Mts., veranstaltet der gesellige Verein „Fidelitas“ in der „Odd-Fellow-Loge“, Alte Jakobstraße, eine Theatervorstellung und versucht man, hierzu Billetts in Arbeiterkreisen umzusetzen. Da das genannte Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht, sind alle etwa angebotenen Billetts entschieden zurückzuweisen.

Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß die Lokale an der **Machnower Schleuse-Teltow-Kanal** der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stehen und machen wir ganz besonders die Vereine, welche Dampferausflüge auf dem Teltow-Kanal arrangieren, darauf aufmerksam.

Aus **Schmargendorf** wird uns mitgeteilt, daß sich der Inhaber des dortigen Restaurants „Schützenhaus“ (Eigentümer Herr Fink, Direktor der Schöneberger Schloßbrauerei), beharrlich weigert, der Arbeiterschaft seine Räume zur Verfügung zu stellen und ersuchen wir, dies zu beachten.

In **Mönchsmühle** bei **Schildow** (N.-B.) hat der Inhaber des einzigen uns bisher zur Verfügung stehenden Lokals, Herr Florian Knappe (Gasthof zur historischen Mönchsmühle) seine Unterschrift zurückgezogen. Herr Knappe glaubt, auf die Kundschaft der Arbeiter verzichten zu können; wir ersuchen daher die Parteigenossen, speziell die Arbeiter-Radfahrer, vorstehendes genau zu beachten.

Die Lokalkommission.

4. Wahlkreis (Frankfurter Viertel). Sonntag, 29. März, abends 6 Uhr: Versammlung für Männer und Frauen in Anton Boekers Festsälen, Weberstr. 17. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau Emma Ihrer über „Die Frauen und die Landtagswahlen“. 2. Diskussion. Hierauf geselliges Beisammensein und Tanz. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Charlottenburg. Für die Parteigenossen der 4. Gruppe findet heute Mittwoch, den 25. März, abends 8 Uhr, im Lokale von Schulz, Kaiser-Friedrich-Straße 24, im unteren Saal und für die 6. Gruppe im oberen Saal ein gemeinsamer Extra-Zahlabend statt. Tagesordnung: „Die Technik der Landtagswahlen.“ — Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Heute findet ein Extra-Zahlabend bei Lasogga, Chausseestr. 55, und im „Kaiserhof“ statt. Das Wahlkomitee befindet sich bei Tietze, Manteuffelstr. 11.

Lichtenberg. Den Genossen zur Nachricht, daß die Flugblattverbreitung am Donnerstag auch für unseren Ort stattfindet, und zwar von den bekannten Bezirkslokalen aus. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Rummelsburg. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstagabend um 7 Uhr von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung über den ganzen Ort stattfindet. Es ist Pflicht aller Genossen, sich an dieser Verbreitung zahlreich zu beteiligen. Der Vorstand.

Mariendorf. Am Donnerstag, den 26. d. Mts., abends 7½ Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus statt. Jedermann muß erscheinen. Der Vorstand.

Karlshorst. Parteigenossen! Die Flugblattverbreitung findet Sonntag, vormittags 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus statt. Der Vorstand.

Königswusterhausen, Hoherlehme, Wildau und Niederlehme. Den Parteigenossen obengenannter Orte zur Kenntnis, daß am Donnerstag, den 26. März, abends 7½ Uhr, von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung stattfindet. Zahlreiche Beteiligung der Genossen ist erwünscht. Der Vorstand.

Zossen. Am heutigen Mittwoch findet im Lokal des Herrn Schimke die Monatsversammlung des Wahlvereins statt. Das Erscheinen aller Genossen ist dringend erwünscht. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Morgen, Donnerstag, abends von 7 Uhr ab, findet von folgenden Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt: 1. Bezirk vom Restaurant Knebel, Hauptstr. 51; Bezirk 1a vom Restaurant Franke, Amendestr. 21; 2. Bezirk von Neumann, Zigarrenhandlung, Residenzstr. 66; 3. Bezirk vom Restaurant Bolien, Gesellschaftsstraße, Ecke Seestraße; 4. Bezirk vom Restaurant Voß, Grüner Weg, Ecke Kamelestraße; 5. Bezirk vom Restaurant Schiller, Provinzstr 79; 6. Bezirk vom Restaurant Brückner, Provinzstr. 82. Pflicht jedes Genossen ist es, sich daran zu beteiligen. Der Vorstand.

Wilhelmsruh-Niederschönhausen-West. Morgen Donnerstagabend ½8 Uhr Flugblätterverbreitung. Sämtliche Genossen treffen sich im Lokal von Barth, Viktoriastr. 7. Der Vorstand.

Tegel. Heute, Mittwoch, abends von 7 Uhr an, Kuvertverteilung für sämtliche Bezirke vom Lokal Halfes, Brunowstraße 33, aus. Die Genossen sind alle verpflichtet, an der Arbeit teilzunehmen. — Am Donnerstag, den 26. März, findet in W. Trapps Festsälen, Bahnhofstr. 1, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: „Sozialdemokratie und Kommunalpolitik.“ Referent: Genosse Adolf Ritter. Parteigenossen! Agitiert für Massenbesuch. Der Vorstand.

Bernau. Donnerstag, den 26. März, abends 7½ Uhr, findet vom Kunzeschen Lokale, Bürgermeisterstraße, aus eine Flugblattverbreitung statt. Pflicht der Genossen ist es, sich vollzählig daran zu beteiligen. Der Vorstand.

Bezirk Waidmannslust. Donnerstag, abends 7 Uhr, findet Flugblattverbreitung statt. Die Genossen treffen sich in: Borsigwalde bei A. Reuter, Wittenau bei A. Schulze, Waidmannslust bei G. Temmlin und Hermsdorf bei Heidenreich. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

In der gestrigen Sitzung, die eine außerordentliche war, wurde die Etatberatung beendet. Zu erledigen waren noch 28 Einzeletats, darunter auch die Etats der Werke; aber nur bei wenigen kam es noch zu Erörterungen.

Beim Etat der Gemeindefriedhöfe wurde durch einen Führer der Liberal-Kirchlichen eine Aussprache über die Notwendigkeit der Feuerbestattung zustande gebracht. Stadtverordneter Modler war es, der dazu die Anregung gab, indem er die Frage aufwarf, ob nicht endlich auch die Stadt Berlin sich einen Leichenverbrennungsofen erbauen wolle. Oberbürgermeister Kirschner warnte vor zu großem Ungestüm, hiermit werde man an „maßgebender“ Stelle nur Verstimmung bewirken und schließlich mehr Schaden als Nutzen stiften. Unser Genosse Manasse beleuchtete die Rückständigkeit der „Maßgebenden“, denen die Feuerbestattung noch immer ein Greuel ist. Mit gelungener Ironie schilderte er jene Unentwegten, die es als eine Vorbedingung für die Erlangung der ewigen Seligkeit ansehen, daß sie nach ihrem Tode nicht verbrannt, sondern begraben werden. Die weitere Debatte ergab, daß die Versammlung einmütig sich für die Feuerbestattung erklärte. Dem „abwartenden“ Oberbürgermeister wurde besonders von Herrn Langerhans eine treffende Antwort gegeben. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen.

Beim Etat der Wasserwerke wurde die Frage der Freibäder angeschnitten. Gegen den Plan, ein Freibad am Müggelsee in unmittelbarer Nähe des dortigen Wasserwerkes anzulegen, wandte sich Genosse Weyl. Das Freibad sei an sich sehr wünschenswert, doch man solle dazu das andere Ufer wählen, mindestens aber solle die Verwaltung alles tun, um etwaige Gefahren abzuwehren. Die Antwort des Stadtrats Rast war nicht sehr beruhigend.

Das Betriebsergebnis der Markthallen ist seit langem kein günstiges, aber so ungünstig ist es denn doch nicht, daß nicht die Löhne der Angestellten aufgebessert werden könnten. Unser Genosse Hintze, der die Lage der Markthallen erörterte und die Schließung der ganz unrentablen empfahl, trug gleichzeitig die Wünsche der Angestellten vor. Aus der freisinnigen Mehrheit der Versammlung ergriff niemand hierzu das Wort, und auch der Magistrat schwieg.

Der Etat der Einkommensteuer bot Gelegenheit, einmal im Stadtparlament den Unfug der unberechtigten Veranlagung zur Kirchensteuer zu beleuchten. Unser Genosse Leid schilderte die Belästigung, die zahlreichen Einwohnern Berlins hierdurch bereitet worden ist, und sagte es offen heraus, daß man sich die vorgekommenen Versehen nur aus einer skandalösen Schlamperei bei Aufstellung der Listen erklären könne. Leid brachte auch mehrere Mißstände der Steuereinziehung zur Sprache, die ungehörige Behandlung der Steuerzahler auf den Annahmestellen und die Oeffentlichkeit des Mahnverfahrens. Die Antwort, die vom Stadtrat Tourbié gegeben wurde, war dürftig. Zur „Entschuldigung“ der Versehen bei der Kirchensteuerveranlagung wußte er nichts anderes zu sagen, als daß die Listen „selbstverständlich“ inkorrekt seien.

Die Schlußabstimmung über den Gesamtetat wurde diesmal nicht mit dem Brimborium umgeben, wie im vorigen Jahre. Sie erfolgte sang- und klanglos — und nicht einmal „Bravo“ wurde gerufen.

Obdach und Irrenhaus.

Das sind zwei „gemeinnützige“ Institute mit enger Interessengemeinschaft. Vom Obdach nach dem Irrenhaus ist heutzutage für den Armen der Weg gerade so leicht oder auch so schwer, wie umgekehrt vom Irrenhaus nach dem Obdach. Es verlohnt sich, an der Hand des in der letzten Sonntagsnummer mitgeteilten Falles einer Greisin, die vom Obdach widerrechtlich nach Herzberge abgeschoben wurde, die Verhältnisse etwas näher zu beleuchten.

Allwöchentlich melden sich auf dem im Publikum nicht gerade sehr beliebten Zimmer 38 am Mühlendamm, dem sogenannten Terminzimmer der Armendirektion, mindestens ein Dutzend Personen, die stehenden Fußes aus den städtischen Irrenanstalten kommen. Sie sind hier, kaum genesen, und niemals geheilt, mit einer wahrhaft fürstlichen Unterstützung auf die Landstraße gesetzt worden. Mehr als einen Taler gibt es höchst selten. Die Anstalt Herzberge wagt es sogar, den Entlassenen, die sehr häufig mittellos sind, weiter nichts wie — 20 Pfennige Fahrgeld anzubieten. So ausgerüstet, sollen sie den Kampf mit dem Weltstadtdrachen aufnehmen — fast immer ein nutzloses Bemühen! Wozu ist denn die Armendirektion da? Das Irrenhaus glaubt seiner Verpflichtung ledig zu sein. Es fügt mit dieser blamablen Exmission von Menschen, deren geistige Gesundheit nie gänzlich außer Frage steht, dem morschen Bau seiner unhaltbaren Zustände einen neuen Stein des Anstoßes hinzu. Wer keinen familiären Anhalt hat — und das trifft auf mehr als die Hälfte der Entlassenen zu — eilt also nach dem Mühlendamm und erhält hier nach stundenlangem Warten ein verschlossenes Kuvert, das im Bureau des städtischen Obdachs abzugeben ist. Je nachdem der Bittsteller bei der Armendirektion gut angeschrieben steht oder nicht, wird er mit diesem geheimnisvollen Briefe, den gewitzte Leute unterwegs öffnen und fein säuberlich wieder verschließen, nach dem ja halbwegs annehmbaren Familienobdach gewiesen oder einfach „auf die Bretter“, nämlich nach dem allgemeinen Nachtasyl des Menschenfreundes Fischbeck. Eine derartige Zumutung, daß Rekonvaleszenten, die soeben aus geordneten Krankenhausverhältnissen ins Weltstadttreiben treten, in verpestender Luft und in geradezu scheußlicher Umgebung auch nur eine einzige Nacht zubringen sollen, ist der krasseste Hohn auf unsere Gesundheitspflege. Ist etwa für Geisteskranke das Schlechteste gut genug? Viele verzichten denn auch auf diese lächerliche „Fürsorge“ und gehen lieber nach dem Obdach des rühmlichen Asylvereins in der Wiesenstraße. Der große Sozialpolitiker am Magistratstisch würde sagen: Sie rechnen sich zur „Hautevolee der Obdachlosen.“ Oder sie geraten, eben weil man sie fast wie ein Stück Vieh behandelt, gleich wieder auf Abwege und sind nach kurzer Zeit von neuem reif für das Irrenhaus. Bestände eine geordnete Fürsorge für entlassene Geisteskranke, so wäre es überhaupt nicht nötig, daß die Entlassenen in irgend einer Form mit dem Obdach Bekanntschaft machen müssen. Zu der sozialen Notwendigkeit, keinen Irrenhauspatienten zu entlassen, ohne daß im voraus für ein anständiges Unterkommen gesorgt ist, hat sich die städtische Irrenpflege noch nicht aufgeschwungen.

Nun die Kehrseite der Medaille. Nach vorstehendem wird es erklärlich, daß sich im Familienobdach zu jeder Zeit zahlreiche Geisteskranke aufhalten. Aber auch unter den übrigen Asylisten befinden sich tatsächlich Hunderte, die schon mal im Irrenhause waren, meistens wegen Alkoholismus. Die Erscheinung, daß solche geistig Kranken, wirtschaftlich nur ganz selten wieder emporkommenden Unglücklichen im Asyl irgend welche Exzesse hervorrufen, kann also nicht weiter verwundern. Nicht selten werden sie sowohl im nächtlichen Asyl als im Familienobdach von Krämpfen befallen. In beiden Fällen macht man keine langen Umstände, bestellt einen Krankenwagen oder telephoniert nach Herzberge, und in kurzer Zeit geht's aus der Freiheit, die ja für den Betreffenden allerdings auch nur ein Jammertal ist, nach dem Irrenhause. Handelt es sich um einen Asylisten, der irgend welche Symptome von Sonderlichkeit zeigt, was ja noch lange nicht Verrücktheit zu sein braucht, und noch nicht im Irrenhause war, so kann die Ueberweisung nach dem Irrenhause allerdings nur auf Grund ärztlichen Attestes erfolgen. Aber dann stehen wir vor demselben schweren Mißstande, daß ein einziger Arzt, nämlich der Arzt des Obdachs, alles gilt und mit einem Federstrich über ein Menschenschicksal entscheiden darf. Es ist dasselbe durch und durch faule System der Vergewaltigung, welches wir schon neulich aus Anlaß eines anderen Spezialfalles gekennzeichnet haben.

Sieche im Irrenhaus.

Daß Personen, die ins Siechenhaus gehören, ins Irrenhaus abgeschoben werden, haben wir in der Sonntagsnummer an der Hand eines Spezialfalles nachgewiesen. Heute wird uns ein zweiter Fall berichtet, nach welchem eine 78 Jahr alte Frau gleichfalls vom **Obdach nach Herzberge** gebracht worden ist. Die alte Frau war nur vorläufig im Obdach untergebracht, weil der Armenvorsteher die nötigen Formalitäten zur Ueberweisung der Frau in das Siechenhaus noch zu erledigen hatte. Als der Sohn der alten Frau, der Graveur B., seine Mutter dieser Tage besuchen wollte, mußte er im Bureau des Obdachs die erstaunliche Mitteilung vernehmen, daß seine Mutter nach Herzberge abgeschoben worden sei. Der Sohn schreibt uns noch, daß er bei einem Besuche in Herzberge mit dem Arzt gesprochen hätte; dieser sei aber auch nicht in der Lage gewesen, ihm Positives über diese sonderbare Unterbringung einer alten Frau sagen zu können.

Das sind ja himmelschreiende Vorkommnisse in unserer städtischen Verwaltung, daß Leute im Alter von 84 bezw. 78 Jahren nach dem Irrenhause geschafft werden, anstatt ins Siechenhaus, wohin sie gehören. Die Dezernenten des Obdachs wie des Armenwesens sollten sich schnell auf die Strümpfe machen und für umgehende Abstellung dieser skandalösen Zustände Sorge tragen.

Verschiedene Fahrpreise. Ein Leser schreibt uns: „Am Sonntagnachmittag verlangte ich am Schalter des Bahnhofes Hermannstraße zwei Billetts nach Grunewald und ein Kinderbillett. Ich erhielt die gewöhnlichen Stadtbahnbilletts zu 20 resp. 10 Pf. Als ich herunter zum Bahnsteig kam, zeigte die Orientierungstafel gerade „Grunewald (über Nordring)“ an. Erfreut, es gerade so gut zu treffen, stieg ich seelenvergnügt mit meiner Familie in den leeren Zug und gondelte nach der Station Grunewald. Nichtsahnend gab ich an der Kontrolle meine regelrecht bezahlten Billetts ab, wurde aber zurückgehalten mit der Motivierung: „Sie müssen Zuschlagskarten lösen, von Hermannstraße kostet es 30 Pf.“ Das war mir etwas ganz Neues, bin ich doch in früheren Jahren häufig für 20 Pf. gefahren, allerdings nicht über den Nordring. Nun wurde ich auch von dem diensthabenden Beamten belehrt. Die Fahrt über Schöneberg kostet 20 Pf., über den Nordring bis von Prenzlauer Allee ab aber 30 Pf. Ich bin nun allerdings der unmaßgeblichen Meinung, wenn ich mir ein Billett nach Grunewald kaufe und in den Zug einsteige, welcher dorthin führt, man mir am Ziel von Rechts wegen nicht noch 10 Pf. abknöpfen kann. Von Amts wegen scheint man das aber für richtig zu halten, denn der Beamte eröffnete mir, ich könne mich ja beschweren, nützen würde es mir aber nichts.“

Eine eigentümliche Tarifierung ist dies schon, welche hier die Eisenbahnverwaltung beliebt. Das Mindeste, was man verlangen kann, ist, daß beim Lösen der Billetts die Fahrgäste darauf aufmerksam gemacht würden, welche Strecke sie benützen dürfen, ohne Unannehmlichkeiten und Nachzahlungen ausgesetzt zu sein.

Blutiges Ehedrama. Ein Mord- und ein Selbstmordversuch riefen Montag abend in der elften Stunde in der Königsberger Straße großes Aufsehen hervor. Auf dem Flur des Hauses Königsberger Straße 11 versuchte der Metallarbeiter Hermann Bartsch erst seine junge Frau und dann sich selbst zu töten. Er brachte der Frau einen Revolverschuß in den rechten Arm bei und jagte sich dann selbst zwei Kugeln in die Schläfe.

Die Eheleute waren noch nicht lange verheiratet. In den letzten Monaten hatte diese Ehe eine böse Wendung genommen, so daß sich die Frau schließlich veranlaßt sah, ihren Mann zu verlassen. Es erfolgte dann auch die gerichtliche Scheidung. B. konnte jedoch nicht von seiner Frau lassen und wiederholt hatte er den Versuch gemacht, sich ihr, die in dem Seitenflügel des Hauses Königsberger Straße 11 bei einem Mieter ein Zimmer genommen hatte, zu nähern. Frau B. wollte aber von einer Wiedervereinigung nichts wissen und stets schlug sie die Bitte ihres Mannes rundweg ab. Der Mann wollte sich bitter an seiner Frau rächen. Er kaufte sich einen Revolver in der Absicht, sich und seine Frau damit zu erschießen. Montagabend hatte Frau B. in der Nachbarschaft Einkäufe besorgt. Als sie wieder heimkehrte, trat ihr in der Nähe des Wohnhauses der Ehemann auf der Straße entgegen. Er drang noch einmal in sie ein, doch zu ihm zurückzukehren, wieder wurde er kurzweg abgewiesen. Der Streit zwischen dem Paare setzte sich auf der Treppe fort, und an der Wohnungstür angekommen, zog B. die Waffe hervor und feuerte auf seine Frau eine Kugel ab. Das Geschoß drang der Getroffenen in den rechten Arm. In dem Glauben, daß er seine Frau erschossen habe, richtete B. den Revolver gegen seine Stirn und gab zwei Schüsse auf sich ab. Leblos brach er zusammen. Blutüberströmt wurde er nach der Wohnung geschafft und nach Anlegung eines Notverbandes nach dem Krankenhaus im Friedrichshain übergeführt, wo er sehr bedenklich daniederliegt. Dagegen konnte Frau B. in der Wohnung verbleiben.

Vom modernen Warenmarkt. In unserer heutigen Gesellschaft kann man für Geld alles kaufen; selbst der Adel ist feil, wie aus nachfolgendem Inserat der „Vossischen Zeitung“ hervorgeht:

Adoption.

Adliger Herr, wohlsituiert, will einen Herrn, mehrfachen Millionär, von tadellosem Ruf, nicht über 35 Jahre alt, adoptieren. Diskretion wird ehrenwörtlich zugesichert und gefordert. Adr. unter X. M. 82 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Nach diesem Inserat wird mit dem Adelstitel geschachert; billig aber will der „adlige Herr“ die Sache nicht machen, sonst würde er nicht gleich einen mehrfachen Millionär „adoptieren“ wollen. Daß das Alter eine gewisse Rolle spielt, ist nur auf das Alter des „Adoptivvaters“ zurückzuführen.

Das leichtsinnige Umgehen mit Karbid hat einen schweren Unglücksfall herbeigeführt. Auf dem Rummelplatz Lychener Straße 124 öffnete der 17jährige Sohn Erich des Schaustellers August Plath in dessen Bude ein Gefäß mit Karbid und zündete leichtsinnigerweise ein Streichholz an. Die ausströmenden Karbidgase explodierten und eine Stichflamme verbrannte dem jungen Mann das Gesicht. Beide Augen sind dabei schwer verletzt worden. In einer Droschke schaffte man den Verunglückten nach der Unfallstation in der Schönhauser Allee und dann nach der königl. Augenklinik in der Artillerieстraße.

Ein vierfacher Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen und zwei Privatfuhrwerken fand Montagnachmittag gegen 5 Uhr in der Andreasstraße statt. Zur genannten Zeit fuhr die Taxameterdroschke Nr. 265, vom Schlesischen Bahnhof kommend, unmittelbar vor dem Straßenbahnwagen Nr. 2755 der Linie 31 auf das Gleis, um einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden, nach der anderen Seite des Fahrdammes hinüberbiegenden Rollwagen des Berliner Spediteurvereins auszuweichen. Die Droschke wurde von dem Straßenbahnwagen erfaßt und zur Seite geschleudert. Der Kutscher des Rollwagens aber bog nun, um nicht bei diesem Zusammenstoß in Mitleidenschaft gezogen zu werden, in kurzer Wendung auf die Straßenbahnschienen in kaum einem Meter Entfernung vor den auf dem anderen Gleis herannahenden Straßenbahnwagen Nr. 1949 der Linie Tegel—Schlesischer Bahnhof. Der Rollwagen wurde zwischen beiden Straßenbahnwagen eingeklemmt. Hierbei erlitten der Kutscher des Rollwagens Karl Kraft, sowie der Mitfahrer Ambos Quetschungen des Brustkastens resp. des Unterschenkels und mußten nach der Unfallstation am Grünen Weg gebracht werden. An beiden Straßenbahnwaggons waren die Vorderplattformen eingedrückt worden, an der Droschke das Spritzblech verbogen und der Vorderkasten eingedrückt und von dem Rollwagen das Pferd leicht verletzt. Es dauerte längere Zeit, bevor die zusammengefahrenen Wagen auseinander gebracht werden konnten.

Der Raubmordversuch in der Stralauer Straße ist noch nicht weiter aufgeklärt. Das Befinden des überfallenen Möbelhändlers Bernstein ist schlecht. Ob er mit dem Leben davonkommen wird, erscheint jetzt sehr zweifelhaft. Jedenfalls kann es noch Wochen dauern, bis er so weit ist, daß seine Vernehmung möglich ist. Was er bisher mitteilte, erwies sich bei der Nachprüfung im wesentlichen als haltlos. Es war seinen Fieberphantasien entsprungen. Auch die Durchsicht der Geschäftsbücher und des Briefwechsels hat keinen Fingerzeig gegeben. Der Kriminalpolizei fehlt einstweilen jeder Anhalt zur Ermittelung des Täters. Das Bernsteinsche Geschäft bleibt vorläufig geschlossen.

Zwei gewaltige Dachstuhlbrände kamen gestern mittag **fast gleichzeitig** zum Ausbruch. Zuerst lief die Meldung von einem Brande des Eckhauses Usedomstr. 9 an der Wattstraße ein und gleich darauf die von dem Brande des Hauses Badstr. 19 an der Stettiner Straße. Als die Feuerwehr an der ersten Stelle ankam, brannte der Dachstuhl des mächtigen Gebäudes an allen Ecken. Die Züge 3 und 16 hatten mit 5 Schlauchleitungen von mehreren Dampfspritzen mit großer Anstrengung stundenlang zu tun, um eine weitere Ausdehnung des Feuers zu verhüten. Der große Dachstuhl war nicht mehr zu retten. Der obere Stock hat durch Wasser gelitten. Der Schaden ist gewaltig. Die Mieter haben eine Menge Hausrat eingebüßt.

Als der 2. Brand gemeldet wurde, mußten die Züge 13 und 14 ausrücken. Dort war auch der Brand an mehreren Stellen angelegt, der Qualm enorm und die Gefahr groß. Ueber mechanische Leitern und die Treppen wurde vorgegangen, überall Luft gemacht und mit mehreren Schlauchleitungen Wasser gegeben.

Gegen die Spielautomaten, Spielvariétés und die schlechten Vorführungen in den Kinematographentheatern, in denen an die niedrigsten Instinkte und Leidenschaften appelliert wird, hat eine Versammlung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter am Sonntag in den Arminhallen Stellung genommen. Es wurde anerkannt, daß diese Einrichtungen große Gefahren für die arbeitende Jugend in sich tragen und geeignet sind, zu höheren Lebensgenüssen unfähig zu machen. Sie nehmen der Jugend die ihr so kärglich bemessene freie Zeit, die sie zur Pflege des Körpers und Stählung des Geistes verwenden muß, wenn ein an Körper und Geist gesundes Geschlecht heranwachsen soll.

Die versammelten Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen verpflichteten sich, ihre Altersgenossen über diese Gefahren aufzuklären und dahin zu wirken, daß jeder Jugendliche zur Einsicht der wirtschaftlichen Verhältnisse gelangt und begreift, daß nur andauernde geistige Weiterbildung zu feineren Lebensgenüssen führt. Die Stärkung der freien Jugendorganisation, die den jugendlichen Körper vor Ausbeutung, die Köpfe vor Verdummung schützen soll, ist deshalb vornehmste Pflicht aller Jugendlichen.

Feuerwehrbericht. Auch in der letzten Nacht hatte die Berliner Feuerwehr tüchtig zu tun. Die Zahl der Alarme nimmt von Tag zu Tag enorm zu. Gestern wurden schon 350 in diesem Monat gezählt, d. h. mehr als sonst im ganzen Jahr. Abends um 8 Uhr wurde ein größeres Löschaufgebot nach der städtischen Gasanstalt IV in der Danziger Straße 61 alarmiert. Dort war in einer Werkstatt Feuer entstanden, das auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Nachts um 1 Uhr rückte der 5. Zug nach der Holzmarktstr. 44 aus. Auf dem Boden des Hauses brannten der Fußboden, das Zwischengebälk u. a. Gleichzeitig kam in einer Wohnung in der Perleberger Straße 39 in Moabit Feuer aus. Als der 15. Zug erschien, hatten die Flammen schon eine geraume Ausdehnung erreicht, es gelang, den Brand auf die Wohnung, deren Einrichtung sehr beschädigt ist, zu beschränken.

Gestern früh um 4 Uhr stand in der Fruchtstr. 2, wo erst vor einigen Tagen der Dachstuhl in Flammen aufgegangen ist, ein Automobilschuppen mit einem Pferdestall in hellen Flammen. Um diese zu löschen, ließ Brandmeister Runge kräftig Wasser geben. Die Pferde konnten in Sicherheit gebracht werden. Der Schuppen mit einem Automobil ist niedergebrannt. Die Entstehung des Brandes ist noch nicht aufgeklärt. In der Karlstr. 25 brannten Schaufensterrahmen, Schaldecken u. a. und auf dem Ostbahnhof an der Bromberger Straße eine Lori mit Preßkohlen. Der 7. Zug mußte eine Schlauchleitung vornehmen um die übrigen Waggons zu schützen und die Flammen zu löschen. Brennendes Fleisch verursachte Feuerlärm in der Weißenburger Straße 33.

Am Dienstagnachmittag wurde die Wehr um 3 Uhr sechsmal alarmiert. Fünf Alarme liefen allein vom Gesundbrunnen und einer von der Hasenheide ein. Auf dem Gesundbrunnen stand das Eckhaus Badstr. 55 an der Bastianstraße in Flammen. Diese waren an mehreren Stellen auf dem Boden ausgekommen und hatten schnell an Ausdehnung gewonnen. Infolge der vielen Alarme waren dort in kurzer Zeit die Züge aus der Keibelstraße, Pank-, Oderberger, Linien-, Tieck- und Turmstraße versammelt. Brandinspektor Julius ließ sofort mit mehreren Schlauchleitungen Wasser geben, und damit die Mannschaften nicht allzusehr unter der Einwirkung von Rauch und Hitze zu leiden hatten, überall Luft machen. Es gelang dann auch die Flammen auf den Dachstuhl zu beschränken. In der Hasenheide brannte Papier u. a. in einer Waschküche des Hauses Camphausenstr. 21. Ferner hatte die Feuerwehr in der Reinickendorfer Straße 50a zu tun, wo Petroleum, Firniß usw. in einer chemischen Werkstatt in Brand geraten waren. In der Dunckerstr. 68 brannte Watte u. a., so daß eine Schlauchleitung vorgenommen werden mußte.

Wegen einer Gasvergiftung wurde die Wehr nach der Ackerstraße 149 gerufen, leider ohne Erfolg; die Person war nicht mehr zu retten.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindewahlbewegung.

Die Stichwahl in Groß-Lichterfelde (Bezirk Westen), findet heute von 10—7 Uhr in Borcherts Casino, Kyllmannstraße (am Viktoriaplatz) statt. — Gemeindevertreterwahlen finden weiter heute in Reinickendorf in der zweiten Wählerklasse statt; Kandidaten sind unsere Genossen Otto Ohl (zu wählen von 3—5 Uhr) und Karl Schönberg (zu wählen von 5½—7 Uhr). — In Schönow bei Bernau wählt die dritte Abteilung nachmittags von 4—5 Uhr. Kandidat der Sozialdemokratie ist der Genosse Maurer Wilhelm Grundmann in Schönow. — In Blankenfelde (Bezirk Nieder-Schönhausen) findet die Gemeindevertreterwahl für die dritte Klasse nachmittags von 3—5½ Uhr, für die zweite Klasse von 5½ bis 6½ Uhr statt. Soll die Wahl für uns günstig ausfallen, muß jeder Wähler seine Schuldigkeit tun. — In Rudow ist Stichwahl vormittags von 10—11 Uhr.

Die Berliner Parteigenossen, welche mit Arbeitern obiger Orte zusammen arbeiten, ersuchen wir, diese an ihre Pflicht zu erinnern.

Königs-Wusterhausen.

Die Stichwahl zwischen dem Genossen Kaiser und dem Schlossermeister Städt findet am Freitag, den 27. März, von vormittags 9½—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr, im Pfulschen Lokale statt. Da der Hausbesitzerverein bestrebt ist, alle Stimmen, welche bei der Hauptwahl auf die Gegenkandidaten entfielen, auf sich zu vereinigen, ist es Pflicht der Partei- und Gewerkschaftsgenossen, für zahlreiche Wahlbeteiligung Sorge zu tragen. Wer nicht will, daß die Agitationsarbeit umsonst gewesen ist, der trete mit ganzer Kraft in der Werkstatt sowie überall, wo sich die Gelegenheit zur Agitation bietet, für unseren Genossen Kaiser ein. Die Genossen Berlins werden besonders ersucht, soweit sie mit Arbeitern aus Königs-Wusterhausen zusammenkommen, dieselben auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen.

Wahlergebnisse.

Reinickendorf. Bei der gestrigen Gemeindevertreterwahl wurde Genosse Ohl mit großer Majorität — 356 gegen 99 gegnerische Stimmen — gewählt.

Niederlehme. Bei der am Dienstag stattgefundenen Gemeindevertreterwahl wurde unser Genosse Mörschel mit 52 gegen 44 Stimmen, die auf den bürgerlichen Kandidaten Ketlitz fielen, gewählt.

Drewitz. Bei der Stichwahl in der dritten Klasse wurde Genosse Sieke mit 43 Stimmen gegen 38, die auf seinen Gegner, den Maurerpolier Hersprung entfielen, gewählt. Damit zieht der erste Sozialdemokrat in das hiesige Ortsparlament.

Löwendorf bei Trebbin. Bei der Gemeindewahl am 21. März wurde in der dritten Klasse, trotzdem die Gegner sogar stimmberechtigte Bürger aus Trebbin geschleppt hatten, unser Genosse Milius mit 27 gegen 22 Stimmen gewählt. In der zweiten Wählerklasse übten von 20 eingetragenen Wählern 18 ihr Wahlrecht aus. Davon erhielten Genosse Bergemann sowie sein Gegner je neun Stimmen. Es findet daher am 31. März, abends 7½ Uhr, Stichwahl statt. Pflicht der Genossen ist es, nun alles aufzubieten, damit auch in die zweite Klasse ein Arbeitervertreter einziehen kann.

Vorsigwalde-Wittenau. Bei der gestern stattgefundenen Gemeindewahl erhielten Stimmen: Genosse Adam 307, Genosse Schulze 305, während die Gegner 85 bezw. 88 Stimmen aufbrachten. Die dritte Klasse bleibt uns also erhalten.

Wannsee. Bei der Gemeindewahl in der dritten Klasse siegten die bürgerlichen Kandidaten mit 160 Stimmen über unsere Genossen, auf die nur 52 Stimmen entfielen. Der Ausgang der Wahl überrascht keineswegs. Abgesehen davon, daß auf die Beamten und abhängigen Wähler ein gewisser Druck ausgeübt wurde, sind die Aussichten für uns schon insofern ungünstig, als Leute mit 27 000 M. Einkommen noch Wähler der dritten Klasse sind.

Die Wahlbeteiligung war aber dennoch eine sehr geringe. Von 623 eingeschriebenen Wählern übten nur 236 ihr Wahlrecht aus.

Henningsdorf. Bei den Gemeindewahlen wurde der Arbeiterkandidat, Töpfer Karl Wiese, mit 132 Stimmen in die dritte Abteilung gewählt. Auf den Gegner entfiel 1 Stimme. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter beträgt jetzt drei.

Lichtenrade. Bei der gestrigen Stichwahl zur Gemeindevertretung erhielt unser Kandidat 86, der bürgerliche Gegner 101 Stimmen; wir sind also diesmal noch unterlegen.

Schöneberg.

Stadtverordneten-Versammlung.

Zu Beginn der Sitzung richtete der Kämmerer ernste Ermahnungen an die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung, dafür zu sorgen, daß der Etat rechtzeitig verabschiedet wird; es könnte sonst der Fall eintreten, daß die städtischen Beamten auf ihre Gehaltszahlungen für den nächsten Monat zu warten hätten.

Die Sitzung wurde dann ganz mit den Beratungen des Etats ausgefüllt.

Ohne wesentliche Aenderungen wurde dem Tiefbauetat und dem Kapital- und Schuldenetat zugestimmt.

Beim Etat der allgemeinen Verwaltung kam es zu längeren Auseinandersetzungen, die wieder in der gewohnten, heftigen Weise ausarteten. Ein im Etatsausschuß gestellter Antrag, neben dem „Schöneberger Tageblatt" auch noch dem „General-Anzeiger" eine Subvention für Aufnahme der amtlichen Bekanntmachungen zukommen zu lassen, ist von demselben abgelehnt worden. Stadtv. v. Glasenapp (unabh. Vereinig.) nimmt den Antrag wieder auf. Von der liberalen und sozialdemokratischen Fraktion wird die Gewährung einer Subvention an den „General-Anzeiger" bekämpft. Stadtv. Küter (Soz.) weist darauf hin, daß man es in dem „General-Anzeiger" mit einem Kostgänger des Reichslügenverbandes zu tun habe. Das Blatt sei stets in der schmutzigsten Weise gegen eine Anzahl von Stadtverordneten vorgegangen und hat sich niemals bequemt, seine Schwindelnotizen richtigzustellen. In ganz besonders schmutziger Weise sei das Blatt aber anläßlich des angeblichen Waffenfundes in der Pankstraße gegen unsere Genossen Bäumler und Obst vorgegangen. Die sozialdemokratische Fraktion werde deshalb gegen die Subventionierung des Blattes stimmen. Stadtv. Molkenbuhr (Soz.) betont, daß die Sozialdemokratie überhaupt dagegen ist, Lokalblättern, die nicht existieren können, Unterstützungen von seiten der Gemeinde zu gewähren. Das Geld der Steuerzahler ist zu diesem Zweck nicht da. Sozialdemokratische Blätter werden von den Behörden niemals Subventionen verlangen. Für die Publizierung der amtlichen Bekanntmachungen genüge das eine Blatt. Ein Blatt, das mit der Ehre der Stadtverordneten in so schmutziger Weise umgeht wie der „General-Anzeiger", sollte aus Mitteln der Stadt niemals unterstützt werden.

Die weitere Debatte geht dann auf das persönliche Gebiet über. Die Redner der bürgerlichen Parteien schienen einen Wettkampf in der gegenseitigen persönlichen Verunglimpfung und Denunziation zu führen. In namentlicher Abstimmung wird dann mit einer sehr knappen Majorität die Subventionierung des „General-Anzeigers" neben dem „Tageblatt" beschlossen.

Die Unterhaltungskosten des städtischen Unterkunftsraumes für Arbeitslose werden auf 3250 M. festgesetzt. Weiter wird an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, in eine Revision der Besoldung und Löhne der städtischen Beamten und Arbeiter einzutreten, wenn seitens des Staates eine Abänderung der Besoldungen der Beamten vorgenommen wird.

Beim Steueretat wird die vom Magistrat beantragte Erhöhung des Steuersatzes für die Gewerbesteuerklasse III abgelehnt. Der Magistratsvertreter erklärt, daß er sich in diesem Jahre mit der Ablehnung einverstanden erkläre, da der Zeitpunkt der Erhöhung wegen der jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse ungeeignet sei. Im kommenden Jahre werde die Erhöhung des Satzes jedoch erneut gefordert werden.

Der Ausschuß empfiehlt sodann der Versammlung, den Magistrat um eine schleunige Vorlage zu ersuchen zwecks Einführung einer Wertzuwachssteuer, die hauptsächlich die unverdiente Wertsteigerung am unbebauten Grund und Boden erfaßt und beim Besitzwechsel eines bebauten Grundstücks erst dann einsetzt, wenn der unverdiente Wertzuwachs 10 Proz. übersteigt. Seitens der Unabhängigen Vereinigung und der Liberalen Vereinigung wird der Antrag bekämpft, während die Liberale Fraktion und die Sozialdemokraten für den Antrag eintreten. Der Antrag wird schließlich dahin geändert, daß die Einführung der Wertzuwachssteuer nur bei unbebauten Grundstücken verlangt wird. Trotz dieser Aenderung wird der Antrag in namentlicher Abstimmung mit 31 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Die Steuern für das Jahr 1908 werden wie folgt festgesetzt: 100 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer, Gemeindegrundsteuer 2,25 pro Mille vom gemeinen Werte für bebaute und 4,50 pro Mille für unbebaute Grundstücke, Gewerbesteuer für die Klassen I und II 150 Proz. und für die Klassen III und IV 100 Proz. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer. Die Umsatzsteuer wird festgesetzt auf 1 Proz. des Wertes bei bebauten und 2 Proz. bei unbebauten Grundstücken.

Hierauf wird in die Beratung des Personaletats in nichtöffentlicher Sitzung eingetreten.

Rixdorf.

Von Einbrechern heimgesucht wird seit längerer Zeit das Haus Berliner Straße 87. Auch vor einigen Tagen versuchten dreiste Burschen in die Wohnung des Arbeiters Baudisch durch Ausschneiden der Türfüllung zu gelangen. Da die Diebe sich die Abendstunden zwischen 6 und 7 Uhr aussuchen, ist es angebracht, die Hausbewohner darauf aufmerksam zu machen.

Rummelsburg.

Vor Schreck wahnsinnig geworden ist die Frau eines hiesigen Töpfers Opitz. Die vierjährige Tochter der O. spielte vorgestern nachmittag an der Ecke der Pfarr- und Schillerstraße auf dem Fahrdamm. Frau Opitz wollte die Kleine holen und betrat zu diesem Zweck die Straße, als in demselben Augenblick ein Fleischerwagen in schneller Fahrt um die Ecke bog. Das Kind geriet unter die Räder des Fuhrwerks und wurde überfahren. Bei dem Anblick brach die Mutter ohnmächtig zusammen und als es Nachbarn gelungen war, die Frau wieder in das Leben zurückzurufen, stellte sich heraus, daß die Aermste plötzlich irrsinnig geworden war. Das Kind hatte glücklicherweise nur ungefährliche Quetschungen davongetragen. Es konnte, nachdem es einen Verband erhalten hatte, in der elterlichen Wohnung verbleiben.

Ketschendorf.

Auf einer Wiese bei Streitberg an der Oberspree wurde vorgestern die Leiche einer 45jährigen Frau aufgefunden. Sie ist zweifellos durch das Hochwasser der Spree, welches an jener Stelle die Ufer um etwa 50 Zentimeter überflutet, auf das Wiesengelände geschwemmt worden. Allem Anscheine nach ist die Tote identisch mit einer Arbeiterin aus Ketschendorf, die sich im Januar in einem Anfalle von Geistesstörung aus ihrer Wohnung entfernt hatte und seitdem vergeblich gesucht wurde. Ob die Frau das Opfer eines Verbrechens geworden ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Friedrichsberg.

Todesstatistik. Nach der Todesstatistik für das Jahr 1907 starben im Gemeindebezirk Friedrichshagen einschließlich der Kolonie Hirschgarten 188 Personen und zwar im 1. Lebensjahr 22 männliche und 16 weibliche, im 2. bis 16. Lebensjahr 10 männliche und 10 weibliche, über 16 bis 81 Jahr 81 männliche und 49 weibliche Personen.

Weißensee.

Mit einer Hauskollekte werden die Einwohner in der Zeit vom 3.—30. April bedacht werden. Dem Komitee für die Errichtung von Ferienkolonien hat der Oberpräsident durch Erlaß gestattet, in der Gemeinde eine Hauskollekte mittels Sammellisten zu veranstalten. Die „Weißenseer Zeitung" veröffentlicht einen Organisationsplan der Sammlungen, so daß sich jeder Bewohner ausrechnen kann, wann der Klingelbeutel ihn erreicht. Wenn auch der edle Zweck nicht verkannt wird, so können wir es doch nicht gutheißen, daß man auf dem Wege der Bettelei, anstatt durch Gemeindemittel die erforderliche Summe aufzubringen sucht. Mit Not und Mühe ist die Errichtung einer Ferienkolonie in Birkholz aus Gemeindemitteln zustande gekommen, wo allerdings nur je 30 Knaben und 30 Mädchen in diesem Jahre Erholung finden werden. Zu verwundern ist eigentlich, daß unter dem erlassenen Aufruf sich Namen befinden, die in der Gemeindevertretung strikte Gegner der Errichtung von Ferienkolonien waren. Aber öffentlich als Mildtäter sich zeigen, bringt vielleicht später mal ein Bändchen ein.

Pankow.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde der Gemeinde-Etat für das Rechnungsjahr 1908 mit wenigen Aenderungen angenommen. Der Voranschlag balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 7 240 300 M. Das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 1 258 900 M. Auf die einzelnen Verwaltungszweige entfallen folgende Ausgaben: Für das höhere Schulwesen 300 200 Mark, für die Gemeindeschulen 380 600 M., Krankenhausverwaltung 174 600 M., Armenverwaltung 104 600 M., der neu angelegte Bürgerpark figuriert mit 1 868 000 M., Tiefbauverwaltung 396 100 Mark, Kanalisationsverwaltung und Ordinarium 433 400 M., das Extraordinarium 548 200 M., Rieselgut Mühlenbeck 168 800 M., Wasserwerk 256 100 M. Die Steuerverwaltung hat als voraussichtliche Mehreinnahme an direkten und indirekten Steuern 305 350 M. veranschlagt. Im ganzen sollen an Steuern aufgebracht werden 1 148 250 M. An Kreissteuern hat die Gemeinde 133 500 M. und für Verzinsung der Schulden 576 377 M. aufzubringen. Die Besoldung der 92 Beamten und Angestellten der Gemeinde erfordert die Summe von 243 324,66 M. Die Besoldung der Lehrkräfte und Angestellten für die drei höheren Lehranstalten betragen bei 61 Personen 247 998 M., während bei den Gemeindeschulen bei 104 Lehrern nur 266 255 M. für die Besoldung ausgegeben werden. Bei den Beratungen über den Etat wurde durch die Genossen Röber und Kubig wiederholt eingegriffen und Mißstände in den Gemeindeschulen zur Sprache gebracht. Auch die durch unsere Genossen beantragte und bereits angenommene Summe von 600 M. für Zahnpflege in den Schulen, welche in den Etat einzustellen vergessen war, wurde durch den Einspruch Kubigs in den Etat aufgenommen.

Nowawes.

Das Gewerkschaftskartell hat beschlossen, Auskünfte in Rechts- und Arbeiterversicherungssachen vom 1. April ab jeden ersten und dritten Dienstagabend im Lokal des Genossen Gruhl zu erteilen. Die Zahl der Auskunftsuchenden ist bedeutend gestiegen, was auch aus dem Bericht zu ersehen ist. Danach betrug die Zahl der Auskünfte im letzten Berichtsjahre 148 gegen 81 im Vorjahre. Hiervon entfallen auf Arbeiterversicherung 101 gegen 58 im Vorjahre, Arbeits- und Dienstvertrag 18 (7), Bürgerliches Recht 16 (11), Privatversicherung 13.

Der Vorsitzende teilte in seinem Bericht mit, daß die Lokalorganisation der Zimmerer geschlossen zum Zentralverband übergetreten ist. Das Bestreben des Kartells, die Barbiergehülfen zu organisieren, hat bisher noch keinen Erfolg gehabt. Redner betonte deshalb, daß es Pflicht der Arbeiterschaft sei, diese Berufsgruppe der Organisation zuzuführen.

Wahlrechtsversammlungen

fanden am Sonntag in einer Anzahl Orte Teltow-Beeskows wie auch der Provinz statt. Nach den einzelnen Mitteilungen hatten fast alle Versammlungen einen stattlichen Besuch aufzuweisen, ein Zeichen, daß der Wahlrechtsgedanke auch in den kleineren Orten der Provinz marschiert.

In Steglitz im Restaurant Birkenwäldchen referierte Genosse Berten-Düsseldorf vor einer begeisterten Zuhörerschaft. Vor Beginn und am Schluß der Versammlung trug der Gesangverein „Zukunft" einige stimmungsvolle Lieder vor.

Schenkendorf. Eine zahlreich versammelte Zuhörerschaft folgte mit großem Interesse dem Vortrage des Genossen Meyer über „Der 18. März 1848 und der Wahlrechtskampf in Preußen“.

Britz-Buckow. Hier referierte Genosse Rehbein im Landhaus unter stürmischem Beifall vor gut besuchter Versammlung.

Mittenwalde. Vor gut besuchter Versammlung sprach Genosse Julius Cohn. Seine treffliche Behandlung des Themas fand eine aufmerksame Zuhörerschaft.

In **Alt-Glienicke** wurde die von 300 Personen besuchte Versammlung polizeilich aufgelöst. Als der Referent Genosse Heinig einiges aus dem Reckeschen Schießerlaß zitierte und die Anwesenden ihr Mißfallen ausdrückten, löste der Beamte die Versammlung auf. Ob dem Beamten der Reckesche Schießerlaß unbekannt war oder die Versammlung zu lange dauerte, ist infolge der Nichtbegründung der Auflösung nicht ersichtlich. Die Fortsetzung der Versammlung findet am Sonnabend, den 28. März, abends 7½ Uhr, bei Habrecht statt, woselbst Genosse Heinig seinen Vortrag zu beendigen gedenkt.

Staaken. Die Wahlrechtsversammlung hörte einen äußerst fesselnden Vortrag des Genossen Max Schütte an. Redner bewies den Versammelten an trefflichen Beispielen, daß die Rettung der Arbeiterschaft aus geistiger Knechtschaft nur ein Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann.

Güstebiese i. d. Mark. In einer von 150 Personen besuchten Versammlung referierte unter reichem Beifall Gen. Büchner-Berlin. Nach dem Referat wurden die Versammelten aufgefordert, bei der am heutigen Mittwoch stattfindenden Gemeindevertreterwahl ihre Stimme den sozialdemokratischen Kandidaten zu geben.

Schlesang. Hier referierte Gen. Gaida-Rixdorf vor 50 Versammelten.

In **Vieh** folgten 80 Versammelten unter allgemeinem Beifall einem Referat des Gen. Mohs-Schöneberg.

Senzig. Die hiesige Wahlrechtsversammlung war von 90 Personen besucht, die unter Beifallskundgebungen den Ausführungen des Gen. Fromke-Berlin folgten.

In **Zossen** sprach Genosse Kubig-Pankow vor 150 Versammelten. Der Gesangverein „Freie Sänger“ trug vor wie nach der Versammlung einige stimmungsvolle Lieder vor. Die Polizei war stark vertreten, auch hatte man die Gendarmerie aus der Umgegend herangezogen; sogar der hiesige Bahnhof war von Gendarmen besetzt. Wahrscheinlich glaubte man, daß sich eine Anzahl Berliner am Demonstrationszuge beteiligen würden. Es verlief jedoch alles ruhig.

Henningsdorf. Hier referierte Gewerkschaftssekretär Genosse Otto Handke vor gutbesuchter Versammlung.

Die bereits am 18. März in den Berliner Versammlungen zur Annahme gelangte Resolution fand auch in allen angeführten Versammlungen begeisterte Zustimmung.

Vermischtes.

Ein Grubenunfall, dem mehrere Bergleute zum Opfer gefallen sind, hat sich in einem Werk der sächsischen Braunkohlenwerke ereignet. Ein Telegramm aus Helmstädt meldet hierüber: Auf Schacht „Glückauf“ der Norddeutschen Braunkohlen-Bergwerke in Völpke ereignete sich vorgestern nachmittag ein Schwemmsanddurchbruch. Sechs Bergleute und ein Eleve wurden verschüttet. Das Wasser steigt. Wie eine spätere Meldung besagt, sind die Verschütteten tot. Die Leichen sind noch nicht geborgen, da die Bergungsarbeiten durch die weiter hereinstürzenden Sand- und Wassermassen ungemein erschwert werden.

Mord und Selbstmord. Nach einer Meldung aus Hannover schoß gestern der Buchdruckergehülfe Meyer auf dem Nikolai-Friedhofe auf seine Braut, die er schwer verletzte und tötete darauf durch zwei Schüsse sich selbst.

Die verschimpfierten Gebeine.

Der Herzog von Montebello, einer jener adligen Großmäuler und überflüssiger Richtstuer, die in der sogenannten Pariser Gesellschaft wegen ihrer Talente für Skandale und amerikanische Erbinnen eine Rolle spielen, hat Protest dagegen eingelegt, daß Zolas Gebeine neben denen seines Ahnen im Pantheon beigesetzt werden. Der groteske Frechling droht, seines Vorfahren Gebeine aus dem Pantheon herauszuholen. Die Regierung spricht ihm indes das Recht dazu ab. Dieser Vorfahr, den die nunmehr auf den 4. Juni verschobene Ueberführung von Zolas Gebeinen „entehren“ soll, ist der ehemalige Färberlehrling Jean Lannes, den der erste Bonaparte wegen seiner Hülfe beim Staatsstreich zum Marschall und Herzog machte. Und wenn die Republik die Gebeine des Staatsstreichlers nun wirklich herausgäbe?

Aus Unvorsichtigkeit erschossen hat der bei seinem Vater in Ceradz, Kreis Posen, auf Besuch weilende Sohn Kawir den Fleischermeister Schwedek. Als Sch. Kawir mit seinem Gefährt zur Abreise nach der Bahn bringen wollte, entlud sich plötzlich der Revolver des K. und tötete Sch. auf der Stelle. Sch. hinterläßt Frau und Kinder.

Drahtlose Telephonie. Wie aus Kristiania berichtet wird, veranstaltete Professor Birkeland seit einiger Zeit Versuche mit drahtloser Telephonie. Es soll gelungen sein, Verbindung zwischen Stationen bei der Universität in Kristiania und bei Trognerkilen herzustellen. Das System wird vorläufig geheim gehalten.

Explosion einer Pulverfabrik. Hierüber wird aus Santiago de Chile vom gestrigen Tage berichtet: In Batuco ist gestern abend eine Pulverfabrik in die Luft geflogen. Es heißt, daß mehrere Dörfer zerstört worden seien, auch sollen eine Anzahl Menschen das Leben verloren haben. Der Verlust wird auf drei Millionen Piaster geschätzt.

Koreanische Rache. San Francisco, 23. März. Auf den amerikanischen Berater des koreanischen Staatsrates Stevens wurden heute von zwei Koreanern mehrere Schüsse abgegeben aus Rache dafür, daß Stevens dem Vorgehen Japans in Korea Vorschub leistete. Stevens, der verwundet wurde, erschoß einen der Angreifer.

Lese- und Diskutierklub „Eintracht“. Heute abend 8½ Uhr bei Beetz, Gotzlerstr. 10/11: Generalversammlung. Vortrag. — **Lese- und Diskutierklub „Südost“.** Heute abend 8½ Uhr bei Tolksdorf, Görlitzer Straße 58: Vortrag: „Die kommenden Landtagswahlen“. Gäste willkommen.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 23. 3. cm	seit 22. 3. cm¹)	Wasserstand	am 23. 3. cm	seit 22. 3. cm¹)
Memel, Tilsit	494⁴)	—7	Saale, Grochlitz	198	+8
Pregel, Insterburg	199⁴)	—34	Havel, Spandau⁷)	158	+3
Weichsel, Thorn	390⁵)	—18	„ Rathenow⁷)	184	+2
Oder, Ratibor	223	+27	Spree, Sprembergᵃ)	110	—2
„ Krossen	223	—12	„ Beeskow	200	—3
„ Frankfurt	229	—10	Weser, Münden	37	—2
Warthe, Schrimm	214	—4	„ Minden	128	—8
„ Landsberg	239	—6	Rhein, Maximiliansau	350	—3
Netze, Bordamm	98	—16	„ Kaub	196	—8
Elbe, Leitmeritz	68	+16	„ Köln	250	—13
„ Dresden	—48	+6	Neckar, Heilbronn	112	+7
„ Barby	247	—6	Main, Wertheim	194	—4
„ Magdeburg	207	—5	Mosel, Trier	125	0

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall, — ⁴) Unterpegel, — ⁵) Eisstand, — ⁶) Grundeis, — ⁷) Heute vormittag 370 cm.

Schutz gegen Influenza!

Die Influenza ergreift nur diejenigen, deren Blut resp. Blutkörperchen nicht stark genug sind, um siegreich den Kampf gegen die eindringenden Influenza-Bazillen aufzunehmen. Die Wallung des Blutes muss stärker sein, die Herztätigkeit erhöht werden; deshalb trinke man ½ Stunde vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2ten Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je ½ Glas

Santa Lucia Kraft-Rotwein.

Derselbe wirkt heilsam auf den ganzen menschlichen Organismus.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 25. März.

Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Tannhäuser.
Königl. Schauspielhaus. Minna von Barnhelm.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Lysistrata. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Neues Schauspielhaus. Der Dummkopf.
Lessing. Der Teufel.
Neues. Meißner Porzellan.
Lortzing. Figaros Hochzeit.
Berliner. Förster-Christl.
Lustspielhaus. Panne.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Hexenkessel. Immergrün.
Schiller Charlottenburg. Kaiser und Galiläer.
Theater an der Spree. Ein Verbrecher.
Komische Oper. Tiefland.
Kleines. 2 × 2 = 5.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Hasemanns Töchter.
Hebbel. Maria Magdalene.
Westen. Ein Walzertraum.
Residenz. Der Floh im Ohr.
Zentral. Ein seltsamer Fall.
Luisen. Des Mädchens Lebenswege.
Thalia. Zimmer oben auf.
Trianon. Baron Toto.
Bernhard Rose. Der Veilchenfresser.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Mitislaw der Moderne. Spezialitäten.
Folies Caprice. Mal was andres.
Gebr. Herrnfeld. Papa und Genossen. Salomonisches Urteil.
Bürgerl. Schauspielhaus. Hofgunst.
Kasino. Ein Dorfroman.
Parodie. Die Rabensteinerin oder: Ein Walzertraum. Nachtasyl. Rosenmontag.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Madame Hanako. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Bergère. Spezialitäten. Guerrero u. a.
Palast. Ringkampf-Konkurrenz. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Nachmittags 4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Abends 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62. Zu beobachten: Am Tage: Sonnenflecke, Venus. — Abends: Venus, Jupiter, Doppelsterne, Sternhaufen.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Meißner Porzellan.
Donnerstag: Simson.
Freitag: Meißner Porzellan.

Berliner Theater.
Tägl. 8 Uhr: Gastspiel Hansi Niese:
Die Förster-Christl.

Kleines Theater.
Mittwoch, den 25. März:
2 mal 2 = 5.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag, Freitag, Sonnabend:
2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Hasemanns Töchter.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Die Rantzau und die Pogwisch.
Freitag: Die Rantzau und die Pogwisch.

Lortzing-Oper.
Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Figaros Hochzeit.

Neues Operetten-Theater
Schützenstraße 25.
Abends 8 Uhr zum 6. Male:
Der Mann mit den drei Frauen.

Hebbel-Theater, Königgrätzer Str. 57/58.
Abends 8 Uhr: **Vorm Tode.**
Die Stärkere.
Mit dem Feuer spielen.
Drei Einakter von August Strindberg.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Anfang 8 Uhr.
Der Floh im Ohr.
Schwank in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolff-Jacoby.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

Zentral-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Zum 121. Male:
Ein seltsamer Fall
mit **Alwin Neuß.**
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr
Morgen 8½ Uhr: **Freiheitsdrang.**

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Benefiz-Vorstellung f. Hrn. Henry Waldheim:
Der Veilchenfresser.
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
Donnerstag:
Romeo und Julia.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Hexenkessel.
Schauspiel in 3 Akten v. Georg Engel.
Hierauf: **Jungfer Immergrün**
Volksstück, 1 Akt v. Ernst v. Wildenbruch.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Maria Stuart.
Freitag, abends 8 Uhr:
College Crampton.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Kaiser und Galiläer.
Weltbistorisches Schauspiel von Henrik Ibsen. Deutsch von E. Brausewetter.
Erster Teil: **Cäsars Abfall.**
Schauspiel in 5 Akten.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Stein unter Steinen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)
Mittwoch abend 8 Uhr: Vortrag von Dr. Hans Mackowsky: Rafael-Madonnen.

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch ½8 Uhr abends:
Große Vorstellung.
Glänzend beurteilt von Presse und Publikum.
Der menschl. Chimpanse.
Konsul Peter,
das große Naturwunder der Gegenwart.
Nur noch kurze Zeit:
Resisto, das elektrische Rätsel
und weitere zehn erstklassige Nummern.
Die große Ausstattungspantomime
Amerika
mit eigens dazu engagierten **120** schwarzen Leuten.

WINTER GARTEN
Genaro u. Theol, Equilibrist. **Der Biograph.** — **Die vier Bracks,** Akrobaten. — **Hania de Vert,** Sängerin. — **De Dio,** Phantasietänzerin. — **Truly Shattuck,** Sängerin. — **Marquis Dassie,** dressierte Ponys. **Die Tiller Girls,** Tanztruppe. **Paul Jülich,** Humorist.
Gr. Ringkampf-Konkurrenz
Endkämpfe:
Um den großen Preis
ringen:
Jakob Koch, Weltmeister, Deutschland
gegen
Max Schneider, Berlin,
Albert Sturm, Berlin,
gegen
Gambier II, Belgien,
bis zur Entscheidung.
Um den Trostpreis ringen:
Hans Schwarz, Bayern, gegen **Noël le Bordelais,** Frankr.
Schiblisky, Berlin, gegen **Albano,** Frankreich.

Schluß der Saison am 2. April.
Zirkus Busch
Mittwoch, abends präzise 7½ Uhr:
Gala-Abend.
!!Mons. Gadbin!!
der tollkühne Springer.
Die austral. Holzfäller. Szenen a. dem austral. Busch. Herr Kommissionsrat Gustav Stenzbeck, Direktor des Berl. Tattersall, a. Gast.
Jokoda-Truppe!
Original-Japaner, 12 Personen.
Um zirka 10 Uhr: **Auf der Kallig!**
Große Ausst.-Pant. in 4 Bildern.
Vorher: **Gala-Programm.**

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Des Mädchens Lebenswege.
Donnerstag: Unsere Don Juans.
Freitag: Gastspiel M. Stift: Robinsons Eiland.
Sonnabend nachm. 4 Uhr zum letzten Male: Klein Däumling. Abends: Unser Doktor.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld. Abends: Unsere Don Juans.
Montag: Unsere Don Juans.

Theater an der Spree
Köpenicker Straße 68.
Gastspiel Magnus Stift.
Abends 8 Uhr:
Ein Verbrecher.
Morgen: Ein Verbrechen.

Trianon-Theater.
8 Uhr. **Baron Toto.** 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Fräulein Josette — meine Frau.

Passage-Panoptikum.
Nur noch kurze Zeit!
Deutschlands
größter Soldat
Josef Schippers
der lange Kerl.
Kunsttaucher
Kapt. Gröbl m. s. Riesenbass.
Sicilian. Brigantan-Kapelle.
Ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
Abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.

Rixdorfer Theater
Bürgersäle, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 25. März 1908:
Rosmersholm
Schauspiel in 4 Akten von Ibsen.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 29. März, nachm. 3 Uhr:
Neuestes! Allerneuestes!

Gebr. Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr.
Nur noch bis Freitag!
Papa und Genossen
und
Salomonisches Urteil.
Sonnabend, den 28. März:
Herrnfeld-Zyklus I. Serie.
8 Uhr: **Hausierer Jockele.**
9 Uhr: **Endlich allein.**
10 Uhr: **Klabrias-Partie.**
Billetts hierfür schon heute.
Sonntag 3 Uhr:
Es lebe das Nachtleben.
Sonntag 8 Uhr:
Herrnfeld-Zyklus I. Serie.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Husaren-Streiche.
Anf. wochent. Sonnt. 7 U.
Reichshallen-Restaurant:
Militär-Konzert.

Passage-Theater.
Abends 8—11 Uhr.
Letzte Woche!
Hanako
Japans größte Tragödin mit ihrem Ensemble
und das glänzende März-Programm.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Treue Liebe.
Schauspiel in 5 Akten v. C. Devrient
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend große Extravorstellung
Der Flüchtling. Schauspiel.

8 Uhr **Theater Folies Caprice** 8 Uhr
Menschen.
Pantomime in drei Bildern.
Paragraph 343.
Mal was Anderes.

Kasino-Theater.
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Ein Dorf-Roman.
Schausp. i. 4 Akt. v. Erckmann-Chatrian.
Vorher der durchweg erstklassige bunte Teil.
Sonntag 4 Uhr:
Die Freuden der Häuslichkeit.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion: Wilhelm Kolmar.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Sonnabend, 28. März:
Theaterabend:
Othello. — Tanzkränzchen.

Stuhlflechtrohr
empfiehlt in bester Qualität
Stuhlrohrlager Kramer
118/14* Wallstr. 16.

Steppdecken
größte Auswahl, sehr preiswert, direkt in d. Fabrik Bernhard Strohmandel, nur allein **72 Wallstr. 72,** Berlin S. 14. (zwischen Rath- u. Inselstr.). Alte auch alte Steppdecken aufgearb. werd.

Apollo Theater

Abends 8 Uhr:
Die unerreichten Attraktionen.
Paul Spadoni, in sein. Neuheiten.
Josef Modl, Wiens popul. Humor.
The black Diamonds.
Die vier Athletas
(Olympische Spiele).
Dazu: **Mitislaw der Moderne**
mit Mia Werber a. G.
Letzte Woche! Letzte Woche!

Palast-Theater
Burgstr. 24. Bhf. Börse.

Ringkampf!!!
Preis: **10000 M.**
Entscheidungskampf:
Kitzler, Württemberg, geg. Kornatzki, Polen.
Ferner:
Strongo, Berlin, gegen Daumas, Frankreich.
Pohl-Abs II, Deutschland, gegen Fößleitner, Wien.
Illa, Insel Kuba, geg. Bau, Elberfeld.
Beginn der Kämpfe 8/4 9 Uhr.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Abends 8 Uhr:
Das große März-Programm.
Die heiligen Chinesen
in ihren Gaukler- und Zauberspielen.
Kosta — der Mann mit dem drehbaren Kopf — und die übrigen internationalen Künstler.
Tunnel: Bockbierfest, Reg.-Kapelle, Sänger, italienisches Orchester.
Theaterbesucher freier Eintritt.

Buggenhagen
Montzplatz
im Theatersaal täglich

Albert Böhme
und das
großartige März-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die **allerersten Militär-Kapellen:** Becker, Przywarski, Görisch, Neumann, Offeney, Lüttich.

F. Happoldt's
Neuer Konzertsaal.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Großes Militär-Konzert.

Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes zu Berlin.
Sonntag, den 5. April, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15. Saal 5:
Ordentliche General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Rechnungslegung pro 1907.
2. Bericht des Prüfungsausschusses.
3. Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung und Dechargeerteilung.
4. Verschiedenes. 924b

Die in der Wahlversammlung am 20. November 1907 gewählten Vertreter werden hierzu eingeladen.
Einladungskarte legitimiert.
Der Vorstand.
A. Brunzel, Vorsitzender.
E. Petermann, Schriftführer.

Möbel
und Polsterwaren.
Solide Preise. Teilzahlung gestattet.
Fr. F. Burgemeister,
Berlin O., Fruchtstr. 28.

Wir verkaufen
jetzt noch billigst
R **4** Mark an
in Petershagen, Ostbahn,
R **8** Mark an
Seegefeld, am Bahnhof,
R **10** Mark an
Hohen-Neuendorf, Nordbahn,
R **10** Mark an
Kaulsdorf, am Bahnhof,
R **10** Mark
Bahnhof Sadowa, Biesdorf-Kaulsdorf-Süd,
R **30** Mark an
Biesdorf, Stadtbahn, a. Bahnhof.
Verkaufsstell. a. d. Bahnhöfen.
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie Herrn Hoop, den Kollegen und dem Sparverein „Gute Einlage" unseren innigsten Dank.
August Stiele
nebst Kindern.

Zahn-Klinik. Preise beliebige Teilzahlung. * Invalidenstraße 145.
Olga Jacobson,

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres herzensguten Vaters sagen wir allen lieben Verwandten, Freunden, Kollegen und Bekannten unseren herzlichsten Dank. Wer den Verstorbenen gekannt hat, wird unseren Verlust zu würdigen wissen.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Witwe **Berta Teicher**
und Kinder.
9435

Danksagung.
Sagen hiermit allen Kollegen, Genossen, Freunden und Bekannten für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die reichen Kranzspenden, insbesondere dem Hutmacher-Gesangverein „Einigkeit" für den erhebenden Gesang bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter den herzlichsten Dank.
Max Möckel, Gastwirt.
Hedwig, Marie, Ernst Möckel.
Fritz Böttcher. 9525

Von der Reise zurück
Dr. Silberstein,
Rixdorf, Berliner Straße 93.

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter am Sonntag, den 22. März, früh nach kurzen, schweren Leiden im 36. Lebensjahre verstorben ist.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Berthold Lenz
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. März, nachm. 3 Uhr, in Kernein bei Landsberg a. W. statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Landsberger Viertel.)
Nachruf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Friedrich Seppuhner
am 20. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
217/10 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Nachruf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schriftsetzer
Fritz Berner
(1. Bezirk)
am 16. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner
Georg Berndt
am 22. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Virchow-Krankenhauses nach dem neuen Pauls-Kirchhof, Seestraße, statt. 114/4
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Otto Fengler
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 25. März, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen aus statt.
114/5 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Modelltischler
Paul Bergemann
am 20. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 25. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Am 20. März ist der Kollege, Rahmenmacher
Richard Teicher
verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband d. Böttcher u. Hilfsarbeiter Deutschl.
(Filiale Berlin.)
Todes-Anzeige.
Am 23. März verstarb unser Mitglied und Kollege 39/2
Wilhelm Hübenthal
im Alter von 47 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des kath. Sebastian-Kirchhofes, Reinickendorf, Humboldtstraße 71 aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Montag, den 23. März, verschied unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, der Böttcher
Wilhelm Hübenthal
im 48. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bittet
Emma Hübenthal nebst Kindern.
Berlin, Lynarstr. 14.
Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 26. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes, Reinickendorf, Humboldtstr. 71.

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden am Grabe meines lieben Mannes
Ferdinand Fenz
sage allen Verwandten, Kollegen und Arbeitern den besten Dank.
Witw. **Fenz** nebst Kindern.

Peek & Cloppenburg

Gertraudten-Straße 25–26–27 bei der Petri-Kirche

Spezial-Geschäft für moderne Herren- und Knaben-Bekleidung.

Zum Frühjahr:

Sacco-Anzüge

Serie 2 **19** M. Ser. 3 **24** M. Ser. 4 **27** M. Ser. 5 **32** M.

Unsere Anzüge in genannten Serien sind äußerst preiswert mit Bezug auf Qualität und Ausführung.

Jeder Kauf ist eine Empfehlung für uns.

Hohe Leistungsfähigkeit durch eigene Erzeugung unserer Fabrikate.

Straßenbahnlinien: 38, 47, 48, 58, 59, 62, 64 bis 72, 74, 78, 79, 80. (6, 9, 83, 84, 87, 88, 91, 92).

Überraschende Neuheit

garantiert unschädlich — **Persil** — vollständig ungefährlich

kein Chlor — kein Waschbrett

kein reiben — kein bürsten

Modernes Waschmittel
für jede Waschmethode passend
Henkel & Co. Düsseldorf.

Die einzig richtige Adresse

ist und bleibt für Berlin und Umgegend

Konfektionshaus Westmann, Hauptgeschäft: Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115, 2. Haus a. d. Andreasstr. — Berlin W., Mohrenstr. 37a, an den Kolon.

Der **große Ausverkauf** von **Modellen, Reisemustern** und **Kopien,** selbst für **allerstärkste Figuren** vorrätig, **hat soeben begonnen!!!**

Kostüme, Röcke, Blusen, in **hundertfacher Auswahl,** letzte Neuheiten aus **Wien, London, Paris**
50 Proz. unter Wert!!!

Ein Posten **Uebergangsmäntel,** früher bis M. 29.—, jetzt zu **M. 8.—** pro Stück **zum Aussuchen!**

Ca. 1500 Staubmäntel, Tuchpaletots, Taffet-Konfektion,
für **einfachste, gediegene** und **verwöhnte** Geschmacksrichtungen in **5** Abteilungen:

früher	M. 10.—	M. 15.—	M. 25.—	M. 36.— bis M. 175.—
jetzt	M. 4½	M. 6¾	M. 11¾	M. 17½ bis M. 83½

Der Rest der letzten Herbst- und Winterkonfektion:
Plüschmäntel, Astrachanmäntel, Pelzkonfektion usw. usw.
zu **jedem annehmbaren Preise.**

Modernes Trauermagazin.

Man achte im eigenen Interesse genau auf meine Firma und Hausnummer.

Es empfiehlt sich, die Einkäufe in meinen Geschäften möglichst vormittags zu besorgen, da nachmittags ständig der Andrang groß ist.

Auswahl und Preise konkurrenzlos!

Bei Einkauf von mindestens M. 20.— ein elegantes Frühjahrs-Kammgarnjackett gratis!

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Anträge zur Regelung der Arbeitszeit und des Laden- und Kontorschlusses im Handelsgewerbe.

Der Zentralverband der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen Deutschlands hat betreffs der Arbeitszeit sowie des Laden- und Kontorschlusses eine Petition dem Reichstage unterbreitet, deren wesentlichster Inhalt in dem Vorschlag folgender Fassungen für die §§ 139c, 139d, 139e, 139f sowie § 105b und folgende der Gewerbeordnung besteht:

Es sollen die nachfolgenden Paragraphen folgende Fassung erhalten:

§ 139c. „Die tägliche Arbeitszeit der Handlungsgehülfen und Lehrlinge sowie aller sonstigen in Kontoren, offenen Verkaufsstellen sowie in handelsgewerblichen Lagerräumen beschäftigten Personen darf acht Stunden nicht überschreiten.

Für das in offenen Verkaufsstellen beschäftigte Personal ist jedoch übergangsweise im ersten Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes eine tägliche Arbeitszeit von neun Stunden zulässig.

Allen beschäftigten Personen ist bei geteilter Arbeitszeit eine Mittagspause von zwei Stunden, in Großstädten von zweieinhalb Stunden, bei ungeteilter Arbeitszeit eine solche von mindestens einer Stunde zu gewähren."

§ 139d. „Die Bestimmungen des § 139c finden keine Anwendung für unvorhergesehene Notfälle sowie für den Tag der gesetzlich vorgeschriebenen Inventur."

§ 139e. „Von acht Uhr abends bis sieben Uhr morgens müssen offene Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein. Die beim Ladenschluß im Laden schon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden, doch ist sonstige Arbeit nach Ladenschluß verboten.

Die Bestimmungen der §§ 139c und 139d werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Während der Zeit, wo die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, ist das Feilbieten von Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe (§ 42b Abs. 1 Ziffer 1) sowie im Gewerbebetriebe im Umherziehen (§ 55 Abs. 1 Ziffer 1) verboten. Ausnahmen können von der Ortspolizeibehörde zugelassen werden. Die Bestimmung des § 55a Abs. 2 Satz 2 findet Anwendung."

Neu eingeschaltet soll folgender Paragraph zum Schutz der Kontore und der damit verbundenen kaufmännischen Betriebe werden:

„Die Arbeitszeit der nicht in offenen Verkaufsstellen tätigen Handlungsgehülfen und -Lehrlinge sowie aller sonstigen in Kontoren und Lagerräumen beschäftigten Personen darf sich bei geteilter Arbeitszeit nicht über sieben Uhr abends und bei ungeteilter Arbeitszeit nicht über fünf Uhr nachmittags erstrecken.

Diese Bestimmungen finden keine Anwendung für unvorhergesehene Notfälle und für den Tag der gesetzlich vorgesehenen Inventur."

§ 139f soll lauten:

„Auf Antrag von drei Fünfteln der beteiligten Geschäftsinhaber muß für eine Gemeinde oder mehrere örtlich unmittelbar zusammenhängenden Gemeinden durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde für alle oder einzelne Geschäftszweige angeordnet werden, daß die offenen Verkaufsstellen während bestimmter Zeiträume oder während des ganzen Jahres auch in der Zeit zwischen sieben und acht Uhr abends und zwischen sieben und acht Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Die Bestimmungen der §§ 139c und 139d werden hierdurch nicht berührt.

Auf Antrag von einem Fünftel der beteiligten Geschäftsinhaber hat die höhere Verwaltungsbehörde die beteiligten Geschäftsinhaber durch ortsübliche Bekanntmachung oder besondere Mitteilung zu einer Aeußerung für oder gegen die Einführung des Ladenschlusses im Sinne des vorstehenden Absatzes aufzufordern.

Erklären sich drei Fünftel der Abstimmenden für die Einführung, so muß die höhere Verwaltungsbehörde die entsprechende Anordnung treffen.

Der Bundesrat ist befugt, Bestimmungen darüber zu erlassen, in welchem Verfahren die erforderliche Zahl von Geschäftsinhabern festzustellen ist.

Während der Zeit, wo Verkaufsstellen auf Grund des Absatzes 1 geschlossen sein müssen, ist der Verkauf von Waren der in diesen Verkaufsstellen geführten Art sowie das Feilbieten von solchen Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe (§ 42b Abs. 1 Ziffer 1) sowie im Gewerbebetrieb im Umherziehen (§ 55 Abs. 1 Ziffer 1) verboten. Ausnahmen können von der Ortspolizeibehörde zugelassen werden. Die Bestimmung des § 55a Abs. 2 Satz 2 findet Anwendung."

§ 105b. „Jedem Angestellten, Arbeiter und Lehrlinge ist wöchentlich eine zusammenhängende sechsunddreißigstündige Ruhepause zu gewähren.

Diese Ruhepause muß den Sonntag in sich schließen.

Die Ruhezeit der Angestellten, Arbeiter und Lehrlinge muß an jedem Festtage, der auf einen Wochentag fällt, vierundzwanzig Stunden und für zwei aufeinander folgende Feiertage mindestens achtundvierzig Stunden betragen.

Auf Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, Musikaufführungen, Schaustellungen, theatralische Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten sowie auf Verkehrsgewerbe findet Absatz 2 und 3 nur insoweit keine Anwendung, als es sich um Arbeiten handelt, welche nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten."

§ 105c. „Die Bestimmungen des § 105b Absatz 2 und 3 finden keine Anwendung:

1. auf Arbeiten, welche in Notfällen oder im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen;
2. für einen Sonntag auf Arbeiten zur Durchführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Inventur;
3. auf die Bewachung der Betriebsanlagen, auf Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung, durch welche der regelmäßige Fortgang des eigenen, oder eines fremden Betriebes bedingt ist, sowie auf Arbeiten, von welchen die Wiederaufnahme des vollen werktägigen Betriebes abhängig ist, sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können;
4. auf Arbeiten, welche zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen erforderlich sind, sofern nicht diese Arbeiten bis zum nächsten Werktage aufgeschoben werden können;
5. auf die Beaufsichtigung des Betriebes, soweit er nach Ziffer 1 bis 4 an Sonn- und Festtagen stattfindet.

Gewerbetreibende, welche Arbeiter an Sonn- und Festtagen mit Arbeiten der unter Ziffer 1—5 erwähnten Art beschäftigen, sind verpflichtet, ein Verzeichnis anzulegen, in welches für jeden einzelnen Sonn- und Festtag die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Dauer ihrer Beschäftigung sowie die Art der vorgenommenen Arbeiten einzutragen sind. Das Verzeichnis ist im Geschäftslokal aufzuhängen und der Ortspolizeibehörde sowie dem im § 139b bezeichneten Beamten allmonatlich einzureichen.

Bei den unter Ziffer 3 und 4 bezeichneten Arbeiten sind die Gewerbetreibenden verpflichtet, jeden Arbeiter an jedem dritten Sonntag volle 36 Stunden von der Arbeit freizulassen."

§ 105d. „Für bestimmte Gewerbe, insbesondere für Betriebe, in denen Arbeiten vorkommen, welche ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Aufschub nicht gestatten, oder solche, die ausschließlich oder vorwiegend mit durch Wind- oder unregelmäßige Wasserkraft bewegten Triebwerken arbeiten, sowie für Betriebe, welche ihrer Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt sind, oder welche in gewissen Zeiten des Jahres zu einer außergewöhnlich verstärkten Tätigkeit genötigt sind, können auf Antrag der beteiligten Gewerbetreibenden nach Anhörung der zuständigen Kaufmanns- und Gewerbegerichte durch Beschluß des Bundesrats Ausnahmen von den Bestimmungen des § 105b Absatz 2 und 3 zugelassen werden.

Die Regelung der an Sonn- und Festtagen in diesen Betrieben gestatteten Arbeiten und der Bedingungen, unter welchen sie gestattet sind, erfolgt für alle Betriebe derselben Art gleichmäßig unter Berücksichtigung der Bestimmung des § 105c Absatz 3.

Die vom Bundesrate getroffenen Bestimmungen sind durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritte zur Kenntnisnahme vorzulegen."

§ 105e. „Für den Verkauf von Milch, Backwaren, Fleisch und Eis kann auf Antrag von mindestens drei Fünfteln der beteiligten Geschäftsinhaber und nach Anhörung des zuständigen Kaufmannsgerichts durch ortsstatutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes angeordnet werden, daß die Verkaufsstellen an Sonn- und Festtagen in der Zeit von sieben bis neun Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geöffnet werden dürfen."

§ 105i soll gestrichen werden.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 66—68 pr. 100 Pfd., IIa 60—65, IIIa 52—55, Bullenfleisch Ia 63—68, IIa 52—62, Kühe, fett 46—56, do. mager 34—42, Fresser 48—56, Bullen, dänische 40—61. Kalbfleisch, Doppellender 105—125, Mastkälber Ia 83—90, IIa 72—79, Kälber ger. gen. 50—65, do. holl. 50—55. Hammelfleisch Mastlämmer 70—73, Hammel Ia 64—66, IIa 56—61, ungar. 0,00, Schafe 42—55. Schweinefleisch 49—56. Rehwild, plomb. per Pfund 0,00, Rotwild mit Abschuß 0,55—0,60. Damwild, plomb. 0,00. Renntiere 0,30—0,45. Wildschweine 0,00. Frischlinge 0,00. Kaninchen, Stück 0,60—0,90. Hasen, plomb. 0,00. Schneehühner, Stück 0,75—0,90. Birkhähne, Stück 0,00. Birkhennen, Stck. 0,00. Schnepfen, IIa 2,50—3. Hühner, Ia per Stück 1,70 bis 2,95, dito IIa 0,50—1,50, dito Wolga-, Stück 0,70—1,80. Hamburger Küken, Stück 1—1,20, Poulets 0,00. Kapaunen, deutsche, per Stück 0,00. Tauben, Stück 0,30—0,50, dito alte 0,40, do. italienische 0,00. Enten, per Pfund 0,00, dito per Stück 2,50—3,00, dito Hamburger, per Stück 3,80—4,50 Gänse, gefroren per Pfd. 0,00, do. russische 0,30—0,50, do. junge Hamburger 0,90—1,08. Puten Ia p. Pfd. 0,85—0,95, do. IIa. u. alte 0,60. Hechte per 100 Pfund 65—77, do. mittel 85, do. groß 53, do. groß-mittel 0,00, do. matt 0,00. Zander, mittel 0,00, do. groß-mittel 0,00, do. unsort. 0,00. Schleie, groß-mittel 0,00, dito klein-mittel IIa 0,00, dito klein 0,00. Aale, klein 0,00, do. mittel 0,00, do. groß 0,00. Karpfen, unsortiert 0,00, do. 20er 0,00, do. 35—40er 67—70, do. 50er Lausitzer 0,00, do. 70er 65—68. Rotdow 0,00. Plötzen 40—56, dito klein 0,00. Aland 0,00, Quappen, klein 0,00. Weiß 0,00. Bunte Fische, klein 0,00. do. 0,00, Barse 86—90, do. matt 68. Bleie, klein 50—52. Bleifische 0,00. Karauschen 0,00. Winter-Rheinlachs, p. 100 Pfd. 0,00, Amerikan. Lachs Ia, per 100 Pfund 110—130, do. IIa 90—100. Seelachs, per 100 Pfund 25—30. Flundern, Kieler, Stiege Ia 2—6, do. mittel, Kiste 0,00, do. Hamb. Stiege 3—6, halbe Kiste 2—3, pomm. Ia Schock 0,00, IIa 0,00. Bücklinge, Kieler per Mall 0,00, schwedische 0,00, englische 0,00, Strals. 3—4,00. Sprotten, Danziger, Kiste 0,40—0,50, do. Rügenwalder, Kiste 0,50. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,20, do. mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80. Heringe per Schock 5,00—9,00. Schellfische, Kiste 3,00—4,50, dito ½ Kiste 2,50. Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 85—90. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 38—40, med. 36—42, deutsche 30—40. Heringe, neue Matjes, per ¾ To. 0,00. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe Faß 1,20—1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40—1,70. Neunaugen, Schockfaß 8, do. kleine 4—5, do. Riesen- 10. Krebse per Schock 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 10—11 cm 0,00, do. unsortiert 0,00, Galizier, groß 0,00. Seemuscheln 100 St. 1,00. Eier, Land-, unsortiert per Schock 2,75—3,20, do. große 3,50—4,00. Butter per 100 Pfd. Ia 127—129, IIa 124—126, IIIa 120—124, abfallende 115—120. Saure Gurken Schock 4,50—5. Pfeffergurken Schock 4,50—5. Kartoffeln per 100 Pfund Daberiche 3,25—3,50, weiße runde 2,50—3,00, mag. bon. 2,75—3,25. Porree, per Schock 0,75—1,00. Meerrettich, Schock 8—14. Spinat per 100 Pfund 10—17. Sellerie, per Schock 6—14, do. pomm. 0,00. Zwiebeln per 100 Pfd. 4,00—5,00. Petersilie, grün, Schockbund 1,20—1,50. Rettich, bayrischer, per Stück 0,10—0,15, junger, per Stück 0,25. Mohrrüben, 100 Pfund 2,50 bis 3,30. Karotten, per 100 Pfund 12—18. Wirsingkohl p. Schock 0,00. Rotkohl, Schock 3,50—10. Weißkohl p. 100 Pfd. 4—6. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 0,00, do. italienischer 100 Stück 20—35, do. in Körben 18 Stück 2,25—2,75. Rosenkohl, per 100 Pfund 20—25. Grünkohl 8,00—10,00. Kohlrüben, Schock 2,00—4,00. Petersilienwurzeln, p. 100 Pfd. 4,50—5,00, Schockbund 5—6. Schnittlauch, Töpfe Dutzend 2,25—2,50. Tomaten, kanarische, per Kiste 1,25—4,00. Rote Rüben, per 100 Pfund 5,00—6,00. Rhabarber 100 Bund 7—10. Rabunzen 25 bis 40. Rübchen 12—18. Eskarol, 100 St. 10—20. Endivien, 100 St. 20—30. Birnen, Kochbirnen hiesige, per 100 Pfd. 6—9,00, Tafelbirnen Ia 14—32, do. IIa 6—17, Italiener Ia 25—28, do. IIa 18—20. Aepfel, per 100 Pfund, Tiroler Ia 20—28, do. IIa 22, do. lose, per 100 Pfund 0,00, do. in Kisten 120 Pfd. 30—50, Most-, hies., 100 Pfd. 3—12, Koch- 5—14, Tafeläpfel Ia 15—23, do. IIa 8—16, Amerikaner, per Faß 15—23, Italiener, lose, 100 Pfd. 8—18, do. in Körben per 100 Pfd. 10—16, do. in Kisten 10—20. Weintrauben, Almeria, per Faß 13—16. Ananas I, per Pfund 0,80—0,90, do. II 0,65—0,70. Bananen, kanar., per 100 Pfd. 23—27, Jamaica 22,00—25,00. Maronen, italienische, per 100 Pfund 0,00. Feigen, Kranz- per 100 Pfd. 21—22, do. Trommel- per 100 Pfd. 40, do. in Kisten 22—58. Traubenrosinen per 100 Pfd. 0,00, Zitronen, Messina, 300 Stück 6,50—9,50, do. 360 Stück 7—10, do. 200 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00. Apfelsinen, Murcia, 200 Stück 7,50—10,00 do. 300 Stück 8,00—12,00, do. Blut- 200 St. 8,50—14,00, do. Blut- 300 Stück 10,00—14,00. do. Valencia 420 Stück 12,00—18,00, do. 714 Stück 19—25,00, do. Messina 160 Stück 8—12,00, do. 200 Stück 8—12,50, do. 300 Stück 10—12,50, do. Blut- 100 Stück 7—8,00, do. 150 Stück 7—8,00, do. 80 Stück 6,50—7,00, do. Kalif. 16—17,00. Datteln, per 100 Kart. 40—42, do. per 10 Pfd. 5,00—5,50, do. Kalif. 100 Pfund 23—36.

Räumungs-Preise
für
Steppdecken.

Seidenlasting, doppelseitig 14.25, 12.25 — 9 M.
Wollatlas 15, 12.75 — 8⁵⁰
Excelsior Cloth 11.25, 9, 6.75 — 5²⁵
Satin, gemustert, mit Trikotfutter . . . — 6⁷⁵
Seiden-Atlas 27.00, 21, 25, 18 — 16⁵⁰
Daunendecken 32, 27 — 18⁷⁵
Purpur, echtfarbig 6, 3.75 — 2⁹⁵
Turk Cretonne 5.25, 3.75 — 2⁷⁵

Gardinen und Stores,
weiss, creme u. ockerfarben abgepasste Fenster = 2 Shawls.

Echt engl. u. Brüssel-Tüll m. Band eingef., 12 bis — 2⁵⁰
Prima Spachtel-Tüll mit Batist-Auflage, 18 bis — 9⁵⁰
Echt Erbstüll, reich mit Bändchen, Handarb., 25 bis — 8⁷⁵
Relief-Tüll-Stores, neue mod. Muster, 5 bis — 2 M.
Echte Spachtel-Stores, Appl. m. Spinnen, 12 bis — 5²⁵
Point lace-, Stella- u. Lacet-Stores a. Erbstüll, Neuheit, 18 bis — 6 M.

Vorjährige Muster und Restbestände in Bettdecken aus Erbstüll, Spachtel und Brüssel-Tüll, Halbstores und Scheiben-Schleier, Bettrückwände mit Volant, Rouleaux, abgepasst und vom Stück, sowie Läufer- und Zierdecken sind jetzt nach der

Inventur ca. 40% herabgesetzt.

Teppichhaus
B. Hurwitz
Rotes Schloss
vis-à-vis dem National-Denkmal. Parterre und I. Etage.

Tel.: Amt II 7659
Ohne
Kaufzwang können Sie unsere riesigen Läger in allen
Waren u. Möbel-Einrichtungen
besichtigen, auch erhält jedermann bei einer kleinen
Anzahlung
u. niedrigster Wochenrate, streng reeller Bedienung, großer Auswahl
Kredit,
daher versäume niemand, seinen Bedarf zu decken im
Waren-Kredithaus Wedding,
Reinickendorferstr. 113 eine Treppe
am Bahnhof Wedding.
Besuch od. Postkarte erbet.
Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Tel.: Amt II 7659.

Zahnärztliche Klinik
SW., Belle-Alliancestraße 106 I, gegenüber Warenhaus Jandorf, und N., Brunnenstraße 185 I, am Rosenthaler Tor.
Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Plomben w. d. Unkosten berechnet. — Geöffnet von 9—6 Uhr. Sonntags 9—12 Uhr. 14212*

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Gustav Behrens-Theater,
Berlin W., Goltzstr. 9.
Gr. Damen-Ringkampf
Preisgekrönte Ringerinnen.
Neu! Richter als Walzerkönig.
Posse in 1 Akt.
16 Spezialitäten. Duskes Bitograph.
Anfang 8 Uhr Sonntags 5½ Uhr.

Rauchen Sie
Phänomen Cigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsgen. Deutschlands.

Bezirk Spandau.

Den Verbandsgenossen zur Kenntnis, daß die **Hülfsstelle für den paritätischen Arbeitsnachweis in Spandau** errichtet ist und die Eintragungen in die Listen abends von 7—8 Uhr bei **Mette, Bismarckstraße 6,** unter Vorzeigung der Legitimationspapiere erfolgen.

175/11 **Die Ortsverwaltung.**

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Deutsch-Amerikanischer Urbock-Trubel.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hülfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
In **Berlin** (20 Pf.): **Salomon-Apotheke,** Charlottenstraße. **Greif-Apotheke,** Barnimstraße 33. — **München: Schützen-Apotheke.** — **Stuttgart: Hirsch-Apotheke.** — **Breslau: Victoria-Apotheke.** 110/1*

Herren-Stoff-Reste
zu Herrenanzügen **spottbillig.** feinste Fabrikate, Kammgarne, Cheviots, **neueste Muster** von **4 M.** an per Meter, **reine Wolle.** 119/19
Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23. II. (Alexanderplatz.)

Wer — Stoff — hat
fertige Herrenanzug, **20 Mk.** ohne Konkurrenz
2 Anpr., feinste Zut. Für gut. Sitz bekam **gold. Medaille.**
Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II. (Alexanderpl.) Gegr. 1892
Spezialität: Anzug kompl. nach Maß **„Napoleon"** Mk. 30,00.
Ein Versuch führt zur dauernden Kundschaft!

Meinen verehrten Genossen zur gefälligen Kenntnis, daß ich
Borsigwalde, Schubartstraße 36,
ein **Friseur- u. Zigarren-Geschäft** eröffnet habe.
Indem ich um gütige Unterstützung bitte, zeichne hochachtend
9495 **Georg Zimmer,** genannt **Schorsch.**

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Inventur-Ausverkauf, Teppiche mit Farbenfedlern und Fabrikmuster mit 10 Prozent Rabatt. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 3409R*

Gardinen, Stores, etwas angeschmutzt, Fenster 1,25, 1,85, 2,50, 3,75, 3,85, 4,50 usw. 3505R*

Steppdecken. Fabrikmuster, Stück 3,65, 4,50, 5,85, 6,75 usw. 3518R*

Plüsch- und Tuchportieren, Fenster 3,65, 4,65, 5,25, 6,50, 7,50 usw. Große Frankfurterstraße 125. 3522R*

Tischdecken. Wolle und Plüsch, 1,65, 1,85, 2,35, 2,85, 3,50, 5,00 usw.

Läuferreste in allen Längen und Breiten zu Spottpreisen. 3548R*

Sofabezüge (Reste), Wolle und Plüsch, mit 15 Prozent Rabatt. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 3556R*

10,00. Deckbett, Unterbett, Kissen, rotrosa Inlett. Pfandleihe Andreasstraße 38. 3468R*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00, Pfandleihe Andreasstraße 38. 3475R*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Fleischwinger, Regulatore 9,00, Pfandleihe Andreasstraße 38. Fahrgeld wird vergütet. *

Teppiche mit Farbenfedlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, kein Laden. Mauerhof. †1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhof. 1†

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre †1

Brautleute, Umzügler! Spottbilligster Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Wäscheverkauf, Steppdecken, Anzügeverkauf, Paletotverkauf, Schmucksachen, Trauringe, Uhrenverkauf, Verschiedenes. Renommiertestes Pfandhaus, Weidenweg neunzehn. 3778R*

Fahrräder, Teilzahlungen. Jawalenstraße 20 Skalitzerstraße 40. 3208R*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2998R*

Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7, am Grünenweg. Verfallener Pfänderverkauf, spottbilliger Gardinenverkauf, Portierenverkauf, Wäscheverkauf, Deckenverkauf, Anzügeverkauf, Uhrenverkauf, Goldsachen, Silbersachen passende Einsegnungsgeschenke. 3318R

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. Tischdecken spottbillig. 3322R*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Barbarossastraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße). Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zitthern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 925b*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Ueberzählige Herrenanzüge, Herrenpaletots, nur hochfeinste Ausführung, ausverkauft Engrosfabrik einzeln zu Engrospreisen. Enorme Geldersparnis. 2—4 geschlossen. Sonntagsverkauf 12—2. Neue Friedrichstraße 37, III. 291/5*

Nähmaschinen. Vergütet bis 20,00 mer Teilzahlung kauft oder nachweisbar. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Frankfurter Allee 101, Laden. 2970R*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Boß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Gaskronen jeder Art für Wohnungen, Geschäftslokale. Allerbilligste Bezugsquelle für Installateure und (auch gelegentliche) Wiederverkäufer. Besichtigung erbeten. Baumann, Alte Jakobstraße 125, Spezial-Großhandlung. 4796*

Betten spottbillig Friedrichstraße 46, II links, Ecke Zimmerstraße. 507R*

Teppiche. Vorwärtsleser erhalten trotz spottbilliger Inventurpreise 5 Prozent Extrarabatt. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 482R*

Metallbetten, vornehme, gediegene, Kinderbettstelle, Nußbaumtrumeau, Konzertmaschine, umzugshalber sofort spottbillig, Ritterstraße 112 II. 119/16*

Pfandleihhaus! Hermannplatz 6. Pfänderverkauf! Gardinenverkauf! Staunend billige Herrenanzüge! Sommerpaletots! Restbestände diesjähriger eleganter Winterpaletots! Extrabilliger Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichverkauf! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Schmucksachen! Nähmaschinen! Sonntags ebenfalls geöffnet. *

Plüschportieren. Vorwärtsleser erhalten trotz spottbilliger Inventurpreise 5 Proz. Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

Seiferthähne und Weibchen verkauft Prinzessinnenstr. 12, III links. *

100 Harzer Kanarienhähne, Zuchtweibchen, Gruppa pageien. Kommandantenstraße 52, Restaurant. 4641R*

Simillseidene Steppdecken 4,15 (Seidenersatz), Wollatlas-Steppdecken 5,85, Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 108R

Teppichhaus Lefèvre, Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extraliste gratis. 109R*

Linoleumteppiche, Linoleumreste, Wachstuchdecken, Gummischläuche spottbillig. Jonas, Josephstraße 11 eine Treppe.

Wundervoller Halbrenner, Wilhelmstolzestraße 15, Kunz. †27*

Halbrenner, Brennabor 38,—, Grams, Ackerstraße 65. 528R*

Halbrenner, hochschick, spottbillig, Bierhalle Hackescher Markt, Neue Promenade 2. 522R*

Halbrenner, hochelegant, 35,—, Anklamerstraße 8, Schuhgeschäft. *

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Günstigste Gelegenheit für Händler, Pfandleiher. Machnow, Kektonplatz 1. 520R*

Schulmappen Fabrik auch einzeln, Richard Heller, Schönhauser Allee 177c, Nähe Brauerei Pfefferberg. 517R

Sportwagen (Berdeck) verkauft Lorenzen, Beymestraße 3. 941b

Kinderwagen, Verdecksportwagen spottbillig, Schorsch, Gleditschstraße 47.

Laube, neu, zu verkaufen, Grenzallee. Näheres Herzfurthstraße 30, Sauer. †33

Littauer-Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte spottbillig, Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67, Ackerstraße 111.

Herrenfahrrad verkauft Bentzelstraße 21, Verwalter. 963b

Mehlwürmer, zwei Schock fünfzehn Pfennige. Hoffmann, Annenstraße 50. †147

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzeit, nur Rosenthalerstraße 10. 266/14*

Monatsanzüge und Sommerpaletots sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Natz, Mulackstraße 14.

Geschäftsverkäufe.

Schanklokal, 15 Jahre in einer Hand, passend für Anfänger, preiswert zu verkaufen. Pfeil, Adalbertstraße 40. †24

Bierverlag verkauft unter günstigen Bedingungen H. Kölling, Fischerstraße 6. 9455*

Vorkost-, Gemüsegeschäft verkauft Eisenbahnstraße 34. †23

Milchgeschäft, gute Existenz, preiswert, Kastanienallee 47. 962b

Milchgeschäft, gutgehendes, sofort zu verkaufen Romintenerstraße 15.

Seifengeschäft mit Rolle, gutgehend, verkäuflich. Miete mit Wohnung 750,00, erforderlich 3500,00. Auskunft erteilt Hansen, Birkenstraße 50. †129

Möbel.

Gelegenheitskauf. Kleiderschrank, Vertiko, Bettstellen, Waschtollette, Speisetisch, Stühle, Schreibtisch, Bücherschrank, Nußbaumbüfett, Säulenspiegel, Garderobenspind, Anklidespind, Plüschsofa, komplette Wirtschaften, Küchenmöbel. Möbelspeicher Schillingstraße 15/16 (Nähe Große Frankfurterstraße). 314R*

Billige Möbel aus Konkurssachen und Gelegenheitskäufen offeriere einen Posten Möbel ausnahmsweise spottbillig: Elegante Kleiderschränke, Vertiko 28,—, Sofas 28,—, elegante Garnituren 60,—, Trumeaus 27,—, Bettstellen mit guter Matratze 26,—, Tische 5,—, bunte, komplette Küchen 35,—, außerdem ein großer Posten hochfeiner, besserer Möbel, Büfette, Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, komplette Schlafzimmer, geschnitzte Möbel, viele einzelne Luxusmöbel unter halben reellen Preisen. Seeligs Lagerspeicher, Elsasserstraße 8, Vorderhaus I. Kein Laden. 428R*

Speichermöbel Brunnenstraße 182, Hof. Gelegenheitskäufe ganzer Wohnungseinrichtungen wie einzelner Möbel, Säulentrumeau, Taschensofas, Muschelbetten, Englischbetten, Muschelvertiko, Teppiche, Muschelschrank 23,—, Spiegel, Spiegelspinden, Kommoden, moderne Küchen, Marmortoiletten, Ausziehtische, Sofatische und viele andere Gegenstände spottbillig. 452R*

Metallbetten, hochelegant, Kinderbettstellen spottbillig Friedrichstraße 46, II links, Ecke Zimmerstraße. 506R*

Billige Möbel aus Versteigerungen, Auflösungen, Schränke, Vertikos 27,—, Bettstellen 25,—, Taschensofas 45,—, hochelegante Salongarnituren, Büfette, Trumeaus 33,—, Bücherschränke 58,—, Schreibtische, Vorzugstische, Lederstühle, Klubsessel, Ledersofas, bunte Küchen, Kronen, Oelgemälde, kolossale Auswahl billiger Wirtschaften, seltene Gelegenheitskäufe kompletter Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Küchen. Lemert, Lothringerstraße 55. 515R*

Möbelverkauf! Durch günstigen Einkauf selten billig, auch Teilzahlung. Besichtigung erbeten. Kastanienallee 58. 406R*

Möbelfabrik Oranienstraße 172/173, Brautleute, die gediegene Möbel kaufen wollen, sollen nicht versäumen, meine bedeutenden Lager zu besichtigen. Billiger als Händler. Einrichtungen von 285,00, 438,00, elegante 650,00 bis 5000,00, englisches Schlafzimmer 272,00 eichenes Herrenzimmer, Speisezimmer, Salons, Nußbaum oder Mahagoni, Taschensofa 60,00, Trumeau 38,00, Kleiderschrank, Vertiko 45,00, Küchen, moderner Anstrich, 58,00. Verliehene und zurückgesetzte billig. Auch Teilzahlung. 403R*

Wenig gebrauchte Wohnungseinrichtung billig Dresdenerstraße 124.

Verschiedene bessere Möbel billigst verkäuflich! Speisezimmer, Herrenzimmer, Salon, Schlafzimmer, Ledersofa, Klubsessel, Gaskrone, moderne Küche, zirka die Hälfte des Wertes! Transport und Aufbewahrung frei! Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, Aufbewahrungsspeicher. 954b*

Kleiderschrank, Vertiko, Plüschsofa, Bettstellen, Säulentrumeau, Ausziehtisch, Waschtollette, Spiegelspind, Spiegel, Bilder, Teppich, sämtliche Wirtschaftssachen verkauft wegzugshalber spottbillig Schuhmann, Waldemarstraße 27, vorn I. 960b

Nußbaummöbel und Küchensachen, Nähmaschine 16,00, Bettstellen 15,00. Linienstraße 237. 248/8

Wegen Umbau gelangen viele einfache und bessere Möbel zum spottbilligen Verkauf nur Kastanienallee 56 am Weinbergsweg. 964b

Dringend. Wegen Aufgabe einer ganzen Etage verkaufe sämtliche Möbel. Geschnitztes Nußbaumbüfett 120,—, Anklidekschrank 80, Ausziehtisch 16, Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 28, Rohrsitzstühle 3, Paneelsofa, Taschensofa, Schlafsofa, Muschelsofa, Garderobenspind 38, Ruhebett 25, Schreibtisch, Säulentrumeau 36, Kommode, Waschtollette, Bettstelle mit Matratze 20, Vierzugtisch, Lederstühle 11, bunte Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Gallstraße 61 I, nahe Spittelmarkt. 120/1*

Möbel. Große Auswahl in Kleiderspinden, Vertikos, Sofas, Büfetts, Schlafzimmer, Speisezimmer, bunte Küchen. Ganze Einrichtung schon von 275 Mark an. Dresdenerstraße 117. 516R*

Möbel billig. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Tore, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Ausstattungen zu sehr billigem Verkauf. Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere gediegene Einrichtungen für 180,—, 200,—, 300,—, 400,— Mark, hochelegante 500,— bis 10 000 Mark. Besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verliehen gewesener Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderspind 20,—, Sofa mit Auszug 30,—, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 23,—, Muschelspinde, Vertiko 34,—, Ruhebett 18,—, Säulentrumeau 30,—, Taschendiwan 43,—, Paneelsofa mit Sattellaschen 73,—, englische Plüschgarnitur 95,—, Muschelbettstelle mit Matratze 36,—, Schreibtisch 25,—, geschnitztes Büfett 115,—, englisches Schlafzimmer, Speisezimmer, besonders preiswerte Salons. Gekaufte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Musterbuch gratis. Sonntags von 8—10 und 12—2 Uhr geöffnet. 388R*

Möbelfabrik H. Nolte, Tischlermeister, liefert einzelne Möbel sowie ganze Einrichtungen per Kasse und auf Teilzahlung zu billigsten Preisen. Berlin N., Zionskirchstraße 40. Telephon III 8052. 281R*

Diese Woche Ausverkauf von gebrauchten, verliehen gewesenen und zurückgesetzten Möbeln und Polsterwaren sowie Federbetten. Besonders günstige Gelegenheitskäufe biete in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die zu Spottpreisen verkaufe. Darunter hochelegante Gobelin-Salongarnitur mit Seidenplüsch-Einfassung, früher 400.—, jetzt 150.—, sowie weitere elegante Garnituren von 100.— an, Taschensofas, früher 85.—, jetzt 40.—, Herrenschreibtische 28.—, Bettstellen mit Matratzen 19.—, Rohrstühle 2.75, Nußbaum-Muschelkleiderspinde 24.—, dito Vertiko 28.—, englische Bettstellen mit Matratzen und Keilkissen 45.—, Büfette staunend billig, Speisetisch 10.—, Waschtollette 20.—, Ausziehtisch 16.—, moderne Küchen in allen Farbentönen von 44.— an sowie große Posten anderer Möbel, die ich weit unter Preis verkaufe. Gekaufte Möbel können in meinem Speicher kostenlos lagern. Transport frei. Es sollte daher niemand versäumen, vor Einkauf von Möbeln Stargardts Möbelfabrik und Speicherein, Dresdenerstraße 107/108, zu besichtigen. Auch Sonntags geöffnet 8—10, 12—2.

Wollen Sie wirklich eine reelle Einrichtung oder einzelnes Möbelstück gut und trotzdem preiswert kaufen, so muß man zu Hasemanns Möbelspeicher hingehen! Einrichtung mit moderner Küche zusammen 250 Mark! Bin billiger wie fast alle Möbelhändler. Durch größere Abschlüsse meiner Lieferanten bin ich imstande, Möbel bis 20 Prozent billiger zu verkaufen, als die Möbel regulär kosten! Einrichtung 250—1500 Mark! Große Auswahl! Besichtigung in 5 Etagen. Speisezimmer, Salon, Herrenzimmer, Schlafzimmer in jeder Preislage! Transport frei. Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor! Geöffnet 8—8, Sonntag 8—2. 955b*

Kraustraße 50. Möbel-Inventur-Ausverkauf. Brautleute kaufen Möbel, Spiegel, Polsterwaren zu spottbilligen Preisen. Besichtigung ohne Kaufzwang. Möbelspeicher Saalfeld. 950b

Verschiedenes.

Schmeltzers Volkssänger-Gesellschaft, Stettinerstraße 57. †145*

Lerne die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (Separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Parenrauwair Bethel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt 3a, 4375. 1456R*

Kunstopferei von Frau Kokosch Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Parteigenosse, arbeitslos, sucht 50 Mk. Darlehen. Sicherheit vorhanden, monatliche Zurückgabe mit Zinsen. Offerten „G. 2" Expedition Lindenstraße 69. 946b

Aufpolsterung. Bettmatratze 4,00, Sofa 5,00, auch außerm Hause. Hoffmann, Neue Königstraße 30.

Bücher, alte, Lexika und ganze Bibliotheken kauft Beyer, Oranienstraße 138. 944b*

Sänger-Gesellschaft „Henry Balzé", Manteuffelstraße 41. †24*

Vermietungen.

Schankgeschäft mit voller Konzession, Vereinslokal, seit 30 Jahren bestehend, ist zu vermieten. Näheres beim Wirt, Naunynstraße 78. †23

Restauration zum 1. April preiswert zu vermieten. Osten, Mainzerstraße 17. †141

Wohnungen.

Prächtige Zweizimmer-Balkonwohnungen billigst Soldinerstr. 32/34.

Wohnung zu vermieten. 2 Stuben, Küche, Boden, Keller 20,00. Reinickendorf-West, Wittestraße 68, I. Drei Minuten vom Bahnhof Eichbornstraße. †146

Große zweizimmerige Vorderwohnung sofort, einzimmerige Hinterwohnung, reichlich Zubehör, Pappelallee 76. †136

Stube, Küche sofort zu vermieten. Osten, Mainzerstraße 17. †141

Zimmer.

Kleines möbliertes Zimmer oder zwei Schlafstellen an 1 oder 2 Damen zu vermieten. Steinkopf, Oranienstraße 45, Hof III. 880b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für einen Herrn bei Goebel, Friedrichstraße 250, Hof 3 Treppen. 948b

Möblierte Schlafstelle Prinzenstraße 47, vorn III links. 950b*

Möblierte Schlafstelle vermietet Witwe Golze, Manteuffelstraße 88, vorn III. 957b

Möblierte Schlafstelle, allein, vermietet Trinkaus, Cheruskerstraße 21a.

Möblierte Schlafstelle. Witwe Scheffler, Swinemünderstraße 41, Quergebäude I. †139

Möblierte Schlafstelle 9 Mark mit Bad, Frankfurter Allee 18, vorn III. †141

Schlafstelle für Herren zu vermieten. Frau Gröbel, Luxemburgerstraße 32. †29

Schlafstelle, zwei Mädchen oder Herren. Witwe Herper, Stralsunderstraße 10. †139

Mietsgesuche.

Sauberes, ungeniertes, möbliertes Zimmer, Nähe Gesundbrunnen, sucht junger Mann. Offerten mit Preis unter „Paul", Postamt 31. †139

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Parteigenosse, Tischler, mit schriftlichen Arbeiten vertraut, sucht Beschäftigung als Bureau-Hülfsarbeiter, Kassenbote oder dergleichen. Offerten erbeten unter „H." an Parteispedition, Rixdorf, Neckarstraße 2. †144

Binder Sinsiflechter bitter um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glätzer, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Gürtler- und Former-Lehrling stellt ein Karl Millarg, Bronzewaren-Fabrik, Berlin, Gotzkowskystr. 20. 4322R

Bilder-Einrahmer verlangt Grosz Ritterstraße 27. 947b

Rahmenmacher verlangt Lazarus, Waldemarstraße 27. 965b

Tapezier-Lehrling verlangt Brunnenstraße 22. 942b

Kolonnenführer, tüchtige Schlosser auf eiserne Fenster verlangen Gebrüder Peters, Sophie-Charlottenstraße 108. 951b*

Maschinen-Näherinnen verlangt Siedel, Freisingerstraße 2. †98

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Königstraße 56/57. 119/17*

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Prinz-Handjerystraße 83/84. 119/18*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Allen Bewerbern um den Posten als **Arbeitersekretär** für Neumünster i. H. zur Nachricht, daß der Posten besetzt ist. Gewählt ist Redakteur Ludwig Radloff, Breslau. 285/7
Das Gewerkschaftskartell Neumünster.
J. A.: **Christoph Brandt.**

Tüchtiger
Versetzpolier
für großes Marmorwerk in Berlin sofort gesucht. Adressen mit Gehaltsansprüchen unter Nr. **F. 2** an die Expedition dieses Blattes. *

Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
Wegen Lohndifferenzen ist der Betrieb von **Neufeld,** Bellealliancestraße 3, für sämtliche Branchen gesperrt.
Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter. *

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Zentrum:
Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
A. Habnisch, Auguststr. 50.
Westen:
G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
R. Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.
Nordosten:
L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12.
J. Reul, Barnimstr. 42.
Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Karl Mars, Lychenerstr. 123.
Karl Weihe, Nazarethkirchstr. 49.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
W. Schrolle, Gotzkowskystr. 29.
Südwesten:
H. Werner, Gneisenaustr. 72.
H. Schröder, Hagelbergerstr. 27.
Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.
Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
V. Horsch, Engel-Ufer 15.
Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.
Friedrichsberg:
O. Seifel, Kronprinzenstr. 50.
Rixdorf:
M. Heinrich, Neckarstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.
Rummelsburg:
A. Rosenkranz, Alt-Borbagen 56.
Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.
Weißensee:
K. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 39a.
Reinickendorf:
P. Gurich, Provinzstraße, Ecke Grünerweg.
Treptow: 245/2*
R. Gramenz, Kiefholzstr. 412.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.